



Institut für
Didaktik der
Demokratie



Tätigkeitsbericht des
Instituts für Didaktik der Demokratie
2019/2020





Impressum

Bericht des Instituts für Didaktik der Demokratie 2019/2020

Herausgeber

Institut für Didaktik der Demokratie

Leibniz Universität Hannover

Philosophische Fakultät

Callinstr. 20, 30167 Hannover

Tel. +49 511 762-17317

Königsworther Platz 1, 30167 Hannover

Tel. +49 511 762-17449

www.idd.uni-hannover.de

Direktorium

Prof. Dr. Dirk Lange

Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Vertretungsprofessor Dr. Sebastian Fischer

Bildnachweis

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Bildrechte beim Institut für Didaktik der Demokratie.

Redaktion

Talia Hoch, Abelina Junge, Dr. Christoph Wolf

Inhalt

Editorial

Magazin

Monitor Demokratiebildung	6
Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit nach 1945. Ein Forschungsschwerpunkt zur niedersächsischen Landeszeitgeschichte	7
Verschwörungstheorien und wie man mit ihnen umgeht. Vorstellung des Erasmus+-geförderten Projekts TEACH zum Umgang mit Verschwörungstheorien im Klassenraum	9
Von der Einzigartigkeit der Landschaft. Die Region und ihr kulturelles Erbe als historisch gewachsene Phänomene der Gegenwart	12
Bildung in europäischen Kontexten: Neue Erasmus+-Projekte des IDD	14
KLIMA-AKTIV - Klimaschutz aktiv gestalten und politische Handlungskompetenz entwickeln.....	15
Wiedergutmachung, Arbeiterorganisation und Vergangenheitsblingheit nach 1945.	17
Exklusive Stadtgesellschaft? Das Beispiel institutioneller Antiziganismus	19
Lehr-Lern-Konzepte für kulturelle Diversität und soziale Inklusion an Universitäten.	21
Ausstellung, Tagung, Publikation: 40 Jahre Gorleben-Treck. Ein Projekt, unterschiedliche Perspektiven.	23
Lehrer*innenkompetenzen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus	26
Streitfall DDR - geteilte Erinnerungskultur?.....	28
Geschichte und Erinnerung in Niedersachsen und Bremen. 75 Erinnerungsorte	31



Das Institut und seine Aktivitäten 2019/2020

Forschungsfelder des Instituts	32
Projekte in der Gesamtübersicht	33
Projekte 2013-2020	33
Aktuelle Projekte	36
Personal	
Direktorium	52
Geschäftsstelle	53
Externe assoziierte Direktoren	53
Wissenschaftlicher Mitarbeiter*innen	54
Assoziierte Kolleg*innen und studentische Projektmitarbeiter*innen	59
Studentische Hilfskräfte	63
Ehemalige Mitarbeiter*innen	63
Qualifikationsarbeiten	
Laufende Qualifikationsarbeiten	64
Abgeschlossene Qualifikationsarbeiten	69
Veranstaltungen	70
Publikationen	78
Vorträge	89
Kooperationen	94

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Freundinnen und Freunde des IDD,

ein Rückblick auf die Jahre 2019 und 2020 ist zwangsläufig sehr stark durch die Corona-Pandemie beeinflusst, hat diese doch unser Arbeitsleben ebenso wie unsere privaten Aktivitäten radikal verändert. Auch das erste Halbjahr 2021 war weiterhin durch eine Mischung aus Hoffen und Bangen, aus Ungeduld und vorsichtigem Ausloten der sich hoffentlich bald wieder ergebenden Möglichkeiten geprägt.

Mit diesem Tätigkeitsbericht möchten wir allerdings nicht zum Lamento über ausgefallene Veranstaltungen, verzögerte Projekte und entgangene Chancen beitragen, sondern zum einen an die möglicherweise bald als eine Art eigene historische Epoche gefühlte Zeit „vor Corona“ erinnern, in der Arbeitsvorhaben in einer „Normalität“ ablaufen konnten, die wir alle als weitgehend selbstverständlich betrachtet haben, und zum anderen auf neue Forschungsperspektiven und Arbeitsvorhaben neugierig machen, die wir in Zukunft verfolgen wollen. Denn trotz der dramatischen Veränderungen, die – wie wir alle hoffen: nur vorübergehend – durch die Pandemie eingetreten sind: Auch 2019 und 2020 sind Projekte abgeschlossen und neue Arbeitsvorhaben begonnen worden.

Die Form unseres nun schon zum vierten Mal vorgelegten Tätigkeitsberichtes haben wir im Vergleich zur Ausgabe 2017/18 leicht modifiziert. In einem erweiterten „Magazin“-Teil werden ausgewählte Forschungsfragen reflektiert, zum Teil mit unmittelbarem Bezug zu laufenden Projekten, zum Teil auch unabhängig davon in einer generellen Perspektive. Den zweiten Teil des Heftes bildet die Dokumentation der laufenden Aktivitäten und die Vorstellung des wissenschaftlichen Personals. Wir wünschen eine hoffentlich anregende Lektüre und freuen uns über Rückmeldungen und Anregungen.

Bleiben Sie gesund und optimistisch – und bleiben Sie dem IDD gewogen!

Im Namen aller IDD-Kolleginnen und Kollegen

Dirk Lange

Detlef Schmiechen-Ackermann



5



Magazin

Monitor Demokratiebildung

Von Wolfgang Beutel



Büchertisch der Interessengemeinschaft Politische Bildung (Wochenschau Verlag)

Gegenwärtig ist eine Diskussion um Konzepte und Begriffe der demokratischen Erziehung, der Politischen Bildung und des Lernens von Demokratie in den Schulen und der Jugendbildung zu beobachten, die von einer umfassenden Wahrnehmung der sozialisatorischen Einflüsse sowie intentionalen und funktionalen Lernmöglichkeiten in den pädagogischen Institutionen und der demokratischen Gesellschaft insgesamt ausgeht.

Demokratiebildung an Schulen

Zugleich ist umgekehrt offenkundig, dass pädagogischen Institutionen vielfältige Möglichkeiten und Gelegenheiten, aber auch ohnehin sozialisatorisch wirksame funktionale Aspekte für die Demokratie haben: Sie wirken auf politische Mündigkeit, die Vorstellungen von Politik und Demokratie sowie die demokratische Handlungskompetenz bei den Lernenden ein, ob die Gesellschaft und die Pädagogik das will oder nicht. Das gilt in besonderer Weise für die Schule. Ziel des Projekts „Monitor Demokratiebildung“ ist deshalb die Konzipierung, Erhebung und Darstellung einer kriteriengeleiteten Übersicht zur Akteuren, Projekten, Initiativen und zum Engagement der öffentlichen Hand im Feld der Demokratiebildung. Innerhalb der drei aktuellen Bezugspunkte zur Debatte um „Demokratiebildung“ – erstens dem begriffsbezogenen Diskurs, zweitens der Praxisentwicklung im Feld der Demokratiebildung.

Das Projekt

Innerhalb der drei aktuellen Bezugspunkte zur Debatte um „Demokratiebildung“ – erstens dem begriffsbezogenen Diskurs, zweitens der Praxisentwicklung im Feld der Demokratiebildung sowie drittens dem demokratiepädagogischen Wettbewerb Demokratisch Handeln – soll mit dem „Monitor Demokratiebildung“ eine Bestandsaufnahme zu diesem pädagogischen Praxis- und Entwicklungsfeld entstehen.

Das besondere Interesse dabei ist, mit dem „Monitor Demokratiebildung“ ein Instrument zu gewinnen und fachlich zu etablieren, das dann in regelmäßigen Zeitabständen den Stand der Demokratiebildung in Wissenschaft und Praxis in Deutschland aufnimmt, beschreibt und somit zu einer Integrationsleistung in einem gegenwärtig noch eher heterogenen Handlungsfeld substanzial und nachhaltig beiträgt. Dabei schließt der Monitor an bestehende und abgeschlossene Projekte an. Die Projektleitung liegt bei Prof. Dr. Dirk Lange, die Durchführung betreut Dr. Wolfgang Beutel. Im Team arbeiten Dr. des. Steve Kenner, Alexander Runge und Christiane Fischer mit. Das Projekt läuft seit Juni 2020 und endet im März 2024. Die Förderung in Höhe von ca. von 340.000 € erhält das IDD vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit nach 1945. Ein Forschungsschwerpunkt zur niedersächsischen Landeszeitgeschichte

Von Dominik Dockter, Christian Hellwig, Detlef Schmiechen-Ackermann und Christiane Schröder

Der Umgang mit den Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit ist ein wichtiger Gradmesser für die Qualität und Stabilität der Demokratie in Niedersachsen nach 1945 – und daher auch ein wichtiger landeszeit- und demokratiegeschichtlicher Forschungsschwerpunkt des IDD. Auf Niedersachsen bezogene Forschungen zu den nach 1945 festzustellenden Kontinuitäten und Diskontinuitäten sind bislang nur ganz punktuell erfolgt. Die vom Niedersächsischen Landtag herausgegebene Studie zur „NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter“ konzentrierte sich auftragsgemäß auf formale Mitgliedschaften und ist damit im Hinblick auf inhaltliche und mentale Kontinuitäten nicht aussagefähig (Glienne 2012). Zudem existiert noch eine Mikrostudie zu personellen Kontinuitäten im Bereich der Psychiatrie, die vom niedersächsischen Sozialministerium beauftragt worden ist (Beyer 2018).

Das IDD hat bereits eine Studie zur Klosterkammer während und nach der NS-Zeit vorgelegt (Schmiechen-Ackermann u.a. 2018) und derzeit sind zwei stark auf Niedersachsen bezogene Publikationen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Raumwissenschaften in Vorbereitung. Zudem laufen derzeit mehrere Forschungsvorhaben, die sich der Thematik von Kontinuitäten und konzeptionellen Brüchen nach 1945 widmen:

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961 (Förderlinie: Pro*Niedersachsen, Fördervolumen: 249.930 €, Projektleitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann und Dr. Christian Hellwig)

Das Projekt untersucht die personelle Entwicklung sowie inhaltliche Kontinuitäten zur NS-Zeit, aber auch Neuansätze in der niedersächsischen Landespolitik zwischen 1946 und 1961 am Beispiel der Staatskanzlei und des Ministeriums der Justiz. Das Projekt greift methodische Anregungen der aktuellen Forschungen zum Personal ausgewählter Bundesministerien auf und verbindet sie mit der Erforschung landespolitischer Gestaltungsspielräume und föderaler Beziehungen in der jungen Bundesrepublik. Die zentrale Fragestellung lautet:



Welchen Einfluss hatten frühere Nationalsozialisten auf die Gestaltung der Landes- und Justizpolitik in den Nachkriegsjahrzehnten? In welchem Maße konnten sich demokratische Neugestalter mit ihren konzeptionellen Vorstellungen durchsetzen?

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegsführung (Förderlinie: Pro*Niedersachsen, Fördervolumen: 249.539 €, Projektleitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann und Dr. Christian Hellwig)

Niedersachsen war in den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die wichtigste deutsche Erdölförderregion. Die Rohstoffbranche wurde durch wirtschaftspolitische Maßnahmen in den 1930er-Jahren begünstigt und bestimmte nachhaltig die regionale, soziale und ökonomische Entwicklung Nordwestdeutschlands im 20. Jahrhundert. Das Projekt untersucht, mit einem Fokus auf den Standort Wietze, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Aus-

Tausch der Straßenschilder, Trier, 15. Mai 1945. Wikimedia Commons.

wirkungen der Erdölförderung in Niedersachsen in den Jahren 1933 bis 1945 sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Einen Schwerpunkt bilden die Arbeitsbedingungen in der niedersächsischen Erdölindustrie während der Aufrüstung sowie die Veränderungen der Betriebskultur in den betreffenden Unternehmen, der Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Zweiten Weltkrieg und den Umgang mit diesem Gesellschaftsverbrechen in der Nachkriegszeit.

Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und –stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Förderung: MWK Niedersachsen, Forschungs- und Berufungspool/Innovative Hochschulprojekte und Klosterkammer Hannover, Fördervolumen: 192.920 €, Projektleitung: apl. Prof. Dr. Detlef-Schmiechen-Ackermann, Projektbearbeitung: Christiane Schröder)

Die vermutlich größte Zahl der Bewohnerinnen der elf evangelischen Frauenklöster und vier freiwilligen Damenstifte, die unter der Verwaltung bzw. Rechtsaufsicht der Klosterkammer Hannover standen, bedauerte gegen Ende des Zweiten Weltkriegs den „Zusammenbruch“ des „schönen deutschen Vaterlandes“. Sich nach der Niederlage des NS-Regimes als Opfer der Politik von Parteifunktionären sehend, reflektierten sie nicht die eigene Mitverantwortlichkeit. Statt dessen bemühten sie sich mit großer Distinktion um eine Restauration ihrer früheren, auf ihrer sozialen Herkunft beruhenden herausgehobenen Stellung, die sie in den Weimarer Jahren verloren hatten.

Ökonomische Interessenvertretung und nationalsozialistischer Gestaltungswille. Die Industrie- und Handelskammer Hannover 1932 bis 1953. Projektbearbeitung: Dominik Dockter. Gefördert durch ein Promotionsstipendium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw).

Seit 1932 amtierte mit Ewald Hecker ein Unternehmer an der Spitze der Industrie- und Handelskammer Hannover, der sich für die Machtübertragung an Adolf Hitler eingesetzt hatte, in der NS-Zeit zu einem überregional bedeutenden Wirtschaftsführer aufgestiegen war und in dessen Amtszeit der Verband zu einem funktionierenden Glied im nationalsozialistischen Wirtschaftsgefüge wurde. In der vorliegenden Studie wird untersucht, wie die ursprünglich demokratisch organisierte und selbstverwaltete IHK Hannover, Teil des politischen und wirtschaftlichen Systems des Nationalsozialismus wurde und wie die Transformation des Verbands in demokratische Verhältnisse nach 1945 gelang. Dadurch werden Erkenntnisse über das Verhältnis von nationalsozialistischem Gestaltungsanspruch und regionalem wirtschaftlichen Handeln

sowie über die Anpassungs-, Abgrenzungs-, und Aushandlungsprozesse von Wirtschaftsverbänden im Hinblick auf die Anforderungen ihrer politischen Umgebung gewonnen.

Die am IDD durchgeführten Projekte leisten einen wichtigen Beitrag für das Verständnis demokratischer Neugestaltungsprozesse nach dem Jahr 1945: Anders als durch die viel benutzte Formel der „Stunde null“ suggeriert, war der Wiederaufbau der Demokratie auch in Niedersachsen nicht voraussetzungslos, denn zum einen hatten über die Zäsur 1945 hinweg viele gesellschaftliche Strukturen überlebt oder wurden restauriert, zum anderen spiegelte sich im Bewusstsein der Bevölkerung die Erfahrung einer zwölfjährigen Diktatur, die einen kaum vorstellbaren Zivilisationsbruch zu verantworten hatte. In einigen gesellschaftlichen Bereichen gab es einerseits tiefe Einschnitte und gravierende Veränderungen, andererseits wirkten partiell aber auch Kontinuitäten fast bruchlos weiter. Aus einer Langzeitperspektive ist die Entwicklung der Bundesrepublik rückblickend als „geglückte Demokratie“ (Wolfrum 2014) beschrieben worden. Und dies, obwohl die intendierte „Vergangenheitsbewältigung“ (Reichel 2001) halberzig blieb und der Einsatz gängiger Instrumente von „transitional justice“ (wie Entnazifizierung bzw. politische Säuberung, juristische Strafverfolgung und Wiedergutmachung) mit starken Defiziten behaftet war (Werle/Vormbaum 2018, 227-233). Um den Aufbau und die Ausgestaltung der jungen Demokratie aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive verstehen zu können, ist es somit unabdingbar, gesellschaftliche Kontinuitäten und Diskontinuitäten nach 1945 in den Blick zu nehmen.

Referenzen:

- Christof Beyer, Personelle Kontinuitäten in der Psychiatrie Niedersachsens nach 1945. Abschlussbericht, Hannover [2018].
- Stephan Glienke (Bear.), Die NS-Vergangenheit späterer niedersächsischer Landtagsabgeordneter. Abschlussbericht zu einem Projekt des Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen im Auftrag des Niedersächsischen Landtages, Hannover 2012.
- Peter Reichel, Vergangenheitsbewältigung in Deutschland, München 2001.
- Detlef Schmiechen-Ackermann u.a. (Hg.), Die Klosterkammer Hannover 1931-1955. Eine Mittelbehörde zwischen wirtschaftlicher Rationalität und Politisierung, Göttingen 2018.
- Gerhard Werle/Moritz Vormbaum, Transitional Justice. Vergangenheitsbewältigung durch Recht, Berlin 2018.
- Edgar Wolfrum, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

Verschörungstheorien und wie man mit ihnen umgeht. Vorstellung des Erasmus+-geförderten Projekts TEACH zum Umgang mit Verschwörungstheorien im Klassenraum

Von Elizaveta Firsova und Bastian Vajen

Verschörungstheorien

Jüdische Weltsteuerung

Im Rahmen der aktuellen COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gewinnen Verschwörungstheorien im gesellschaftlichen Diskurs an Relevanz (Ahmed et al. 2020, Romer und Jamieson 2020).

Verschörungstheorien weisen dabei eine distinkte Struktur und Argumentationslogik auf, die sich auf drei zentrale Elemente zurückführen lässt: 1) Nichts passiert zufällig, 2) Nichts ist so, wie es scheint und 3) alles ist miteinander verbunden (Barkun, 2006). Diese Logik, welche vielen Verschwörungstheorien zugrunde liegt, folgt der Annahme, dass sich mächtige Akteure gegen den „einfachen Bürger“ verschworen hätten und nun im Hintergrund bzw. im Verborgenen das (tages-)politische Geschehen sowie soziale Ereignisse manipulierten (COMPACT Education Group, 2020). Dies zeigt sich nicht zuletzt in verschwörungstheoretischen Narrativen in Bezug auf die COVID-19-Pandemie, die u.a. Bill Gates die Erfindung des Virus mit dem Ziel der Bereicherung an Impfstoffen zuschreiben, die Steuerung der Pandemie durch klandestine Eliten suggerieren oder die Existenz des Virus leugnen.

Der Glaube an solche Theorien ist mittlerweile nicht mehr als ein Randphänomen anzusehen. So geht fast ein Drittel der Deutschen davon aus, dass die Welt von geheimen Mächten gesteuert wird und über ein Viertel lehnt die wissenschaftlichen Erklärungen zur COVID-19-Pandemie ab (Roose 2020; Rothmund et al. 2020). Die besondere Präsenz von Verschwörungstheorien im Rahmen der COVID-19-Pandemie kann hier als ein weiteres Glied in einer langen Kette alternativer Erklärungsweisen der gesellschaftlichen Realität gesehen werden.

Verschörungstheorien sind dementsprechend kein neues Phänomen, welches erst mit der Pandemie in Deutschland entstanden ist. Die Corona-bezogenen Verschwörungstheorien sind nur ein neues Kapitel in einem wohlbekannten Narrativ. So wurden schon im Mittelalter Juden beschuldigt an der Pest verantwortlich gewesen zu sein, nun werden sie von Verschwörungstheoretiker*innen in der Verantwortung hinter dem Virus gesehen. Auch die Theorien, die die politische Elite als Verschwörer sehen, erscheint in der Pandemie nur in einem neuen Gewand. So war bereits nach 9/11 in weltweiten verschwörungstheoretischen Kreisen

die Annahme sehr beliebt, dass der Terrorakt ein sogenannter „Inside“-Job des amerikanischen Geheimdienstes CIA mit Hilfestellung des israelischen Geheimdienstes Mossad gewesen sei (Knight 2008). Viele bereits bestehende Verschwörungstheorien bieten mannigfaltige Anknüpfungspunkte für neue Verschwörungstheorien, die dann nur noch mit aktuellen gesellschaftlichen Phänomenen verbunden werden müssen. So ist der Glaube an eine Verschwörungstheorie häufig mit dem Glauben an weitere Verschwörungstheorien verbunden, unabhängig davon, ob diese Theorien inhaltliche Überschneidungen aufweisen oder sich widersprechen (van Proijen und Douglas 2018). Verschwörungstheorien bedienen sich gerne dichotomen Erklärungsmustern nach dem Schema „Gut vs. Böse“ , „Verschwörer vs. das Volk“ oder „Wir vs. die Anderen“ (Lantian et al., 2020). Hierbei treten Dynamiken aus Ingroup-Outgroup-Prozessen auf, bei denen die Outgroup als eine Gruppe, die der Ingroup potentiell gefährlich werden kann, klassifiziert wird (Wood & Douglas, 2013). Dies erscheint gerade in Zeiten der Krise und der Verunsicherung als eine einfache und damit attraktive Erklärung für eine ansonsten sehr komplexe Welt (Butter, 2018).

Dass Verschwörungstheorien schon vor der Pandemie innerhalb der deutschen Gesellschaft einen

hohen Zuspruch fanden, belegte die „Mitte“-Studie im Jahr 2019. In dieser gaben 46 % der Befragten an, es gäbe geheime Organisationen, die Einfluss auf politische Entscheidungen haben. Nahezu 25% der Befragten waren von der verschwörungstheoretisch konnotierten Aussage überzeugt, dass Medien und Politik unter einer Decke steckten, und jede zweite befragte Person gab an, den eigenen Gefühlen mehr zu vertrauen als etablierten Instanzen und Expert*innen.

Jene, die die Tendenz aufwiesen an Verschwörungstheorien zu glauben, waren zugleich misstrauischer gegenüber dem politischen System und sie zeigten eine höhere Gewaltbereitschaft gegen Andersdenkende (Zick et al., 2019). Dieser Trend wurde in einer Studie der Konrad Adenauer Stiftung im Jahr 2020 repliziert, in welcher die Forscher*innen zu dem Fazit kamen, dass ungefähr 30% der Deutschen zumindest eine Tendenz aufweisen an Verschwörungstheorien zu glauben (Roose, 2020). Das transeuropäische Projekt TEACH (Targeting Exteremism and Conspiracy Theory), welches vom Institut für Didaktik der Demokratie koordiniert und in den Partnerländern Deutschland, Österreich, Schweden und Bulgarien durchgeführt wird, widmet sich der Präsenz von Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen.

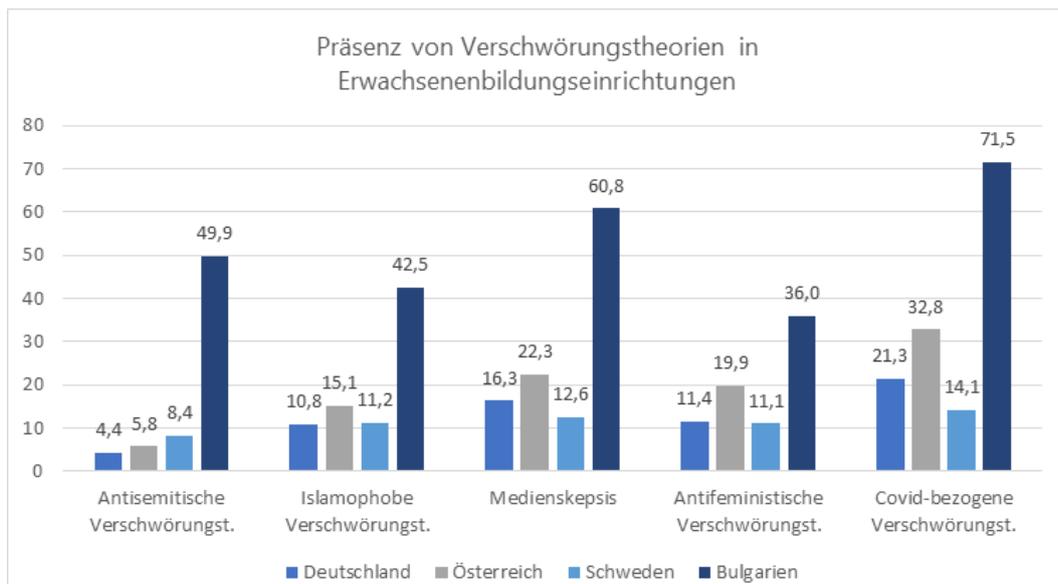


Abbildung: Präsenz von Verschwörungstheorien in Erwachsenenbildungseinrichtungen in Prozent. Eigene Darstellung. N = Deutschland: 498, Österreich: 169, Schweden: 165, Bulgarien: 160.

Eine Erhebung durch das TEACH-Konsortium bestätigte die Vermutung, dass auch die Erwachsenenbildung nicht von Verschwörungstheorien verschont bleibt. So berichten 11,4% der befragten Erwachsenenbildner*innen in Deutschland häufig bis gelegentlich mit antifeministisch-verschwörungstheoretischen Aussagen durch Teilnehmer*innen von Erwachsenenbildungskursen konfrontiert zu sein. Im gleichen Sinne äußerten sich auch 19,9% der österreichischen Befragten, 11,1% der schwedischen Befragten und 36% der bulgarischen Befragten.

Aber auch andere antidemokratische Verschwörungstheorien sind in Erwachsenenbildungseinrichtungen präsent (siehe Abb.). Besonders auffallend ist dabei die Präsenz von Verschwörungstheorien, die das SARS-CoV-2 betreffen. In deutschen Erwachsenenbildungseinrichtungen berichten 21,3% der befragten Erwachsenenbildner sehr häufig bis gelegentlich mit Verschwörungstheorien in Bezug auf das Coronavirus konfrontiert worden zu sein, was nur marginal geringer ist als der Prozentsatz, den die repräsentative gesamtgesellschaftliche Umfrage der Friedrich Naumann Stiftung berichtet (Friedrich Naumann Stiftung, 2020). Anhand der erwähnten Untersuchung hat das TEACH-Team Aktionsbereiche für modulare Workshops innerhalb von Erwachsenenbildungseinrichtungen definiert.

Auf dieser Basis werden aktuell Materialkoffer für zwei- bis dreitägige Module konzipiert. Die Schwerpunkte bilden dabei die folgenden thematischen Bereiche:

- Antisemitische Verschwörungstheorien
- Islamophobe Verschwörungstheorien
- Antifeministische Verschwörungstheorien
- Digitale Medienkompetenz als Interventions- und Präventionsstrategie
- Module, die landesspezifische Verschwörungstheorien aufgreifen (z.B.: „Eurabia“ in Schweden, oder die Mythen um Jörg Heiders Tod für Österreich)

Die Zielgruppe der Module sind Erwachsenenbildner*innen. Der Fokus der Module liegt auf dem Umgang mit Verschwörungstheorien. Die Materialien sollen neben der Vermittlung von Hintergrundwissen zur Erkennung und Klassifizierung von Verschwörungstheorien auch Möglichkeiten für eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Handlungsstrategien im Umgang mit Verschwörungstheorien im eigenen Klassenraum bieten.

Referenzen:

- Ahmed, W., Segui, F. L., Vidal-Alaball, J. & Katz, M. S. (2020). COVID-19 and the "Film Your Hospital" Conspiracy Theory: Social Network Analysis of Twitter Data. *Journal of Medical Internet Research*, 22(10).
- Barkun, M. (2006). *A culture of conspiracy: Apocalyptic visions in contemporary America* (1. paperback print). Univ. of California Press.
- Butter, M. (2018). „Nichts ist, wie es scheint“: Über Verschwörungstheorien (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung). Bundeszentrale für Politische Bildung.
- COMPACT Education Group. (2020). *Guide To Conspiracy Theories*. Cost.
- Friedrich Naumann Stiftung. (2020). *Globale Studie: Desinformationen durchdringen Gesellschaften weltweit*. <https://www.freiheit.org/freedom-fightsfake-globale-studie-desinformationen-durchdringen-gesellschaften-weltweit>
- Knight, P. (2008). Outrageous conspiracy theories: Popular and official responses to 9/11 in Germany and the United States. *New German Critique*, (103), 165-193.
- Lantian, A., Wood, M., & Gjoneska, B. (2020). Personality traits, cognitive styles and worldviews associated with beliefs in conspiracy theories. In M. Butter & P. G. Knight (Hrsg.), *Routledge Handbook Of Conspiracy Theories*. Routledge.
- Romer, D. & Jamieson, K. H. (2020). Conspiracy theories as barriers to controlling the spread of COVID-19 in the U.S. *Social Science & Medicine*, 263(113356).
- Roose, J. (2020). Sie sind überall. Eine repräsentative Umfrage zu Verschwörungstheorien (S. 37). Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
- van Prooijen, J.-W. & Douglas, K. M. (2018). Belief in conspiracy theories: Basic principles of an emerging research domain. *European Journal of Social Psychology*, 48(7), 897-908.
- Wood, M. J., & Douglas, K. M. (2013). "What about building 7?" A social psychological study of online discussion of 9/11 conspiracy theories. *Frontiers in Psychology*, 4. <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2013.00409>
- Zick, A., Küpper, B., Berghan, W., & Verlag J.H.W. Dietz Nachf. (2019). *Verlorene Mitte—Feindselige Zustände rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*.

Von der Einzigartigkeit der Landschaft. Die Region und ihr kulturelles Erbe als historisch gewachsene Phänomene der Gegenwart

Von Jenny Hagemann



Tertiärer Boden einer Abraumkippe am Speicherbecken Lohsa II, Lausitzer Revier. (Foto: Heidi Pinkepank)

Was haben die Rundlingsdörfer im Wendland und die Tagebaufolgelandschaften in der Lausitz miteinander gemein? Nun, auf den ersten Blick nicht viel mehr, als dass sie Formen von menschengemachter Landschaft, mithin also von Kulturlandschaft, sind. Während die Rundlingsdörfer eine Siedlungsform der mittelalterlichen, deutsch-slawischen Kontaktzone darstellen, entstehen die Lausitzer Folgelandschaften seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch den Abbau der örtlichen Braunkohle und die damit verbundenen Rekultivierungs- und Umsiedlungsmaßnahmen. Was sie eint, ist die Vergegenwärtigung und Inwertsetzung ihrer Vergangenheit: für beide Landschaften laufen aktuell Bewerbungsverfahren zum UNESCO-Welterbe. Was sie ebenfalls eint, ist außerdem ihre spezifische, und dem Welterbestatus scheinbar widersprechende, regionale Verortung: Die Rundlinge sind ein dezidiert wendländisches Phänomen, das in solcher Dichte nirgendwo sonst zu beobachten ist – zu diesem Schluss kommt die vergleichende Studie des Cottbusser Institute for Heritage Management (IHM), die essentieller Bestandteil der Welterbe-Bewerbung ist.¹ Gleichsam gilt die Bewerbung der Tagebaufolgelandschaften – ebenfalls betreut vom IHM, sowie der Brandenburgisch-Technischen Universität Cottbus und dem Sorbischen Institut – für das Lausitzer Revier, weil hier die längste

Kontinuität und die stärkste Radikalität im bergbaubedingten Landschaftswandel vermutet werden.² Obschon es sich um weltweit bedeutsames Erbe handelt, werden beide Beispiele also eindeutig einem kleineren, regionalen Raum zugeordnet. Durch den Vergleich der beiden Welterbekandidaten lassen sich daher nicht nur Schlussfolgerungen über die Logiken offiziellen Kulturerbes ziehen, sondern auch Schlussfolgerungen über die Verschränkungen von regionalen Identitäten mit ihrem jeweiligen Kulturerbe. Dabei stellt sich insbesondere die Frage: Warum sind Regionen und die Vererbung ihrer Vergangenheiten weiterhin aktuell? Warum engagieren sich Akteure wie die Samtgemeinde Lüchow (Wendland), der Rundlingsverein, das IHM oder das Sorbische Institut für die Anerkennung regionaler Vergangenheiten als Welterbe? Zum Einen lässt sich der Erfolg regionalen Kulturerbes damit begründen, dass die Verortung bestimmter Vergangenheiten immer auch der Beheimatung dient und so ein ‚Machen von Heimat‘ sein kann.³ Es ist ein emotionaler Prozess, der in Form Neuer Ländlichkeit postmoderne Sehnsüchte ausdrückt – nach dem Analogen, dem Authentischen, dem Ursprünglichen und Überschaubaren. Einem globalisierten Leben mit ‚der Welt als Heimat‘ kann regionales Kulturerbe eine Form von Heimat gegenüberstellen, deren Ursprung tief in der Romantik verwurzelt ist. Aus historischer Perspektive scheint dies nur allzu evident, sind doch Kulturerbe und Ländlichkeit – wie Astrid Swenson herausgearbeitet hat – gleichsam Phänomene des langen 19. Jahrhunderts und der sich darin etablierenden Nationalstaaten.⁴ Heute taugt die Idee der Nation jedoch kaum mehr als anschlussfähiger Rahmen dieser Ländlichkeit. Spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem mit ihm verbundenen gesamtgesellschaftlichen Bruch hat die Nation als Bezugsrahmen enorm an Attraktivität verloren. Regionen sind als Räume dagegen gesellschaftlich weit weniger problematisiert. Infolgedessen fokussieren sich kulturökonomische Förderstrukturen spätestens seit den 1990ern zunehmend auf das Regionale als Teil einer übernationalen, europäischen Gemeinschaft. Dieser New Regionalism wurde und wird in entscheidendem Maß von der Europäischen Union

und ihrer Zusammenarbeit mit der UNESCO geprägt. EU-Fördergelder und -Auszeichnungen ermöglichen so, regionalbildende Diskurse mitzugestalten und an den damit verbundenen kulturökonomischen Wertschöpfungsprozessen teilzuhaben. Sie zielen zumeist auf ehrenamtliches Engagement ab und tragen es mit hohem Prestige in die regionalen sowie überregionalen Diskurse zurück: So erhielt der Rundlingsverein 2015 mit der Auszeichnung für besonderes ehrenamtliches Engagement einen der sieben ‚Großen Preise‘ des Europa Nostra, der mit 10.000 Euro dotiert ist.⁵ Die finanziellen Mittel für den Preis stellt die Europäische Union, mit dem der Europa Nostra als Verein seit 2002 zusammenarbeitet. Ausnahmen bestätigen freilich die Regel. Das Projekt zur Welterbewertung der Lausitzer Tagebaufolgelandschaften finanziert das BMBF, allerdings im Rahmen des Förderprogramms ‚WIR! – Wandel durch Innovation in der Region‘; zudem ist das Projekt Teil des Bündnisses ‚Land-Innovation-Lausitz‘. Hier begegnet uns das Regionale und sein Kulturerbe also zunächst auf nationaler Förderebene.

Zu vererbende Landschaften wie die Rundlinge oder Tagebaufolgelandschaften regional oder gar global in Form von Welterbe zu verorten, ist letztlich Ausdruck eines Wertewandels, bei dem nationale Orientierungen zunehmend universellen Menschenrechten weichen.⁶ Der Rückbezug auf Regionen als Räume mit speziellem, einzigartigen Kulturerbe deutet – bei aller Universalität – hingegen auf ein kollektives Bedürfnis nach dem Erfahrbaren, dem Greifbaren und Konkreten hin. Gleichsam ist die Unterscheidung in das, was vererbt wird und das, was nicht vererbt wird, der Kulturerbe-Logik als solcher inhärent: Wenn Kulturerbe einzigartig ist, muss es räumlich begrenzt sein. Deshalb ist – nach dem Vergleich mit anderen potenziellen Gütern – ein weiterer entscheidender Schritt bei der Welterbe-Bewerbung die genaue Kartographierung und Begrenzung des beantragten Gebietes. So werden aus Rundlingsdörfern und Tagebaufolgelandschaften regionale Spezifika, die es wert sind, erhalten und weitergegeben zu werden.

Fraglich muss an dieser Stelle bleiben, inwieweit das Phänomen des regionalen Kulturerbes auch in anderen Kontexten zu beobachten ist. Swenson hatte in ihrer Studie über England, Deutschland und Frankreich bereits herausgearbeitet, dass die sich etablierenden Nationalstaaten des ausgehenden 19. Jahrhunderts jeweils eigene, nicht identische Konzepte von Erbe entwickelt haben. Eine weiterführende Frage ist daher, ob regionales

Erbe nur dort beobachtet werden kann, wo die Region als solche einen sozio-kulturell anerkannten Bezugsrahmen bildet: Ist regionales Kulturerbe ein Phänomen europäisch gekennzeichneter Räume? Spezifischer: Ist es ein Phänomen deutschsprachiger Räume, weil Deutschland, wie Celia Applegate 1990 schrieb, eine „nation of provincials“ ist?⁷ Diese Fragen eröffnen den Heritage Studies fruchtbare Forschungsfelder, innerhalb derer die Verquickungen von Vergangenheit und Beheimatung weiter entflochten und so die Konstruktionen, Funktionsweisen und Nutzungen kulturellen Erbes weiter analysiert werden können.

1. Vgl. Eva Battis-Schinker und Britta Rudloff: Vergleichende Analyse der Rundlingsdörfer des Wendlands. (International Series on Heritage Management Volume One, Hrsg.: Institute for Heritage Management) Cottbus, 2019.
2. Vgl. o.A.: Pressemappe „LIL-Welterbe“. (Pressemappe, Hrsg.: Institute for Heritage Management GmbH) Cottbus, 2020.
3. Vgl. Beate Mitzscherlich: „Heimat ist etwas, was ich mache“. Eine psychologische Untersuchung zum individuellen Prozeß von Beheimatung. Herbolzheim, 2000.
4. Vgl. Astrid Swenson: The rise of heritage. Preserving the past in France, Germany and England, 1789-1914. Cambridge, 2013.
5. Europa Nostra: Preis der Europäischen Union für das Kulturerbe / Europa Nostra Awards 2015: Der Rundlingsverein erhielt einen Großen Preis bei Festakt in Oslo. (Pressemitteilung) o.O., 11.06.2015.
6. Siehe hierzu weiterführend Kiran Klaus Patel: Project Europe. A history. Cambridge, 2018; sowie Sabine Jagodzinski, Aleksandra Kmak-Pamirska und Miloš Reznik (Hg.): Regionalität als historische Kategorie. Ostmitteleuropäische Perspektiven. Osnabrück, 2019.
7. Vgl. Celia Applegate: A nation of provincials. The German idea of Heimat. Oxford, 1990.

Referenzen

- Applegate, Celia: A nation of provincials. The German idea of Heimat. Oxford, 1990.
- Battis-Schinker, Eva und Rudloff, Britta: Vergleichende Analyse der Rundlingsdörfer des Wendlands. (International Series on Heritage Management Volume One, Hrsg.: Institute for Heritage Management) Cottbus, 2019.
- Jagodzinski, Sabine; Kmak-Pamirska, Aleksandra und Reznik, Miloš (Hg.): Regionalität als historische Kategorie. Ostmitteleuropäische Perspektiven. Osnabrück, 2019.
- Mitzscherlich, Beate: „Heimat ist etwas, was ich mache“. Eine psychologische Untersuchung zum individuellen Prozeß von Beheimatung. Herbolzheim, 2000.
- Nostra, Europa: Preis der Europäischen Union für das Kulturerbe / Europa Nostra Awards 2015: Der Rundlingsverein erhielt einen Großen Preis bei Festakt in Oslo. (Pressemitteilung) o.O., 11.06.2015.
- o.A.: Pressemappe „LIL-Welterbe“. (Pressemappe, Hrsg.: Institute for Heritage Management GmbH) Cottbus, 2020.
- Patel, Kiran Klaus: Project Europe. A history. Cambridge, 2018.
- Swenson, Astrid: The rise of heritage. Preserving the past in France, Germany and England, 1789-1914. Cambridge, 2013.

Bildung in europäischen Kontexten: Neue Erasmus+-Projekte des IDD

Von Christoph Wolf

Seit der Gründung des IDD spielt ein internationaler Blickwinkel eine wichtige Rolle. Wie können demokratiedidaktische Fragestellungen aus europäischer Sicht bearbeitet werden? Welche neuen Perspektiven können uns Erfahrungen aus anderen Ländern eröffnen? Wie lassen sich diese Einsichten in didaktische Konzepte überführen? Über die Jahre hat sich am IDD eine stetig wachsende Arbeitsgruppe etabliert, die von der Europäischen Kommission geförderte Erasmus+-Projekte konzipiert und implementiert. In erster Linie handelt es sich dabei um so genannte Strategische Partnerschaften, also länderübergreifende Kooperationsprojekte zur Entwicklung und zum Austausch innovativer Konzepte, Methoden und Verfahren.

Aus didaktischer Sicht ist dabei neben der europäischen Dimension besonders interessant, dass es sich nicht um rein hochschulwissenschaftliche Projekte handelt. Außeruniversitäre Einrichtungen wie Schulen, Volkshochschulen und weitere Bildungsträger oder zivilgesellschaftliche Organisationen können als Teil der Projektkonsortien und als gleichberechtigter Partner ihre spezifischen Erfahrungen einbringen und garantieren einen starken Praxisbezug. Auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse werden so Konzepte und Materialien unmittelbar mit den Zielgruppen entwickelt und getestet. Die Materialien richten sich je nach Projekt an (Berufs-)Schulen oder die politische Erwachsenenbildung.

In den vergangenen Jahren gelang es, den Arbeitsbereich stetig zu vergrößern und zu erweitern. In den Jahren 2019 und 2020 konnten acht Projekte mit einem Volumen von rund 2,3 Millionen Euro eingeworben werden. Hinzu kamen verschiedene Erasmus+-Projekte, an denen sich das IDD als Partnerorganisation beteiligte sowie weitere europäische Projekte aus Förderlinien wie „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ und „Jean Monnet“. Auch in diesen Projekten stehen didaktische Konzepte mit einer europäischen Perspektive im Mittelpunkt. Aktuell arbeiten elf wissenschaftliche Mitarbeiter*innen mit Unterstützung von sieben studentischen Hilfskräften an rund 21 Projekten. Dabei kristallisieren sich inhaltliche regelmäßig

Schwerpunkte heraus, die sich an gesellschaftspolitischen Herausforderungen orientieren.

Die Projekte der vergangenen Jahre legen ihren Fokus zum ersten verstärkt auf Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und inklusiver Bürgerschaft. In CLIO erarbeiten wir beispielsweise mit weiteren Universitäten und Berufsschulen Methoden um rechtsextremen und demokratiefeindlichen Tendenzen zu begegnen. Lehrkräfte werden im Umgang mit diesen Phänomenen geschult. TEACH hingegen erforscht, wie in der Erwachsenenbildung mit Verschwörungstheorien und –mentalitäten unter Teilnehmenden didaktisch umgegangen werden kann. Andere Projekte wie MUSIC oder ALL4INCLUSION sind breiter angelegt und ermitteln Möglichkeiten, benachteiligte Gruppen wie Geflüchtete konkret an Universitäten oder in der Erwachsenenbildung zu unterstützen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Thema Nachhaltigkeit. Klimadaten verdeutlichen die Dringlichkeit der Thematik. Projekte wie SchoolsGoGreen oder AgriPol unterstützen (Berufs-)Schulen bei der Entwicklung nachhaltiger Bildungskonzepte, die alle Lebensbereiche wie Ernährung oder das Freizeitverhalten in den Blick nehmen und diese in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang stellen, der junge Menschen auch immer dazu befähigen soll, sich gesellschaftlich aktiv zu beteiligen. Weitere Projekte befassen sich mit Fake News, Digital Citizenship Education und Digitaler Mündigkeit, klassisch historisch-politischen Themen wie der Zwangsgermanisierung polnischer Jugendlicher oder der Verbindung von Mathematik- und Politikdidaktik.

All diese Fragestellungen sind in der heutigen Zeit kaum noch aus einer nationalen Perspektive zu beantworten, so dass eine europäische wissenschaftliche Zusammenarbeit unabdingbar wird.

KLIMA-AKTIV – Klimaschutz aktiv gestalten und politische Handlungskompetenzen entwickeln

Von Steve Kenner



Das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderte Projekt „KLIMA-AKTIV – Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenzen entwickeln“ beschäftigt sich mit der Frage, wie es gelingen kann aktives klimapolitisches Handeln von Schüler*innen im Kontext der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen als Bildungserfahrungen zu ermöglichen und zu reflektieren. Im Zuge des Modellprojekts sollen Schüler*innen aller Schultypen aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg eigene Projekte und Aktionen entwickeln, um auf diese Weise wichtige politische Handlungskompetenzen zu entwickeln sowie die Fähigkeit zu stärken, aktiv zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie die Klimakrise beizutragen.

Der gesamte Prozess wird wissenschaftlich begleitet, um im Zuge dessen didaktische Materialien zu entwickeln und die Übertragbarkeit des Modellprojekts auf andere Regionen zu gewährleisten.

Das Projekt

Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Für ihre Bewältigung ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation notwendig. Für diese Transformation braucht es „Change Agents“, die den Wandel vorantreiben,

wie es in den Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen beschrieben wird. Studien der Jugendforschung belegen, dass sich junge Menschen mit globalen Herausforderungen wie der Klimakrise auseinandersetzen und ihre Bereitschaft sich politisch zu beteiligen steigt, was nicht zuletzt die Bewegung Fridays for Future in den letzten Jahren bewiesen hat. Die Bereitschaft, sich politisch zu engagieren hängt jedoch von vielfältigen Faktoren, wie beispielsweise dem Bildungsstand ab.

Ziel des hier skizzierten Projekts ist es, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, als Change Agents (lokale) Veränderungsprozesse hin zu mehr Klimagerechtigkeit voranzutreiben und im Zuge dessen die notwendigen politischen Handlungskompetenzen zu erwerben, um aktiv an demokratischen Prozessen zu partizipieren. Dafür soll im Landkreis Lüchow-Dannenberg von Anfang 2021 bis Ende 2023 ein Modellprojekt mit mehr als 120 Schüler*innen aller Schultypen (Gymnasium, Gesamt- und Berufsschule) durchgeführt werden. Die Schüler*innen sollen handlungsorientiert anhand selbstbestimmter Klimaschutz-Aktionen politische Lernerfahrungen sammeln und reflektieren. Dabei gilt es, Strukturen sowie Lehr-Lernsettings aufzubauen, zu erproben und zu reflektieren, die das jugendpolitische Engagement nachhaltig in der Region verankern und zugleich eine Übertragung auf andere Regionen ermöglichen.

Aus ihren eigenen Erfahrungswelten heraus sollen die Schüler*innen mithilfe von fachlicher Unterstützung Themen wählen, mit denen sie sich vertieft auseinandersetzen und eigene Aktionen planen. Dabei entwickeln sie kooperative und kollaborative Strategien zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen und Dilemmasituationen. Im Zuge dessen erwerben und verstärken sie Kompetenzen, wie Frustrations- und Ambiguitätstoleranz, die es ihnen erlauben, Unsicherheiten innerhalb der Transformationsprozesse auszuhalten.

Insgesamt ist das KLIMA-AKTIV in fünf Phasen unterteilt. 1) In der ersten Phase sollen die Schüler*innen ihre Kenntnisse über die Thematik erweitern und die politischen Handlungsebenen im Bereich der Klimagerechtigkeit kennenlernen. 2) Im Anschluss daran sollen dann auf Basis dieser Kenntnisse und unter Einbeziehung der Interessen der Schüler*innen eigene Klimaschutz-Projekte geplant werden. 3) In der dritten Phase folgt die praktische Umsetzung des Geplanten. 4) Nach der erfolgreichen Umsetzung, erfolgt die Evaluation und Reflexion des Projekts.

5) Als letztes soll eine Verstetigung des Projekts eingeleitet werden, die je nach Art des von den Jugendlichen gewählten Projekts unterschiedlich ausfallen kann.

Hervorzuheben ist, dass es in allen Phasen des Projekts eine Begleitforschung geben wird, das Projekt durch einen wissenschaftlichen Fachbeirat begleitet und durch Prof. Dr. Bernd Overwien (Universität Kassel) beraten wird. Auf Basis der wissenschaftlichen Begleitung soll es möglich sein, das Modellprojekt auch auf andere Regionen zu übertragen und so einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und der Erreichung der SDGs zu leisten.

Im Laufe des Projekts soll die Projektleitung und schließlich auch die aktiven Schüler*innen durch einen Fachbeirat unterstützt werden. Dieser besteht aus ehrenamtlichen Vertreter*innen verschiedener einschlägiger wissenschaftlicher Disziplinen sowie aus relevanten Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Der Fachbeirat soll das Planungs- und Organisationsteam beraten und im Zuge einer geplanten Summer-School, die von und mit den aktiven Schüler*innen organisiert wird, alle Beteiligten im Reflexionsprozess unterstützen.

Bislang besteht der Fachbeirat aus folgenden Personen, soll aber noch durch weitere Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft ergänzt werden:

- Dr. Thomas Pyhel (Deutsche Bundesstiftung Umwelt)
- Dr. Daniel Fischer (Außerordentlicher Professor an der Wageningen University / Niederlande)
- Prof. Dr. Susann Gessner (Universität Marburg)
- Jun.-Prof. Alexander Wohnig (Universität Siegen)
- Rebecca Harms (Bündnis 90 / Die Grünen, Gründungsmitglied der BI „Umweltschutz Lüchow Dannenberg“)
- Dr. Marie Bludau (Kultusministerium Niedersachsen)

Projektpartner*innen

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist eine Modellregion zivilgesellschaftlichen Engagements, der viele der notwendigen Entwicklung zumindest teilweise bereits erlebt hat. Der Gorleben-Konflikt hat das kulturelle, soziale, wirtschaftliche und auch politische Leben im Landkreis grundsätzlich verändert. Akteur*innen haben sich relevantes Wissen erarbeitet, sind auch aus einer teils gefühlten Situation der Ohnmacht ins Handeln gekommen. Weitere Erfahrungen zwischen Vergangenheit und Zukunft, die hier besonders gut zu erschließen sind liegen in der Art, Konflikte auszugetragen (Respekt im Diskurs, partizipative und konsensorientierte Beteiligungsformen) und auch in der Erarbeitung „positiver Narrative“.

Der Protest im Landkreis war immer auch mit dem Entwurf und der praktischen Erprobung von Zukunftskonzepten verbunden. War hier der Umgang mit dem Atom Müll der Ausgangspunkt, geht es beim Klimawandel um Landnutzung, verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mit der Bildungskoordination und der Klimaschutzleitstelle (KSL) des Landkreises Lüchow-Dannenberg, dem Gorleben-Archiv, der Kreisjugendpflege und auch den Schulen des Landkreises sind Akteure vorhanden, die ein solches Projekt mit Leben erfüllen und auf Dauer installieren können. Die politische Willensbildung im Landkreis Lüchow-Dannenberg gestaltet sich positiv: Der durch den Kreistag beschlossene Masterplan 100% Klimaschutz des Landkreises setzt bei der Umsetzung der Maßnahmen einen klaren Fokus auf die Bildung.

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) ist ein Zusammenschluss von Lehrerinnen und Lehrern, von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, von außerschulischen Pädagogen und Pädagoginnen, die sich der Politischen Bildung der Bürgerinnen und Bürger und der demokratischen politischen Kultur der Gesellschaft verpflichtet fühlen. Als Fachverband für Politische Bildung setzt sie sich insbesondere für eine Stärkung der Politischen Bildung in der Schule ein.

Das Kultusministerium ist die oberste Schulbehörde in Niedersachsen. Als solche plant und gestaltet es vor allem die Entwicklung des Schulwesens, regelt die Strukturen des Unterrichts in den verschiedenen Schulformen, erlässt Rahmenrichtlinien für dessen Inhalte und Methoden und stellt sicher, dass es genug Lehrkräfte gibt. Der derzeitige Minister Grant Hendrik Tonne ist zuständig für etwa 86.000 Lehrkräfte an den niedersächsischen Schulen sowie die dazugehörigen nachgeordneten Behörden und Arbeitsbereiche.

Kooperationsschulen: Berufsbildende Schule Lüchow, Drawehn-Schule, Berhard-Varenius-Schule und das Fritz-Reuter-Gymnasium.



KLIMAKTIV

Klimaschutz aktiv gestalten und politische Handlungskompetenz entwickeln

Wiedergutmachung, Arbeiterorganisationen und Vergangenheitsblindheit nach 1945

Von Jana Stoklasa

1933 zerschlugen die Nationalsozialisten die deutsche Arbeiterbewegung, als ihre Organisationen wie die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei verboten und ihre Mitglieder verfolgt wurden. Das Vermögen ihrer Organisationen wurde enteignet und nicht zuletzt für Verfolgung, Propaganda, Kriegsvorbereitung und -wirtschaft eingesetzt. Arbeiterorganisationen wurde einerseits während des Nationalsozialismus zwar also ihr Vermögen geraubt, aber andererseits erwiesen sich ihre Gemeinschaften auch als Träger der NS-Ideologie.

Als nach dem Zweiten Weltkrieg das enteignete Vermögen in einer geschätzten Höhe von ca. einer Milliarde Reichsmark zum Teil wieder rückerstattet wurde, war weder der Beitrag von Arbeitergemeinschaften zur nationalsozialistischen Herrschaft noch der Widerstand dagegen großartig thematisiert worden. Vielmehr bildete in der Nachkriegszeit das Verdrängen von NS-Vergangenheit und Verstrickungen in NS-Unrecht eine Voraussetzung für die Wiedergutmachung der einstigen Arbeiterorganisationen, die in der Deutschen Arbeitsfront zwangsverschmolzen waren. Unter den alliierten Militärregierungen musste die Versorgung und der Wiederaufbau unter Einsatz der wiedergegründeten Organisationen gesichert werden. Diese Situation förderte in Bezug auf die NS-Zeit eine Vergangenheitsblindheit, die zudem eng mit dem Kalten Krieg im geteilten Deutschland verflochten war. Dies zeigt die Umsetzung der nach 1945 erfolgten Wiedergutmachungsverfahren für die SPD und KPD sowie Konsumgenossenschaft Hannover, die ich untersucht habe.

Die Konsumgenossenschaft Hannover baute auf einer Ende des 19. Jahrhunderts gegründeten Solidargemeinschaft. Angesichts ihrer schlechten Lebensbedingungen infolge der Industrierevolution hatten sich wie in Hannover Arbeiter zusammengeschlossen, um mittels Selbsthilfe ihre Versorgung mit Grundnahrungsmitteln zu verbessern. Die Arbeiter zahlten geringfügige Beträge als Geschäftsanteile ein und wurden dafür prozentual entsprechend ihrem Umsatz durch sogenannte

Rückvergütung an den Gewinnen der Organisation beteiligt.



Durch die praktische Nähe zu den Gewerkschaften und der SPD gewannen die Konsumgenossenschaften an wirtschaftlichem und sozialreformerischem Aufschwung und bildeten um 1933 eine ernstzunehmende Alternative zum Einzelhandel. Damit waren sie den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge und wurden als „Totengräber des Einzelhandels“ verfolgt. Nach außen hin erklärten die Vertretungen der Konsumgenossenschaften ihre Loyalität gegenüber dem Reichskanzler und aufgrund ihrer Versorgungsfunktion erlaubte diese „Anpassung“ den Organisationen auch ein wirtschaftliches Überleben bis 1941. Als sie schließlich in das Eigentum der Deutschen Arbeitsfront übergingen, war nicht nur bereits ein Teil ihres Eigentums wie die Verkaufsläden privatisiert worden, sondern parallel war der Großteil der Gemeinschaften vom nationalsozialistischen Gedankengut infiltriert worden. Die Integration in die NS-Kriegswirtschaft bedeutete dann den Einsatz von Zwangsarbeitern sowie die Belieferung von Rüstungsbetrieben und allen Formen von Arbeits- und Konzentrationslagern. Es war das Ausschweigen dieser und anderer Verstrickungen in NS-Unrecht sowie der erfolgten Pervertierung der einstigen Solidargemeinschaften das ihren Wiederaufbau mithilfe der Wiedergutmachungsleistungen erlaubte.

Der Wiederaufbau musste auch angesichts der systempolitischen Teilung Deutschlands rasch erfolgen. Die Fokussierung auf die materielle Ebene diente dann in Form einer „Flucht nach vorne“ auch als Bewältigung des vergangenen Versagens. Die gemeinwirtschaftlichen Werte verloren so aber an Wirkungsmächtigkeit. Die erfolgte Anpassung und daraus resultierende Gemengelage wurde in der Nachkriegszeit als „wirtschaftsbedingtes Überwintern“ vereinfacht. Greifbar wurde die Nazifizierung der Organisationen und ihrer Gemeinschaften aber daran, dass der Wiederaufbau von Konsumgenossenschaften

Werbung der Konsumgenossenschaftlichen Großverkaufsgesellschaft aus dem Jahr 1928/1929.

Quelle: ver.di Landesbezirk Niedersachsen/Bremen/co op-Geschichtsgruppe Hannover (Hrsg.): Bildgeschichte der Konsum-Genossenschaften in Niedersachsen: co op – ein Stück Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1867-1994, Archiv mit 1250 Dokumenten (CD-Rom), Hannover 2008, Kapitel 8.2, S. 63.

ohne die entsprechenden Gesetze der Militärregierungen kaum möglich gewesen wäre. Denn die Verfolgung und damit die Ansprüche der Organisationen auf Wiedergutmachung wurden von einem Teil der einstigen Gemeinschaften selbst bestritten. In den Verfahren der hannoverschen Organisation decken die Auseinandersetzungen mit Verfolgungserfahrungen von ehemaligen Widerständlern aber auch mit historischer Schuld aber keine Wertungen der eigenen Involvierung oder Betroffenheit auf. Vielmehr kollidierten hier abstrakte Wertvorstellungen mit den wirtschaftspolitischen Interessen der Nachkriegsgesellschaft. Die Nazifizierung der Gemeinschaften wirkte bis in die Nachkriegszeit nach und nach der Katastrophe des Nationalsozialismus war die Reintegration von Arbeiterorganisationen durch eine diesbezügliche Erinnerungsverweigerung bedingt.

Die Wiedergutmachungsverfahren der SPD und KPD Hannover zeigen eine Orientierung an der Zukunft im systempolitisch geteilten Deutschland. Die Gleichschaltung der SPD und der KPD im Jahre 1933 trug wesentlich zur Schaffung des Einparteienstaates der NSDAP bei. Ihre Pressebetriebe, in welche die Parteien aus Meinungsbildungszwecken ihre größten Vermögenswerte investiert hatten, wurden als „staatsfeindlich“ besetzt und systematisch in Gaugesellschaften umgewandelt. Die Betriebe unterstanden dann dem Pressemonopol des nationalsozialistischen Eher-Verlags.

Bei der Demokratisierung und vorgesehenen Entnazifizierung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft war die Wiedergutmachung dieses Schadens für die Alliierten von hoher Priorität. Der Ost-West-Konflikt beförderte aber ab 1947 zunehmend eine Abgrenzung von kommunistischen Organisationen, so dass in den Westzonen das Erscheinen ihrer Zeitungen zunehmend verboten und ihr Wiederaufbau mit Mitteln aus der sowjetischen Zone ermöglicht wurde. Die Rückerstattung von in der NS-Zeit beschlagnahmtem

Eigentum wurde zunächst unter verschiedenen Vorwänden verhindert. 1956 wurden dann auf Grundlage des KPD-Verbots alle Rückerstattungsansprüche im Rahmen der Beschlagnahme des KPD-Eigentums „eingefroren“. Die Pressebetriebe der SPD profitierten zwar auf der materiellen Ebene von der Restitution, waren aber gleichzeitig in diese Kriminalisierung und den Ausschluss der KPD von Wiedergutmachungsleistungen verstrickt.

Das Freund-Feind-Schema infolge der deutschen Teilung im Rahmen des Globalkonfliktes wurde hier in die von mir analysierten Rückerstattungsverfahren der hannoverschen SPD und KPD hineingetragen. Die Wiedergutmachung von Schäden der KPD-Pressebetriebe aus der NS-Zeit wurde als Unterstützung der Interessen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und damit als Förderung der politischen Interessen Ostdeutschlands/der Sowjetunion betrachtet. Die Verhandlungen zwischen den Vertretungen der SPD und KPD sowie den Wiedergutmachungsinstanzen in den Verfahren zeigen, dass hier die innergesellschaftlichen Beziehungen, die während der NS-Zeit zerstört wurden, durch die Orientierung am Antikommunismus „geheilt“ wurden. Antikommunismus wurde auch als ein Element der NS-Ideologie mobilisiert, da die Anerkennung von Verfolgungsschäden der KPD aus der NS-Zeit nicht mit der bundesdeutschen Westernisierung und Resozialisierungspolitik vereinbar war.

Diese Selbstverständnisse der Nachkriegszeit reflektieren, wie in den Wiedergutmachungsverfahren der SPD und KPD sowie Konsumgenossenschaft Hannover mit der NS-Vergangenheit von Arbeiterorganisationen umgegangen wurde. Die in der jungen Bundesrepublik geführten Verhandlungen sind als gesellschaftliche Praxis bis dato kaum erforscht.“

Urteil

des Ersten Senats vom 17. August 1956

-- 1 BvB 2/51 --

in dem Verfahren über den Antrag der Bundesregierung auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Entscheidungsformel:

I. 1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verfassungswidrig.

2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.

3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen.

Auszug aus dem KPD-Verbotsurteil.
Quelle: <https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv005085.html>,
Stand 28.03.2021.

Exklusive Stadtgesellschaft? Das Beispiel institutioneller Antiziganismus

Von Tobias Neuburger

Unter Schlagworten wie ‚Armutszuwanderung aus Südosteuropa‘ entwickelte sich verstärkt seit 2013 ein politischer Abwehrdiskurs in Bezug auf die EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien. Ausgehend von der These, dass es – als Gegenbewegung zum Abbau territorial-nationaler Grenzen innerhalb der Europäischen Union – zu neuen Praktiken kommunaler Grenzziehungen kommt, haben wir am Institut für Didaktik der Demokratie ein Forschungsprojekt¹ über Mechanismen des institutionellen Antiziganismus im urbanen Raum durchgeführt.

Fragestellung: Wie wirkt institutioneller Antiziganismus?

Die Geschichte des Antiziganismus verweist auf eine jahrhundertalte Tradition, die ihn als eigenständige *idée fixe* ausweist. Er ist allerdings nicht einfach nur eine Idee oder ein Bewusstseinsphänomen im Sinne der Vorurteils- und Stereotypenforschung, sondern artikuliert sich – im Sinne einer Einheit aus Wissen und Macht² – auch in institutionellen Praktiken wie Ausgrenzung, Segregation oder Vertreibung. Nach wie vor sind die exklusiven Effekte solcher Machtprozesse in Form segregierter urbaner Räume in ganz Europa sichtbar.³ An diese kritische Bestandsaufnahme knüpft unser Forschungsprojekt an, das institutionelle Praktiken kommunaler Akteure im Zusammenhang mit der EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien in einer ausgewählten deutschen Großstadt⁴ untersucht.

Forschungsleitend ist für uns die These, dass – als Gegenbewegung zum Abbau territorialer Grenzen innerhalb der Europäischen Union – neue Praktiken der Grenzziehung entstehen. Diese neuen Grenzziehungen werden verstärkt innerhalb urbaner Zentren gezogen.⁵ Die Ebene der Stadt erlangt in diesem Zusammenhang größere Bedeutung im binneneuropäischen Grenzregime. Hieran anknüpfend werfen wir Fragen danach auf, ob wir solche neuen Grenzziehungspraktiken auch in dem von uns untersuchten urbanen Raum beobachten können und inwiefern diese als Mechanismen des institutionellen Antiziganismus beschreibbar sind.

Mechanismen und Handlungsvollzüge des institutionellen Antiziganismus sind insbesondere in der gegenwartsbezogenen deutschsprachigen Antiziganismusforschung kaum zum Gegenstand von empirischen Untersuchungen gemacht worden. Diesem Forschungsdesiderat widmet sich unsere Städtestudie.

Ausgangslage: Problematisierung von EU-Binnenmigration

Die Ausgangslage in der von uns untersuchten Großstadt bettet sich in eine deutschland- und europaweite Problematisierung der EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien ein. Wichtiger Stichwortgeber dieses Diskurses war der Deutsche Städtetag, der sich im Januar 2013 mit einem Positionspapier⁶ über untragbare und den sozialen Frieden gefährdende Zustände in deutschen Kommunen an die Öffentlichkeit wandte. Neben der Feststellung, dass seit den EU-Beitritten Bulgariens und Rumäniens „eine deutliche Wanderung aus diesen Ländern in die übrigen Mitgliedsstaaten“ zu verzeichnen sei, wurde hier eine bedeutsame Unterscheidung hinsichtlich der Migration „qualifizierter EU-Bürgerinnen und Bürger“ einerseits und einer die Kommunen ökonomisch und sozial belastenden Migration andererseits gezogen.

Mit dieser kategorialen Unterscheidung in gute und schlechte Migrant_innen konnten die Diskursakteure, dies haben einschlägige Mediendiskursanalysen⁷ wiederholt rekonstruiert, bruchlos an einschlägige Projektionsinhalte des Antiziganismus anknüpfen. Diese antiziganistisch durchgesetzten Problemkonstruktionen entfalteten allerdings nicht nur medial Wirkung. So verabschiedeten viele Städte – nicht nur in

Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt

Forschungsbericht für die Unabhängige Kommission Antiziganismus

Tobias Neuburger und Christian Hinrichs
unter Mitarbeit von Ismail Bekir Dogru und Ria Tandler

Projektleitung: Prof. Dr. Dirk Lange



Institut für Didaktik der Demokratie
Forschungszentrum Center for Inclusive Citizenship
Leibniz Universität Hannover
Hannover 2021

Tobias Neuburger und Christian Hinrichs:
Mechanismen des institutionellen Antiziganismus: Kommunale Praktiken und EU-Binnenmigration am Beispiel einer westdeutschen Großstadt, Hannover, 2021.

Deutschland⁸ – einschlägige kommunale Handlungskataloge, die von einer Gefährdung der städtischen Gemeinwesen durch die EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien ausgingen. Diese Maßnahmenkataloge führten zur Etablierung neuer Routinen und der Bildung neuer institutioneller Strukturen innerhalb der städtischen Verwaltungen. Auch in der von uns untersuchten Großstadt wurde von der kommunalen Verwaltung ein entsprechender Handlungskatalog im Jahr 2013 ausgearbeitet und vom Rat der Stadt verabschiedet.

Befunde: Verschränkung rassifizierender Grenzziehungspraktiken und exklusive Stadtgesellschaft

In unserer Studie konnten wir einen Prozess des institutionellen Antiziganismus empirisch rekonstruieren, der in einer Vielzahl rassifizierender Ausschluss- und Grenzziehungspraktiken besteht. Am Beispiel der vier Untersuchungsbereiche 1) Wohnen und Unterbringung, 2) Arbeitsmarkt und wohlfahrtsstaatliche Dienstleistungen, 3) Bildung und Schule sowie 4) Gesundheitsversorgung konnten wir aufzeigen, wie die Mechanismen des institutionellen Antiziganismus in unterschiedlichen sozialen Systemen sich wechselseitig bedingen, verschränken und kumulativ den umfassenden Ausschluss von als ‚Roma‘ gelabelten Unionsbürgern aus der von uns untersuchten Großstadt bewirken.

Ausgangspunkt dieses Prozesses ist die rassifizierende Problematisierung dieser Migration als eine die urbanen Gesellschaften ökonomisch, sozial und kulturell besonders belastende ‚Armutswanderung aus Südosteuropa‘. Neben mitunter schrillen Bedrohungs- und Überlastungsszenarien ist dieser Problematisierungsdiskurs durch die kategoriale Unterscheidung im Hinblick auf ökonomische (Nicht-)Verwertbarkeit und einer damit verbundenen Zuschreibung von (Nicht-)Leistungsfähigkeit geprägt. Dies hat weitgehende Folgen: das Recht auf soziale Teilhabe und Partizipation an der Stadtgesellschaft wird nicht anerkannt und verwehrt.

Da der institutionelle Antiziganismus Ausdruck eines Macht-Wissen-Komplexes ist, sind für die empirische Analyse nicht nur die diskursiv vermittelten Wissensbestände zu berücksichtigen, wie sie in den einschlägigen Problematisierungen zu Tage treten.

Darüber hinaus wirken differenzierende Machtpraktiken der Abwehr, Verdrängung, Unterlassung und Eindämmung, die sich in institutionelle Routinen, Prozesse und Abläufe einschreiben und den Prozess der Rassifizierung auch materiell manifestieren. Diese Mechanismen des institutionellen Antiziganismus

(re-)produzieren systematisch die desperaten und marginalisierten Lebensbedingungen der als ‚Roma‘ gelabelten Unionsbürger: hierzu zählen etwa sozialräumliche Verdrängung in die urbane Peripherie, Wohn- und Obdachlosigkeit, schwere Arbeitsausbeutung, Verschuldung, segregierende Beschulung, fehlender Krankenversicherungsschutz und gesundheitliche Vulnerabilität. Unsere Studie verweist eindrücklich darauf, dass diese desperaten und marginalisierten Lebensbedingungen als Effekte eines Prozesses des institutionellen Antiziganismus zu betrachten sind.

Ausblick

Wie unser Forschungsprojekt über Mechanismen des institutionellen Antiziganismus belegt, besitzt das Analyseparadigma des institutionellen Rassismus für die empirische Sozialforschung einen großen analytischen Mehrwert. Unsere Forschung verdeutlicht darüber hinaus ebenfalls, dass die gesellschaftliche Diskussion über die Dimensionen, Ausprägungen und Formen des institutionellen Rassismus, wie sie im Anschluss an den rassistischen Mord an George Floyd und der globalen Black Lives Matter-Proteste auch in Deutschland insbesondere am Beispiel von Polizei- und Sicherheitsbehörden geführt wurde, lediglich einen Problembereich des institutionellen Rassismus betrifft. Mechanismen des institutionellen Rassismus und Antiziganismus wirken ebenso in Wohnungs- und Bauämtern, Sozialleistungsbehörden, Schulen und Gesundheitsämtern, um nur einige der Institutionen zu nennen.

¹ Das Forschungsprojekt wurde im Auftrag der Unabhängigen Kommission Antiziganismus (2019–2020) durchgeführt.

² Vgl. Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a.M., 2008, S. 39.

³ Vgl. Giovanni Picker: Racial Cities. Governance and the Segregation of Romani People in Urban Europe, London, 2017.

⁴ Die untersuchte Stadt und alle Akteure werden anonymisiert.

⁵ Vgl. Henrik Leuhn: Local Border Practices and Urban Citizenship in Europe, in: City: Analysis of Urban Trends, Culture, Theory, Politics, Action, 2013, Bd. 17, H. 1, S. 37–51.

⁶ Deutscher Städtetag: Positionspapier. Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, Berlin, 22.01.2013.

⁷ Vgl. Markus End: Antiziganismus in der deutschen Öffentlichkeit. Strategien und Mechanismen medialer Kommunikation, Heidelberg, 2014.

⁸ Siehe exemplarisch Maria Persdotter: Free to Move Along. On the Urbanisation of Cross-Border Mobility Controls – A Case of Roma ‚EU-Migrants‘ in Malmö, Roskilde, 2019, S. 221ff.

Lehr-Lern-Konzepte für kulturelle Diversität und soziale Inklusion an Universitäten

Von Theresa Bechtel, Arne Schrader und Christoph Wolf

Viele Geflüchtete, die bereits mit einem hohen Bildungsniveau nach Deutschland gekommen sind, verbindet ein starkes Studieninteresse und der Wunsch, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten weiter auszubauen und ihren Bildungsweg an einer Hochschule fortzusetzen (DWI 2017). Die Zahl der Studieninteressierten und Immatrikulierten mit Fluchterfahrung an deutschen Hochschulen ist anhaltend hoch. Mit diesem Trend – einer zunehmend diversen Studierendenschaft – wachsen auch die Herausforderungen für das komplexe System Hochschule – nicht nur in Deutschland.

Deutsche Hochschulen haben diesen Trend erkannt und begonnen spezielle Angebote für Studierende mit Fluchterfahrung zu entwickeln (BMI 2017). Diese Bemühungen stehen nicht nur im Zusammenhang mit den Internationalisierungsstrategien der Hochschulen, sondern gehen auch darüber hinaus. Bisher lag der Fokus hier jedoch häufig auf der Bereitstellung von Hilfsangeboten an die Studierenden mit Fluchterfahrung, nicht selten auch von der verfassten Studierendenschaft getragen oder auf ehrenamtliches Engagement beruhend (vgl. z.B. das Buddy-Programm). Weniger Beachtung hat hingegen die diversitätssensible Qualifizierung von Beschäftigten auf allen Ebenen des Hochschulsystems erhalten. Dabei spielen die Beschäftigten an der Universität nicht nur eine entscheidende Rolle für den Studienerfolg, sondern sie können auch zu einem langfristigen kulturellen Wandel im Umgang mit Geflüchteten und zu einer sozialen Inklusion beitragen – was nicht nur auf der Ebene der Universitäten, sondern auch eine gesamtgesellschaftliche Dimension haben kann.

Ein solcher Fokus führt schließlich auch dazu, dass sich die bisher eingeschlagenen Wege der Universitäten in langfristigen Strukturen verstetigen und institutionell stärker verankern.

Das Institut will diese Lücke mithilfe des im September 2019 gestarteten und EU-finanzierten Erasmus+-Projektes MUSIC („Making Universities ready for Social Inclusion and Cultural Diversity“) schließen. Ziel des Projektes ist es, ein Lehr-/Lern-



Das Projektteam um das Erasmus+-Projekt MUSIC („Making Universities ready for Social Inclusion and Cultural Diversity“)

Konzept für kulturelle Diversität und soziale Inklusion an Universitäten zu erarbeiten und bereitzustellen. Damit setzt das Projekt am gegenwärtigen gesellschaftlichen Wandel an, wirkt auf eine diversitätssensible Öffnung von Hochschulen hin (kulturelle Diversität) und will die Teilhabe aller Menschen an der Universität stärken (soziale Inklusion). Das Projekt ist transnational angelegt und wird gemeinsam mit Partner:innen aus Italien, Griechenland und Österreich bearbeitet. Als universitäre Partner beteiligen sich neben der Leibniz Universität Hannover sind auch die Technische Universität Kaiserslautern, die Universität

Pavia (Italien), die Universität Piräus (Griechenland) sowie die Universität Wien (Österreich) am Projekt. Eine Befragung von internationalen Studierenden und Studierenden mit Fluchterfahrung an den am Projekt beteiligten Universitäten hat gezeigt, dass die größten Herausforderungen neben der sprachlichen Barriere und dem Durchschauen des universitären Bildungssystems, das Fehlen sozialer Kontakte zu Studierenden der Mehrheitsgesellschaft ist. Viele der Befragten fühlten sich oft als ‚nicht zugehörig‘. Hinzu kommen Erfahrungen mit Ausgrenzung, Missachtung oder gar Rassismus. Dieses Ergebnis unterstreicht noch einmal, wie wichtig solche Angebote an Hochschulen sind, wenn ein gutes Zusammenleben in Universität und Gesellschaft gelingen soll. Ziel muss es sein, die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Fluchterfahrung in allen Lebensbereichen sicherzustellen.

Im Rahmen des Projektes werden unterschiedlichen Beschäftigtengruppen des ‚Mikrokosmos Universität‘ in den Blick genommen. Denn nicht nur Professor:innen und wissenschaftliche Mitarbeiter:innen sind in ihren Vorlesungen, Seminaren oder Übungen mit der Herausforderung einer zunehmend diverseren Lerngruppe konfrontiert, sondern etwa auch Beschäftigte des Studentierendenwerkes, der Immatrikulationsstellen oder auch Angehörige des Allgemeinen Studierendenausschusses. Insgesamt wurden im Projekt drei zentrale Bereiche der Universität identifiziert, an die sich das Projekt richtet: Mitarbeiter:innen der Universitätsverwaltung, Lehrende und Angehörige der verfassten Studierendenschaft. Sie alle sind in ihrer täglichen Arbeit und ihrem täglichen Handeln gefragt, das Konzept der kulturellen Diversität umzusetzen und soziale Inklusion zu ermöglichen.

Eine Aufgabe, die bisher bei vielen Beschäftigten ein Gefühl von Unsicherheit und Überforderung herbeiführt, wie auch eine Umfrage zeigt, die im Rahmen des Projektes mit Angehörigen der drei Zielgruppen durchgeführt wurde. Als zentrale Bedarfe hat die Umfrage zudem interkulturelle und kommunikative Kompetenzen ausgemacht. Das Lehr-/Lernkonzept setzt daher inhaltlich hier an. Es verbindet Ansätze interkulturellen Lernens, politischer Bildung und Ansätze zur Förderung von Kommunikationskompetenzen miteinander. Im Rahmen des Projektes werden insgesamt vier Module entwickelt. Das erste Modul zielt darauf ab, einen Prozess der Selbst-Reflektion von bewussten und unbewussten Vorannahmen gegenüber Geflüchteten anzustoßen und für Mechanismen der Exklusion zu sensibilisieren.

Das zweite Modul fokussiert sich auf die Stärkung von Kommunikationsstrategien und die Reflexion non-verbaler Kommunikation. Das dritte Modul greift die Konzepte des interkulturellen Lernens und der kulturellen Diversität auf. Im Gegensatz dazu ist das vierte Modul schließlich zielgruppenspezifisch angelegt. Damit soll auch auf die speziellen Bedarfe der jeweiligen Beschäftigtengruppen eingegangen werden, die in den anderen Modulen nicht abgedeckt werden konnten.

Reflektiert handelnde und informierte Beschäftigte, können Geflüchteten – und im weiteren Sinne auch allen internationalen Studierenden – den Zugang zum tertiären Bildungsbereich erleichtern. Sie können den Umgang mit Diversität an Hochschulen stärken, die Hochschule dabei auch in ihrer Internationalisierungsstrategie unterstützen und einen maßgeblichen Beitrag zur sozialen Inklusion von Geflüchteten in der Gesellschaft leisten. Gleichzeitig können Studierende mit Flucht- und Migrationserfahrung eine stärkere Wertschätzung erfahren, was ihnen eine bessere soziale Teilhabe am Hochschulsystem und am gesellschaftlichen Leben insgesamt ermöglicht.



Ausstellung, Tagung, Publikation: 40 Jahre Gorleben-Treck. Ein Projekt, unterschiedliche Perspektiven

Von Christian Hellwig

„Gorleben ist raus – amtlich bestätigt, schwarz auf weiß.“¹ – Dies vermeldete der NDR am 28. September 2020 als Reaktion auf den durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung veröffentlichten Zwischenbericht zur Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle. Mit dieser Entscheidung konnte zumindest im niedersächsischen Wendland ein wichtiges Kapitel deutscher Protestgeschichte zu einem vorläufigen Abschluss kommen. Mehr als vierzig Jahre wehrten sich zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten in der Region gegen landes- und bundespolitische Pläne, im Salzstock Gorleben ein Endlager für die strahlenden Hinterlassenschaften deutscher Atomkraftwerke zu errichten. Die daraus erwachsene Protestbewegung rückte am 31. März 1979 ganz sichtbar in den Blick der Bundesöffentlichkeit. An diesem Tag erreichte der sogenannte Gorleben-Treck die niedersächsische Landeshauptstadt. Wenige Tage zuvor hatten sich im Wendland mehrere hundert Traktoren auf den Weg gemacht, um in Hannover gegen die Atomkraft und den damit verbundenen Folgen zu demonstrieren. Zur Mobilisierung der Proteste trug zudem der in diesen Tagen bekannt gewordene Störfall in dem US-amerikanischen Atomkraftwerk Three Miles Island bei, der sich am 28. März 1979 ereignete und zu einer partiellen Kernschmelze führte. An dem Demonstrationszug, der an jenem Tag durch Hannover zog, versammelten sich ca. 100.000 Menschen. Dies war die bis dato größte Demonstration in der bundesdeutschen

Geschichte.

2019 jährte sich der Jahrestag des Gorleben-Trecks zum 40. Mal. Die Anti-Atomkraft-Bewegung ist von Philipp Gassert als wesentlicher Bestandteil einer größeren Umwelt- und Ökologiebewegung eingestuft worden, die in der historischen Bewertung ein symbolträchtiger Referenzpunkt für ein kritisches Verständnis von Staat und Gesellschaft darstellen würde.² Dies gilt nicht nur in Bezug auf die niedersächsische Landeszeitgeschichte, sondern per se für bundesdeutsche und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, die im Zuge der Anti-Atomkraft-Bewegung den Diskurs über Formen politischer Meinungsäußerungen und demokratischer Teilhabe erweiterten. Die kritische Auseinandersetzung mit dem „Gorleben-Treck“ als ein überregional wirkendes Ereignis eines regionalen Protestes, ist mit Blick auf das Profil unseres Institutes und den damit verbundenen Themen und Fragestellungen überaus reizvoll gewesen: Die Auseinandersetzung mit dem Anti-Atom-Protest der letzten Jahrzehnte berührt nicht nur grundsätzliche Fragen zur Bedeutung von Demokratie, Bürger*innenbewusstsein, Partizipation und Inklusion, sondern spielt zudem auf den Ebenen der Geschichtsvermittlung und der Erinnerungskultur eine wesentliche Rolle.

Bis heute erinnert in Hannover, am Weißekreuzplatz im Stadtteil List, ein auffälliger Gedenkstein an den Gorleben-Treck. Unzählige Passantinnen und Passanten passieren tagtäglich diesen Erinnerungsort; die allermeisten vermutlich, ohne dieses Symbol aktiv

wahrzunehmen. Dies passt ins Bild. In der Auseinandersetzung mit der Thematik hat sich gezeigt, dass bei zahlreichen (auch älteren) Hannoveranerinnen und Hannoveranern das historische Ereignis nicht im Gedächtnis verankert geblieben ist, obgleich in den letzten Jahrzehnten die gesellschaftlichen Debatten um die Nutzung der Atomkraft – gerade im zeitlichen Umfeld der nuklearen Katastrophen in Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 – stets virulent blieben sowie auf die Entwicklung demokratischer Teilhabeprozesse Einfluss nahmen (und bis heute nehmen). Für das IDD ist dies der Anlass gewesen, sich der Thematik in Form einer Sonderausstellung anzunehmen, die jedoch den Anspruch verfolgte, nicht nur an das Ereignis zu erinnern, sondern die verschiedenen Facetten, die sich mit der Anti-Atomkraft-Bewegung verbinden, zu beleuchten.

Die Ausstellung „Trecker nach Hannover – Gorleben und die Bewegung zum Atomausstieg“ ist als Sonderausstellung vom 27. März bis zum 28. Juli 2019 im Historischen Museum Hannover zu sehen gewesen. Ausgangspunkt der Ausstellungskonzeption ist eine zweiteilige Lehrveranstaltung gewesen, die im Sommersemester 2018 sowie im Wintersemester 2018/19 von einem Team aus Mitarbeiter*innen des IDD sowie des Historischen Museums Hannover (MHM) am Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover angeboten wurde. Ziel der Lehrveranstaltung ist es gewesen, die Anti-Atomkraft-Bewegung im Wendland sowie den Gorleben-Treck in den historischen Kontext bundesdeutscher Protestgeschichte und der Geschichte sozialer Bewegungen einzuordnen und darauf aufbauend Fragestellungen und Schwerpunkte zu entwickeln, die aus der Perspektive der Arbeitsgruppe in einer zeitgemäßen Ausstellung zu dieser Thematik aufgegriffen werden mussten. Aus der Lehrveranstaltung heraus entwickelten sich alsbald erste konzeptionelle Überlegungen zur Ausstellungsgestaltung. Das Ausstellungsvorhaben profitierte zudem von der Zusammenarbeit mit dem Gorleben-Archiv. Für die Ausstellung wurde dem MHM vielfältiges Quellmaterial und Objekte zur Verfügung gestellt, die von den Studierenden vor Ort recherchiert und ausgewählt wurden.

Für die Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung konnten mit Rebecca Harms und Hans Mönninghoff zwei prominente Vertreter*innen des wendländischen Widerstandes gewonnen werden, die im Rahmen eines Podiumsgesprächs zu der Fragestellung „1979 – Zeitenwende?“ nicht nur auf den Gorleben-Treck zurückblickten, sondern gleichsam auch über die Nachwirkungen und die Folgen der Protestbewegung diskutierten. Dies markierte den Auftakt für ein vielfältiges Begleitprogramm, das die Laufzeit der

Ausstellung begleitete und die Themen Protest und Widerstand in den Fokus rückte. Mit der niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung konnte ein wertvoller Partner für die Gestaltung eines zeitgemäßen Vermittlungsangebotes gewonnen und ein App-basierter und interaktiver Rundgang durch die Ausstellung entwickelt werden. Zusammen mit der Städtischen Erinnerungskultur Hannover und dem Kommunalen Kino wurden im Rahmen der gemeinsam mit dem IDD veranstalteten Filmreihe „Erinnerungsbilder“ zudem drei historische Filmdokumente ausstellungsbegleitend gezeigt und vorgestellt, die zwischen 1979 und 1985 von der Wendländischen Filmkooperative produziert wurden und den Anti-Atom-Protest im Wendland aus filmischer Perspektive flankierten und reflektieren. Im Anschluss an die Laufzeit der Ausstellung im MHM wurde die Schau in ein digitales Format überführt, sodass Interessierte sich nach wie vor einen Eindruck über die Ausstellung und die darin verhandelten Themen verschaffen können.³

Bereits in der Frühphase des Projektes kristallisierte sich heraus, dass aufgrund der Relevanz gerade auch für die niedersächsische Landeszeitgeschichte eine über die Ausstellung hinaus-





gehende wissenschaftliche Vertiefung der Thematik lohnenswert sein würde. Zusammen mit der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen organisierte das IDD vom 21. bis zum 22. Juni 2019 eine international besetzte Fachtagung im niedersächsischen Landtag. Die Tagung stand unter dem Thema „Der Gorleben-Treck 1979 und die niedersächsische Landesgeschichte. Der Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung im regionalen und internationalen Vergleich.“

In insgesamt sechs Panels wurde unter anderem die grundsätzliche Bedeutung der Anti-Atomkraft-Bewegung für die deutsche Protestgeschichte und die Geschichte sozialer Bewegungen diskutiert und danach gefragt, welche langfristigen Auswirkungen der regionale wie überregionale Widerstand gegen die Atomkraft auf gesellschaftliche demokratische Lernprozesse hatte.⁴ Dank der Förderung der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen kann ein Großteil der Tagungsbeiträge in dem zugehörigen Sammelband zur Tagung nachgelesen werden. Die Publikation mit dem Titel „Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atomprotest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess“ ist 2020 als Band 309 der Schriftenreihe der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen und zugleich als Band 5 der Schriftenreihe zur Didaktik der Demokratie im Wallstein Verlag erschienen.

Mit der Veröffentlichung der Publikation endete für das IDD eine mehr als zweijährige Arbeit an dem Projekt, auf die die beteiligten Mitarbeiter*innen gerne zurückblicken. Die vielfältigen Aktivitäten des Projektes belegen, was sich trotz limitiert zur Verfügung stehender Fördermittel mit viel persönlichem Engagement und Gestaltungswillen erreichen lässt. Dieser Erfolg wäre jedoch ohne die inhaltliche wie monetäre Unterstützung der zahlreichen und im Vorigen genannten Kooperationspartner nicht möglich gewesen, denen das IDD aus diesem Grund zu ganz besonderem Dank verpflichtet ist!

¹ Gorleben wird kein Endlager: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/lueneburg_heide_unterelbe/Gorleben-wird-kein-Endlager-Salzstock-ungeeignet,endlager340.html, Stand: 10.03.2021.

² Philipp Gassert: *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945.* Stuttgart 2018.

³ Die digitale Ausstellung kann unter der folgenden Adresse abgerufen werden: <https://gorleben.hm-hannover.de>.

⁴ Siehe dazu auch den Tagungsbericht von Oliver Schael: *Der Gorleben-Treck 1979 und die niedersächsische Landesgeschichte. Der Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung im regionalen und internationalen Vergleich*, 21.06.2019 – 22.06.2019 Hannover, in: *H-Soz-Kult*, 09.09.2019, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8428>.

Lehrer*innenkompetenzen gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Von Patrick Bredl und Sebastian Fischer

Ein Schwerpunkt der Arbeit des IDD besteht in der Auseinandersetzung mit einer an Bedeutung gewinnenden extremen Rechten. Insbesondere sollen Lehrkräfte befähigt werden, einen reflektierten Umgang mit rechtsextremen Vorfällen an Schulen zu entwickeln. Im Rahmen des „Modellprojekts zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an niedersächsischen Schulen“ wird nicht nur fachliches Wissen über moderne Ausprägungen der extremen Rechten vermittelt. In diesem Modellprojekt werden mit den teilnehmenden Lehrkräften verschiedene Strategien zum Umgang mit extrem rechten Aussagen und Verhaltensweisen von Schüler*innen am Beispiel der eigenen Schule, der eigenen Klasse und des eigenen Fachunterrichts erprobt.

Im Folgenden werden wir unsere Prämissen bei der Bildungsarbeit gegen die extreme Rechte näher beschreiben. Seit einigen Jahren ist zu beobachten, dass klassische rechtsextreme Parteien wie die NPD an Bedeutung verloren haben. Gleichzeitig erleben wir ein Erstarken rechtsextremer Akteure wie etwa der „Identitären“. Sie vermeiden neonazistische Positionierungen. Sie sprechen stattdessen von zu verteidigenden europäischen Werten und wenden sich gegen Zuwanderung aus islamischen Ländern.

Bei den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) demonstrieren Mitglieder militanter Kameradschaften mit bürgerlichen Fraktionen der extremen Rechten, und in der „Alternative für Deutschland“ (AFD) finden sowohl rechtspopulistische wie rechtsextreme Aktivisten eine politische Heimat. Bisherige Grenzziehungen zwischen dem Konservatismus und der extremen Rechten lösen sich sukzessive auf und neurechte Ideen finden den Weg in die Mitte der Gesellschaft. Diese Verschiebung des politischen Koordinatensystems in Form eines Rechtsruckes stellt eine grundlegende Herausforderung für die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft dar. Gegenwärtig können vor allem drei thematische Felder identifiziert werden, die radikalen Ausgrenzungspraxen Legitimität verleihen.

Die Ethnisierung des Sozialen

Die Integrationsdebatte nimmt in den Medien einen breiten Raum ein und wird noch immer

vorwiegend mit dem Blick auf eine mangelnde Bereitschaft zur Integration auf Seiten der Eingewanderten geführt. Insbesondere der Islam wird als Integrationshemmnis ausgemacht. Man warnt vor der Entstehung von „Parallelgesellschaften“ und fordert eine deutsche „Leitkultur“, die für die Zugewanderten verbindlich gemacht werden müsse. Viele Eingewanderte werden dabei, auch wenn sie keiner Religion angehören, als Vertreter*innen einer islamischen Kultur betrachtet und mit negativen Eigenschaften versehen. Gerade in den Regionen Deutschlands, in denen es kaum Migrant*innen gibt, ist der Ruf am stärksten, der „eigenen Kultur“ zu ihrem Recht zu verhelfen. Ethnopluralistische Argumentationen sind deshalb als besonders wirkmächtig einzuschätzen, weil sie zum einen eine Ungleichbehandlung der als kulturell fremd markierten Bevölkerungsgruppen erlauben und zum anderen auf eine an den Nationalsozialismus erinnernde, offen rassistische Klassifizierung von Menschen verzichten. Die ethnopluralistisch argumentierende extreme Rechte gewann in den letzten Jahren auch deshalb an Einfluss, weil sie an entsprechende Diskurse anknüpfen kann, die eine kulturalistische Wahrnehmung gesellschaftlicher Phänomene nahelegen.

Wiedererstarke nationalistic Identifikationen

Seit einigen Jahren erleben wir eine Renaissance des Nationalismus. Warum wird diese Form der Vergemeinschaftung als attraktiv erlebt? Insbesondere die Implementation der Agenda 2010 wurde begleitet von Kampagnen zur „symbolischen Integration“. Gerade wenn relevanten Teilen der Bevölkerung die materielle Teilhabe weitgehend versagt bleibt, sollte eine symbolische Form der Zugehörigkeit geschaffen werden. Von den verschiedenen Kampagnen wie zum Beispiel „Sport tut Deutschland gut“, „Land der Ideen“ oder „FC Deutschland 06“, die eine Identifikation mit der Nation zum Ziel hatten, erreichte vor allem die Kampagne „Du bist Deutschland“ einen bedeutenden Teil der Bevölkerung (vgl. Zekri 2006, S.254f.). Kampagnen, die das Denken in nationalen Kategorien zum Ziel haben, können grundsätzlich nicht kontrollieren, wie ihre Adressaten mit diesem Identifikationsangebot umgehen. Eine entsprechende Strategie der

„symbolischen Integration“ muss mit „Kollateralschäden“ rechnen. Nationale Identifikationsangebote waren durchaus wirkmächtig und dürften der Losung „Deutschland zuerst“ eine gewisse Überzeugungskraft verliehen haben.

Neoliberalismus und autoritärer Etatismus

Die Einschränkung sozialer Teilhaberechte für unterprivilegierte Bevölkerungsschichten wurde flankiert durch sicherheitspolitische Maßnahmen. Der Kampf gegen die Armut wurde oftmals zu einem Kampf gegen die Armen. Sichtbare Armut soll aus den Innenstädten verbannt werden. Sozialer Desorganisation wird deshalb verstärkt mit ordnungspolitischen Maßnahmen begegnet, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Insbesondere im „Kampf gegen den Terror“ werden bürgerliche Freiheitsrechte eingeschränkt zugunsten der Herstellung vermeintlicher Sicherheit. Gerade wenn die Festschreibung einer rigiden Austeritätspolitik Regierungen die Möglichkeit zur wirtschaftspolitischen Gestaltung des Gemeinwesens nimmt, ist die Versuchung für staatliche Akteur*innen groß, sich über die Herstellung von „Sicherheit“ zu legitimieren. Dabei lässt sich verstärkt eine Entwicklung hin zu einem autoritären Etatismus beobachten (vgl. Heitmeyer 2018). Ein primär über den Ausbau innerer Sicherheitsbehörden umgesetztes Konzept von „Sicherheit“ ist aus demokratietheoretischer Perspektive als äußerst problematisch zu bezeichnen. Die Implementierung einer Agenda, bei der der Abbau von Freiheitsrechten als Schaffung von Sicherheit gilt, wäre letztendlich eine Steilvorlage für die Law and Order Politik der extremen Rechten.

Aufgaben der Politischen Bildung

Lange Zeit wurde angenommen, dass der Rechtsextremismus vor allem als ein Problem von gesellschaftlichen Randgruppen und „Ewiggestrigen“ anzusehen sei. Die „Mitte“ der Gesellschaft wurde hingegen als Bollwerk der Demokratie verstanden. Seit dem Erstarken des Rechtspopulismus wird jedoch zunehmend deutlich, dass es zu kurz greift, eine Gefährdung der demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft lediglich von ihren Rändern aus zu denken (vgl. Decker/Brähler 2018; Zick et al. 2019). Die Frage, wie die Politische Bildung auf einen „modernisierten“ Rechtsextremismus reagieren kann, ist nicht leicht zu beantworten. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Forschung zum Rechtsextremismus zwar oftmals ein abstraktes Ideal von Demokratie als wünschenswertes Gegenstück zum Rechtsextremismus in normativer Weise

postuliert, aber in der Regel nicht den Zustand der real existierenden Demokratie konsequent in ihre Arbeiten einbezieht (vgl. Birsl 2018). Wichtig wäre es, die Befunde zum gegenwärtigen Zustand der Demokratie und die Erforschung von Rechtsextremismus systematischer aufeinander zu beziehen. Auf diese Weise wäre es möglich, die derzeitigen Gefährdungen der Demokratie besser zu erfassen, um auf dieser Grundlage wirksame Strategien gegen ein weiteres Erstarken der extremen Rechten entwickeln zu können.

Referenzen

- Birsl, U. (2018): Die Demokratie und ihre Gegenbewegungen. Eine kritische (Selbst-)reflexion zu Begriffen und Referenzrahmen in der Rechtsextremismusforschung. In: PVS Politische Vierteljahresschrift. Heft 2, S.371-384.
- Heitmeyer, W. (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I. 3.Auflage. Berlin.
- Decker, O./ Brähler, E. (2018): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Gießen.
- Zekri, S. (2006): Schön deutsch: Identitätskampagnen und Neopatriotismus. In: Heitmeyer, W. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt/M., S.250-259.
- Zick, A./ Küppers, B./ Berghan, W. (2019): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019. Bonn.

Streitfall DDR – geteilte Erinnerungskultur?¹

Von Christine Schoenmakers

Abbruch statt Aufbruch: Der wirtschaftliche und soziale Schock der Einheit als Verstärker von Desintegrationsprozessen in Ostdeutschland. (Foto: C. Schoenmakers)



Im Vorfeld des 30. Jahrestags des Mauerfalls titelte DIE ZEIT im Oktober 2019: „Ein großer Teil der Ostdeutschen schaut skeptisch auf die Demokratie“. Laut einer Umfrage des Berliner Instituts Policy Matters sagten erstaunliche 58 Prozent der Befragten, dass sich der Schutz vor staatlicher Willkür seit dem Umbruch 1989/90 im Vergleich zur Situation in der DDR kaum verändert habe bzw. sogar schlechter geworden sei. Unfassbare 41 Prozent glaubten, ihre Meinung würde nicht zählen, man dürfe sie ja ohnehin nicht frei äußern. Entsprechend wollte DIE ZEIT wissen: „Was ist in den letzten 30 Jahren schiefgelaufen?“² Die politische Unzufriedenheit, so die beiden Redakteure Martin Machowecz und Heinrich Wefing, habe etwas damit zu tun, wie die Ostdeutschen ihre Rolle in der Republik einschätzten. Trotz aller positiven Dinge, die die Einheit für ihr spezifisches Leben in lokalen bzw. regionalen Zusammenhängen brachte, habe eine Mehrheit das Gefühl, in nationalen Belangen keine Stimme zu haben, nicht wahrgenommen oder ausreichend anerkannt zu werden.³

Dieses Paradox resultiert – neben allen politischen und wirtschaftlichen Folgen der Einheit – auch daraus, wie die gesamtdeutsche (immer noch mehrheitlich ‚westdeutsch‘ geprägte) Gesellschaft seit drei Jahrzehnten auf die DDR blickt. Und dabei gilt: Je näher die Vergangenheit an die Gegenwart heranreicht, desto umstrittener ist ihre Inwertsetzung als kulturelles Erbe, weil damit gewissermaßen über (nicht) eingeschlagene Lebenswege und -entwürfe noch lebender Zeitgenoss*innen verhandelt wird. Entsprechend weit gehen die Meinungen auseinander – je nach Standort und Blickwinkel, Generation und Alter, aber auch hinsichtlich des jeweils zu bewertenden Zeitpunkts

innerhalb von 45 Jahren Teilung und vier Jahrzehnten Sozialismus. Das umstrittene Erbe der DDR spiegelt sich auch in den zu Jahrestagen gern geführten Umfragen wider: Als infratest dimap im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Herbst 2014 deutschsprachige Bürger*innen ab 14 Jahren dazu befragte, ob sie finden, dass das in der Öffentlichkeit vermittelte Bild der DDR-Vergangenheit die damalige Lebenswelt der Menschen im östlichen Teilstaat angemessen abbilde, antworteten 45 Prozent zustimmend und ebenso viele ablehnend. Nur eine Minderheit äußerte sich gar nicht.⁴ Diese Zahlen (und es wäre interessant zu erfahren, ob bei einer Wiederholung der Umfrage heute ein ähnliches Ergebnis erzielt würde) weisen möglicherweise auf einen empfundenen Mangel an Repräsentation historischer Erfahrungen hin, die eine gesellschaftliche Gruppe – grob verallgemeinert: Menschen, die in der DDR geboren wurden – gemacht hat. Diese Wahrnehmung kann, betont der Soziologe Steffen Mau, zu Brüchen im Zusammenleben bzw. zu sozialer Desintegration beitragen, genauer: zum Empfinden vieler Menschen in und aus Ostdeutschland, nicht als Bürger*innen mit gleichen Rechten anerkannt und damit in der Gesamtgesellschaft nicht angekommen zu sein.⁵ Auch deshalb werden die Debatten um den Umgang mit DDR-Symbolen im öffentlichen Raum, um die Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat und um die Deutung des Umbruchs 1989/90 so hitzig geführt.

Wieviel ist von der DDR im öffentlichen Raum übriggeblieben? Diese Frage wurde (und wird)

hochemotional und bisweilen widersprüchlich diskutiert. Während die einen beklagten, es gäbe immer noch viel zu viele die SED-Diktatur verherrlichende Straßennamen, Gebäude und Denkmale, monierten die anderen den erbarmungslosen Ikonoklasmus post-1989, der den Verlust einst vertrauter Orte, den Schwund von Orientierung in einem sich Anfang der 1990er-Jahre dramatisch wandelnden Lebensumfeld zur Folge gehabt hätte.⁶ Besonders umstritten war der Abriss des Palastes der Republik in Berlin-Mitte. Denn hier ging es nicht nur um die architektonische Neugestaltung der neuen Staatsmitte, sondern um die Dekonstruktion des prominentesten Symbols der SED-Diktatur – mithin um die kulturelle Enteignung ehemaliger SED- und Stasifunktionär*innen, denen die Demokrat*innen gerade an diesem zentralen Ort richtigerweise nicht die Deutungshoheit über die Vergangenheit überlassen wollten. Ein Teil der ostdeutschen Bevölkerung erlebte den Palast-Abriss allerdings mehr als ambivalent; viele mit dem Empfinden, dass ihre Belange nicht (genug) in die Entscheidung einbezogen wurden. Sie werteten dabei die (in westdeutschen Medien oft wenig feinfühlig vermittelte) Eliminierung ‚ihrer‘ Vergangenheit als umfassende Delegitimierung nicht bloß eines Unrechtsregimes, sondern vor allem ihrer in der DDR gemachten, vielschichtigen (Alltags-) Erfahrungen.⁷

Als im Oktober 2019 das Meinungsforschungsinstitut Civey etwas mehr als 5.000 Menschen fragte, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, antwortete die Mehrheit (80,9 Prozent) der befragten Westdeutschen mit Ja. Demgegenüber stimmte nur knapp die Hälfte (49,2 Prozent) der Interviewpartner*innen aus Ostdeutschland dieser Einschätzung zu.⁸ Zunächst einmal ist festzuhalten: Gemessen am formalen und materialen Rechtsstaatsprinzip ist das politische System der DDR objektiv als Unrechtsstaat zu charakterisieren. Allerdings fangen die Kontroversen hier erst an, weil dem Begriff abseits juristischer Typologien mehrere Bedeutungsebenen innewohnen und es in öffentlichen Debatten oft schwerfällt, diese trennscharf voneinander auszuweisen. Dabei schwingt stets die Frage mit, ob in der SED-Diktatur ein weitgehend ‚normales‘ Leben möglich war oder nicht. Als Anfang der 1990er-Jahre die Stasi-Akten geöffnet wurden, fokussierte sich die mediale Berichterstattung schnell auf die skandalöse Tätigkeit des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit. Thematische Engführungen in der sich anschließenden Debatte leisteten dabei einem normativen Bild der DDR-Gesellschaft aus Täter*innen und Opfern Vorschub, in dem sich die Mehrheit der

Ostdeutschen nicht wiederfand.⁹ Mehr noch: Ein Teil von ihnen sah in der Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat die eigenen Lebensleistungen von oben herab und aus vornehmlich westdeutscher Perspektive in Zweifel gezogen. Auch angesichts der Zumutungen des Transformationsprozesses erschienen Teilaspekte der DDR nun wieder erstrebenswert – nicht nur, um dem vor 1989 gelebten Leben seinen Sinn zurückzugeben, sondern auch, um sich von der westdeutschen Gesellschaft abzugrenzen: ‚Ostalgie‘ als Provokation. In dem häufig polemisch und wenig differenziert geführten Streit um den Begriff des Unrechtsstaats blieb jedoch eines kaum beachtet: die wechselseitige Durchdringung von Alltag und Politik in der DDR. Während der Fokus auf die scheinbare Allmacht von SED und MfS den Blick auf die Verantwortlichkeit des/der Einzelnen für sein/ihr Handeln zur Stabilisierung der Diktatur verstellte, baute der Ostalgiediskurs auf der Illusion der von der Politik weitgehend in Ruhe gelassenen privaten Nische auf und verkannte, dass der Staat auch im Alltagsleben Verhaltensanforderungen stellte, die im Mindesten auf eine Hinnahme des staatlich praktizierten Unrechts hinausliefen.

Dass heute eine Mehrheit der Deutschen den Mauerfall für ihr individuelles Leben positiv beurteilt, dabei im ‚Osten‘ tendenziell sogar mehr Menschen als im ‚Westen‘, scheint die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zu bestätigen.¹⁰ Das Jahr 1989 wird in dieser Meistererzählung als freudiger Schlusspunkt einer langen Kontinuität deutschen Freiheitsstrebens seit dem 19. Jahrhundert dargestellt, die ‚friedliche Revolution‘ als Heldengeschichte inszeniert. Die deutsche Einheit erscheint in diesem Licht als Vollendung eines wundersamen Aufstiegs zum „beste[n] Deutschland [...], das es je gab: liberal, demokratisch, krisenfest und stabil“.¹¹ Doch für viele Ostdeutsche greift diese Erzählung zu kurz: Zunächst umfasste das ‚Volk‘, welches 1989 demonstrierte, lediglich eine Minderheit der DDR-Bevölkerung, die Proteste blieben ein zumeist auf urbane Räume begrenztes Phänomen.¹² Im Narrativ der Erfolgsgeschichte hatten zudem weder die Schwierigkeiten des Zusammenwachsens noch die enormen Anpassungsanstrengungen vieler Menschen (insbesondere aus Ostdeutschland) noch über die Zäsur von 1989 fortdauernde Problemlagen (z.B. autoritäre Tradierungen, kulturelle Unterschiede, schleichende Globalisierungsprozesse) einen Platz. Der Eindruck, nicht auf gleicher Augenhöhe behandelt zu werden, große persönliche Lasten für die Einheit zu tragen und damit vorwiegend auf westdeutsches Desinteresse zu stoßen, trieb viele Menschen in die Arme von Populist*innen – auch jene, denen es seit 1990 materiell besser geht. Die Folgen der Globalisierung verstärkten diesen Effekt.¹³ Genau das machten sich 2019 die in Teilen rechtsextreme AfD im thüringischen

und brandenburgischen Landtagswahlkampf und 2020 die sogenannten ‚Querdenker*innen‘ in ihrem Protest gegen die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Sars-Cov-2-Pandemie zunutze: In Rekurs auf die Erfahrungen vieler ‚Ostdeutscher‘ seit 1990 wurde der Mythos von 1989 umgedeutet: Das ‚Volk‘ habe sich schon einmal erhoben, um ein verhasstes System zu stürzen. Nun solle es erneut Revolution machen gegen den ‚Westen‘, gegen Brüssel, gegen Zuwanderung, gegen eine angebliche ‚Corona-Diktatur‘. Nicht nur macht diese Deutung all jenen ein Vergemeinschaftungsangebot, die sich abgehängt oder nicht gehört fühlen. Sie entlastet sie auch von eigener Verantwortung und bestätigt sie in einer fatalen Opferrolle.

„Anerkennung und Missachtung gehen Hand in Hand“, so Ilko-Sascha Kowalczuk. „Fehlt Anerkennung, wird das als Missachtung wahrgenommen. Anerkennung ist eine Bedingung für Selbstanerkennung. Fehlende Selbstanerkennung und wahrgenommene Missachtung können in Gewalt münden.“¹⁴ Mindestens aber trägt das Erleben mangelnder sozialer Anerkennung zur Verstärkung von Vorurteilen gegenüber einem konstruierten Anderen bei, bzw. andersherum: Der Erfolg populistischer Strömungen lässt sich auch als Reaktion auf „Defizite im Modus der Repräsentation des politischen Willens“ erklären.¹⁵ Über 30 Jahre nach dem Mauerfall scheint das öffentliche Reden über die DDR in einigen Bereichen immer noch dichotom, ideologisierend und stereotyp. Im Gegensatz zur Verstärkung von Überlegenheitsgefühlen einerseits

und Marginalisierungswahrnehmung andererseits sollten wir endlich die Debatte nicht nur um das komplexe Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik erweitern, sondern auch den Blick auf die internationale Verflochtenheit beider Staaten im Kalten Krieg richten. Erinnerungskultur als „Politik der Anerkennung“ sollte es zudem ermöglichen (und aushalten), unterschiedliche Sichtweisen auf Vergangenheit zuzulassen. Ihr stärkster Verbündeter ist dabei eine durch wissenschaftliche Empirie geleitete Aufarbeitung, die – auch im Sinne des Beutelsbacher Konsenses – durchaus kontrovers sein darf. Nur so ist Erinnerungskultur keine museale Tradition, sondern (im besten Fall) gelebte, weil streitbare Demokratie.

„Wende_2.0“ und „friedliche Revolution mit dem Stimmzettel“: Die AfD deutet im Landtagswahlkampf 2019 die Ereignisse von 1989 um. (Foto: C. Schoenmakers)



¹ Dieser Artikel ist eine stark gekürzte Version meines im Frühjahr 2021 erscheinenden Beitrags *Geteiltes Erbe? Die DDR im gesamtdeutschen kollektiven Gedächtnis*, in: Kowalczuk, Ilko-Sascha / Ebert, Frank / Kulick, Holger (Hrsg.): *(Ost)Deutschlands Weg in die Zukunft seit 1989. 75 Studien, Fotos und Essays zur Lage des Landes*, Schriftenreihe der Bpb, Bonn/Berlin.

² DIE ZEIT, Nr. 41 vom 2.10.2019, S. 1-3.

³ Vgl. Machowecz, Martin / Wefing, Heinrich: *Jetzt hört mal zu!*, in: DIE ZEIT, Nr. 41 vom 2.10.2019, S. 3; Mau, Steffen: *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Frankfurt/M. 2019, S. 13.

⁴ Vgl. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/sympathien-fuer-verstaerkten-blick-nach-vorn-ddr-aufarbeitung-aber-bleibt-deutschen-wichtig/>, letzter Zugriff am 13.3.2021.

⁵ Vgl. Heitmeyer, Wilhelm: *Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*, in: Ders., *Deutsch-deutsche Zustände*, S. 13-49, hier S. 22-23; Mau, Lütten Klein, S. 13-14.

⁶ Vgl. Knabe, Hubertus: *Die DDR lebt*, Beitrag vom 17. Januar 2019, <https://hubertus-knabe.de/die-ddr-lebt/>, letzter Zugriff am 13.3.2021; Hensel, Jana: *Zonenkinder*, Reinbek bei Hamburg 82009, S. 32 und 34.

⁷ Vgl. Binder, Beate: *Streitfall Stadtmitte. Der Berliner Schlossplatz, Köln u.a.* 2009, S. 154 und 192-195.

⁸ Vgl. *War die DDR ein Unrechtsstaat? Ost und West gespalten*, in: *Berliner Morgenpost*, 8.10.2019, <https://www.morgenpost.de/politik/article227310595/War-die-DDR-ein-Unrechtsstaat-Ost-und-West-gespalten.html>, letzter Zugriff am 13.3.2021.

⁹ Vgl. Zitat von Roland Jahn, in: *Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Länder, Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2014*, S. 14, https://www.beauftragter-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/Publikationen/Berichte/jahresbericht_de_2014.html, letzter Zugriff am 16.4.2020.

¹⁰ Vgl. u.a. <https://www.berlin.de/kultur-und-tickets/tipps/30-jahre-mauerfall/nachrichten/5966425-5943702-umfrage-mauerfall-gluecksfall-fuer-gross.html>, letzter Zugriff am 13.3.2021.

¹¹ Josef Joffe, *Vom Waisenknaben zum Wunderkind*, in: *Tagesspiegel*, 26.8.2018, <https://www.tagesspiegel.de/politik/auszuege-aus-dem-buch-der-gute-deutsche-vom-waisenknaben-zum-wunderkind/22954488.html>, letzter Zugriff am 13.3.2021.

¹² Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019, S. 31-32.

¹³ Vgl. Segert, Dieter: *Verpasste Chancen im 41. Jahr*, in: *APuZ* Nr. 35-37/2019, 23.8.2019, <https://www.bpb.de/apuz/295459/verpasste-chancen-im-41-jahr>, letzter Zugriff am 13.3.2021.

¹⁴ Ilko-Sascha Kowalczuk, *Das Ende der DDR 1989/90. Von der Revolution über den Mauerfall zur Einheit*, in: *APuZ* Nr. 35-37/2019, 23.8.2019, <https://www.bpb.de/apuz/295457/von-der-revolution-ueber-den-mauerfall-zur-einheit>, letzter Zugriff am 13.3.2021.

¹⁵ Vgl. Karin Priester, zitiert in: Philipp Gassert, *Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945*, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10427, Bonn 2019, S. 267.

Geschichte und Erinnerung in Niedersachsen und Bremen. 75 Erinnerungsorte

Von Detlef Schmiechen-Ackermann und Jana Stoklasa

„Geschichte“ und unsere heutige Erinnerungskultur an vergangene Zeiten, Ereignisse, Personen stehen in einem engen Zusammenhang zueinander – und zugleich in einem konfliktreichen Spannungsverhältnis. Während die Geschichtswissenschaft den Anspruch verfolgt, Vergangenes möglichst multiperspektivisch und unvoreingenommen mit kontrollierten objektivierbaren Methoden zu untersuchen, ist „Erinnern“ ein höchst subjektiver Vorgang. Was im Privatleben unmittelbar verständlich ist, das gilt auch für gesellschaftliche Kollektive (wie eine Dorfgemeinschaft oder eine Stadtgesellschaft, eine Region oder gar eine Nation): An manche in der Vergangenheit liegende Begebenheiten denkt man sehr gern zurück, an andere Ereignisse erinnert man sich weniger gern oder anders, als sie verlaufen sind. Manchmal hält man sie auch aus bestimmten Gründen für gar nicht erwähnenswert. Wir schreiben und erinnern also das Vergangene immer aus heutiger Perspektive und messen dabei bestimmten Aspekten eine besondere Bedeutung zu. Die „Erinnerungskultur“ einer Gesellschaft ist demnach immer selektiv, denn sie besteht aus einer Auswahl an Ereignissen, Personen und Zuständen, die – im Positiven wie auch im Negativen – als wichtige Referenzpunkte nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für zukünftige Generationen angesehen werden.

Solche Erinnerungsorte stellen als Träger und Bezugspunkte kollektiver Erinnerung in Nordwestdeutschland beispielsweise „Orte“ wie der Rammelsberg, die Weser, das Moor, die Große Kirche in Emden, das Konzentrationslager Bergen-Belsen oder der Auswandererhafen Bremerhaven dar. Auch Gegenstände der Kunst und Literatur wie Wilhelm Buschs „Max und Moritz“, der Ostfriesenwitz oder das Marschenbuch, das Niedersachsenlied und namhafte Personen und Dynastien wie die Welfen, die Oldenburger, Sophie von der Pfalz oder Hinrich Wilhelm Kopf, natürlich auch Lessing und Leibniz finden ihren Platz. Die Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen versteht den in ihrer Schriftenreihe im Sommer 2021 erscheinenden Band mit 75 dieser „Erinnerungsorte“, die



Oben: Blick auf das Gelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Mareinborn (Foto: Karolin Quambusch)

Links: Gorleben als Ort der Demokratie und der Erinnerung. Hier zu sehen: Der Informationspunkt der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg vor dem Erkundungsbergwerk (Foto: Jenny Hagemann)

mit Niedersachsen und Bremen verknüpft sind, als ihren Beitrag zur Feier des 75-jährigen Bestehens der beiden Bundesländer. Anhand der vorgestellten Fallbeispiele kann und soll reflektiert werden, wie sich Wahrnehmungen und Wertungen von historischen Ereignissen und Entwicklungen auf dem heutigen Gebiet Niedersachsens und Bremens im Laufe der Zeit veränderten. Mit der Auswahl dieser Erinnerungsorte wird also die Möglichkeit eröffnet, die Gegenwart beider Bundesländer und den Umgang mit ihrer Geschichte besser zu verstehen und einzuordnen. Die ausgewählten 75 gegenständlichen oder auch ideellen „Erinnerungsorte“ vermitteln einen Zugang zur lebendigen und vielfältigen Erinnerungskultur in Nordwestdeutschland. Mitarbeiter*innen des IDD haben sich an diesem im Wallstein Verlag (Göttingen) erscheinenden Band mit Beiträgen zu einem breiten Themenspektrum beteiligt. Es umfasst: Gorleben, Helmstedt/Marienborn, die Klosterkammer und die evangelischen Frauenklöster, das „rote“ Linden, die „weltweit erste“ Erdölbohrung in Wietze, die Konsumgenossenschaft Hannover und das hannoversche Schützenfest.



Forschungsfelder des Instituts

Die Demokratie steht gegenwärtig vor einer Reihe von Herausforderungen. Bei der Suche nach Antworten, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann, ist auch die Wissenschaft gefragt. Angesichts dieses Befundes hat sich im Jahr 2013 das Institut für Didaktik der Demokratie gegründet. Das Institut verfolgt den Ansatz einer anwendungsbezogenen Politik- und Geschichtswissenschaft, dessen Fundament die demokratiedidaktische Perspektive darstellt. Neben der wissenschaftlichen Forschung, zählen Transfer und Beratung zu den zentralen Aufgabenfeldern des Instituts.

Inhaltlich lassen sich die Forschungstätigkeiten des Instituts in fünf Feldern bündeln, die jeweils auf aktuelle Herausforderungen für die Demokratie verweisen: Bürgerbewusstsein und Partizipation; Diversität und Inklusion; Rechtsextremismus und Demokratie; Nationalsozialismus und Diktaturerfahrung sowie Europäisierung und Globalisierung.

1. Bürgerbewusstsein und Partizipation

Auf der einen Seite wird der Gesellschaft häufig eine wachsende Distanz zu politischen Fragen und zur Partizipation attestiert, insbesondere mit Blick auf Wahlen und Mitgliedschaften in Parteien. Auf der anderen Seite lässt sich aber beobachten, dass insbesondere die jüngere Generation sich vornehmlich in der sozialen Lebenswelt engagiert und unkonventionelle Formen der Partizipation wählt. Forschungsprojekte beschäftigen sich daher mit der Frage, wie das Bewusstsein für die unterschiedlichen Formen der Beteiligung an demokratischen Verfahren entwickelt und gestärkt werden kann. Welche mentalen Konzepte bieten Jugendlichen und Erwachsenen Orientierung und Handlungssicherheit in der Demokratie? Welche subjektiven Vorstellungen sind im Politik- und Geschichtsbewusstsein verankert und wie lassen sie sich in Lernprozesse integrieren?

2. Diversität und Inklusion

Die deutsche Gesellschaft wird zunehmend heterogener und zeichnet sich durch Diversität aus. Bisher mangelt es an Konzepten, wie den damit verbundenen Herausforderungen wie sozialer Ungleichheit begegnet werden kann. Besonders in den Bereichen Schulentwicklung, Lehrplan- und Unterrichtsgestaltung sowie in der Lehrerbildung besteht Handlungsbedarf. Aber auch in der non-formalen Jugend- und Erwachsenenbildung stellt sich die Frage, wie inklusive Bildung gelingen kann. Forschungen in diesem Feld interessieren sich für die sozialen und pädagogischen Prozesse der Inklusion und Exklusion. Sie fragen, wie Prozesse der Inklusion und Anerkennung gefördert werden können und Phänomenen wie Rassismus und Ausgrenzung begegnet werden kann?

3. Rechtsextremismus und Demokratie

Das Erkenntnisinteresse dieses Schwerpunktes bewegt sich im Spannungsfeld von Demokratiebildung und Rechtsextremismusprävention. Für die Entwicklung nachhaltiger Bildungs- und Präventionsstrategien sind die Zusammenhänge zwischen Diskursen der Ausgrenzung in der „Mitte“ der Gesellschaft sowie rechtsextremer Politikformen und Denkweisen zu erforschen. In diesem Feld spielen Fragen der Menschenrechte und der demokratischen Grundwerte eine besondere Rolle. Gefragt wird außerdem nach der Bedeutung von Politischer Bildung für eine kontinuierliche Demokratiepoltik.

4. Nationalsozialismus und Diktaturerfahrung

Historisch-politische Bildungsarbeit in Deutschland hat ihren thematischen Schwerpunkt in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und anderen diktatorischen Regimen. Aus der Beschäftigung mit Gewaltherrschaft und Unterdrückung lässt sich der Sinn demokratischer Werte erschließen. Im Mittelpunkt dieses Schwerpunktes steht die Erforschung und Vermittlung von Strukturen, Bedingungen und sozialer Praxis der NS-Herrschaft sowie die Untersuchung der Transformation der „NS-Volksgemeinschaft“ in eine demokratische Bürgergesellschaft nach 1945. Daneben interessieren auch die Themenkomplexe DDR, deutsche Teilung und Grenzregime als Nachgeschichte von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg.

5. Europäisierung und Globalisierung

Die weltweite Vernetzung verschiedener Bereiche wie Wirtschaft, Politik und Kultur erfordert neue Konzepte, die den globalen Rahmenbedingungen gerecht werden. Es stellt sich die Frage, wie sich historisch-politische Bildung unter globalen Gesichtspunkten gestalten lässt und wie den damit verbundenen Herausforderungen begegnet werden kann. Aus einer historischen Perspektive rückt zudem die politische Geschichte von Grenzen und Entgrenzungen am Beispiel der deutschen Teilung in den Mittelpunkt.

Projekte in der Gesamtübersicht

Projekte 2013–2020

Titel	Zuwendungsgeber	Bewilligungs- summe	Laufzeit
DFG-Forschungsnetzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung	Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)		2021-2024
Monitor Demokratiebildung	Bundesministerium für Bildung und Forschung	285.578,89 €	2020-2024
KLIMA-AKTIV. Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenz entwickeln	Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)	220.000 €	2021-2023
STEPin – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children: a prevention and intervention programme for all	Erasmus+-Programm (EU)	322.670 €	2020-2023
Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	249.930 €	2020-2023
Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	249.539 €	2019-2022
Art, Fascism and Democracy: The Politics of Division versus the Politics of Inclusion	Europa für Bürgerinnen und Bürger	10.093 €	2019-2021
EU 1979: A People's Parliament - Democracy, Human Rights and Women's Political Participation	Europa für Bürgerinnen und Bürger	13.093 €	2019-2021
Digital Citizenship Education: Understanding Teachers' Perspectives and Practice	DAAD	13.000 €	2020-2021
Gesellschaftslehre unterrichten	Studienqualitätsmittel der Leibniz School of Education	207.385,40 €	2019-2021
Inklusive Stadtgesellschaft und Migration: kommunale Handlungsrountinen und EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien	Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)		2019-2020
All4Inclusion - A TOOLKIT WITH EFFECTIVE OUTREACH AND MOTIVATIONAL STRATEGIES FOR UPGRADING THE KEY COMPETENCES OF MARGINALISED AND VULNERABLE LOW-SKILLED ADULTS (FOCUS ON WOMAN): ENSURING SOCIAL INCLUSION, ACCESS AND PARTICIPATION IN THE DIGITAL ERA	Erasmus+-Programm (EU)	275.435 €	2019-2022
Trans-flipping the Classroom in an Inclusive Learning Community	Erasmus+-Programm (EU)	21.535 €	2019-2022
MUSIC - Making Universities Ready for Social Inclusion and Cultural Diversity	Erasmus+-Programm (EU)	335.090 €	2019-2022
Inclusive Citizenship Education to address increasing societal disparity	DAAD	15.782 €	2019-2021
TEF - Taken, excluded and forgotten. A MOOC for students dealing with „forced germanization“ of children in World War II and lessons for today	Europa für Bürgerinnen und Bürger	58.201 €	2019-2021
LEAP - Learning to participate	Erasmus+-Programm (EU)	28.482 €	2019-2021
CLIO - Challenging Hostile Views and Foster Civic Competences - Sparkling Moves for VET Teachers	Erasmus+-Programm (EU)	276.855 €	2019-2022
TEACH - Targeting Extremism and Conspiracy Theories	Erasmus+-Programm (EU)	272.026 €	2019-2022
Digital and Media Literacy for Active Citizenship: A Toolkit for Promoting Critical Thinking and Democratic Values (DIMELI4AC)	Erasmus+-Programm (EU)	271.170 €	2018-2021
Modellprojekt zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an niedersächsischen Schulen	Robert Bosch Stiftung, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	222.000 €	2018-2021

Konzeption und Durchführung eines Fernstudienangebots im Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen II	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	211.500 €	2017-2021
Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Klosterkammer Hannover	192.920 €	2018-2022
ENTREAtVETSCHOOLS – Promoting Key Competences (Entrepreneurship) through an Integrated Career Orientation Programme and Flexible Learning Pathways for VET Students	Erasmus+-Programm (EU)	75.080 €	2018-2021
Teachers4Europe – Setting an Agora for Democratic Culture	Erasmus+-Programm (EU)	56.720 €	2018-2021
Grenzggeschichte(n) - Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg	Metropolregion Hamburg	341.000 €	2018-2020
Enhancing Digital Citizenship (DETECT)	Erasmus+-Programm (EU)	211.839 €	2018-2020
Clarify – Europäischen Fragen auf der Spur	Erasmus+-Programm (EU)	79.327 €	2018-2020
Sport for Learning, Learning by Sport: Realization of Pedagogical and Cultural Approaches for the Empowerment of People with Mental Disease through no Competitive Sport	Erasmus+-Programm (EU)	14.900 €	2018-2020
Bridging the Skills Gap: Strategies for the Promotion of Digital, Coding and Robotic Skills for Social Inclusion, Equality and Access (Robot4All)	Erasmus+-Programm (EU)	329.815 €	2017-2020
Europe Alive – Computer Assisted Simulation for Education	Erasmus+-Programm (EU)	48.680 €	2017-2020
Cultural Heritage als Ressource? Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert“ (CHER)	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	ca. 890.000 €	2016-2020
CHER (Teilprojekt 1): Strategien kultureller Inwertsetzung von historischen Traditionen und Überresten. Urban heritage in Barcelona, Manchester, Breslau und Berlin	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	s.o.	2016-2020
CHER (Teilprojekt 2): „Rural Heritage“. Konstruktionen und Reflexionen zu kulturellem Erbe abseits urbaner Agglomerationsräume. Rural heritage im Hannoverschen Wendland	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	s.o.	2016-2020
CHER (Teilprojekt 5): Aushandlung postkolonialen Kulturerbes in Schülervorstellungen. Eine empirische Untersuchung in didaktischer Absicht	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	s.o.	2016-2020
Interdisziplinäres Promotionskolleg “Didaktische Forschung / Citizenship und Inklusion”	Strukturfonds der LUH	377.605 €	2015-2020
Digital Resistance (DigiRes)	EU/Council of Europe Joint Programme „Democratic and Inclusive School Culture in Operation (DISCO)	256.660 €	2018-2019
Volunteering Among Immigrants (VAI)	Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF)	51.168 €	2018-2019
Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach	/	/	2017-2019
Developing European Values in the Primary School (DEVIPS)	Erasmus+-Programm (EU)	258.140 €	2017-2019
Exchange of Good Practices in Order to Achieve a Pedagogical and Cultural Model to Combat Violence Against Women	Erasmus+-Programm (EU)	14.900 €	2017-2019
Supporting Lecturers in Applying Inquiry Based Learning (Reflect Lab)	Erasmus+-Programm (EU)	249.958 €	2016-2019
Kontinuitäten und Neuorientierungen: Die „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ und das Fortwirken von personellen Netzwerken am Wissenschaftsstandort Niedersachsen nach 1945	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	ca. 260.000 €	2015-2019
Promoting Technology Enhanced Teaching in Primary Schools (primeTECH)	Erasmus+-Programm (EU)	164.716 €	2016-2018
Die Klosterkammer Hannover im Nationalsozialismus	Volkswagen-Stiftung, Klosterkammer Hannover	497.000 €	2015-2018

OUT-SIDE-IN – Inclusive Adult Education with Refugees	Erasmus+-Programm (EU)	412.274 €	2015-2018
Validating and Upgrading VET Trainers' and Teachers' Digital Skills (v-UPGRATeS)	Erasmus+-Programm (EU)	369.877 €	2015-2018
Prevention of Early Dropout of VET through Inclusive Strategies of Migrants and Roma (PREDIS)	Erasmus+-Programm (EU)	330.151 €	2015-2018
Konzeption und Durchführung eines Fernstudienangebots im Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen I	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	205.000 €	2015-2018
Politische Ökonomie. Eine politikdidaktische Rekonstruktion der Volkswirtschaftslehre	Teilprojekt im Projekt „Theoria cum praxi“ der Leibniz School of Education/BMBF-Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“	180.000 €	2015-2018
Evaluation des sächsischen Modellprojektes „Starke Lehrer – starke Schüler“	Robert Bosch Stiftung	50.420 €	2015-2018
Demokleos – The Kleos of Democracy in European School	Erasmus+-Programm (EU)	33.630 €	2015-2018
Demokratie- und Menschenrechtsbildung als Querschnittsaufgabe und Arbeitsprinzip in der Erwachsenenbildung	Niedersächsisches Landesprogramm gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte	7.775 €	2016-2017
Entwicklung einer MOOC-Demokratiebildung	Bertelsmann Stiftung	/	2015-2017
Multiplying Civic Competences: Train-the-Trainer Workshop	DAAD	32.886 €	2016
Demokratische Schule – Ein Fortbildungsprojekt zur Demokratiekompetenz für Lehrkräfte	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	35.000 €	2015-2016
Konferenz „Technische Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus“	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur; Philosophische Fakultät LUH; Leibnizuniversitätsgesellschaft Hannover e.V.	16.250 €	2015-2016
Woman, War and Peace – Ein Projekt zur historisch-politischen Bildung	Europa für Bürgerinnen und Bürger – Programm (EU)	14.290 €	2015-2016
Non-formal Learning can Prevent Early School Leaving – Engagement gegen Schulabbruch (Non-for-Lesl)	Erasmus+-Programm (EU)	279.769 €	2014-2016
Wir gehören dazu! Einbürgerung und politische Partizipation als Ziel der Integration	BAMF (Europäische Integrationsfonds), Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung	32.000 €	2014-2016
Was ist Politische Bildung? Eine Erhebung der Vorstellungen von Lehramtsstudierenden	WIF II Programm Uni-Hannover	50.000 €	2012-2016
IVET-VENTURE: A Participative Approach to Strengthen Key Competences of Trainees	Leonardo Programm (EU)	397.441 €	2013-2015
GRANKIT – Grandparents and Grandchildren Keep In Touch	Grundvig Programm (EU)	286.239 €	2013-2015
Die Dömitzer Brücke als historischer Erinnerungsort	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	174.400 €	2012-2015
Die innerdeutsche Grenze als Realität, Narrativ und Element der Erinnerungskultur	Volkswagen-Stiftung	350.000 €	2009-2015
Niedersächsisches Forschungskolleg Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“? (Pilotprojekt, 1. und 2. Phase)	VolkswagenStiftung	1.557.000 €	2007-2015
RELY – Euro-Rallye. Schüler/-innen entdecken EU-Politik	Jean Monnet Programm (EU)	78.216 €	2013-2014
Berufsbegleitende Qualifizierung für Dipl.-Ingenieure für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen (Fach Politik)	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	140.000 €	2012-2014

Die Technische Hochschule Hannover im Nationalsozialismus	Leibniz Universität Hannover	115.000 €	2012-2014
Denkweisen der Globalisierung. Eine vergleichende Untersuchung zur Wahrnehmung und Bewertung der Globalisierung durch Schüler/-innen in unterschiedlicher sozioökonomischer Lage	Hans-Böckler-Stiftung	45.266 €	2012-2014
„Vielfalt, Identität, Erzählung“ - Interkulturelles Geschichtslernen	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	240.000 €	2011-2014
Mi4Ju: Qualifizierungsprogramm für junge Migrantinnen und Migranten zu Lotsinnen und Lotsen in Integrationsprozessen	Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	150.000 €	2011-2014
Die innerdeutsche Grenze und Niedersachsen. Die Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter und ihre Rezeption in Politik und medialer Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland 1961-1994	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur	85.220 €	2010-2014
Das „EU Quiz-Lab“ – Innovatives Lernen über Europa	Jean Monnet Programm (EU)	78.964 €	2012-2013
ECLIPSE – European Citizenship – Learning in a Programme for Secondary Education	Comenius Programm (EU)	27.182 €	2011-2013
Step In! Building Inclusive Societies through Active Citizenship	Grundvig Programm (EU)	388.000 €	2011-2013

Aktuelle Projekte

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Koordination: Dr. Christian Hellwig
Förderung: Pro*Niedersachsen
Volumen: 249.930,10 €,
Laufzeit: 2020 - 2023

Das Projekt untersucht die personelle Entwicklung sowie inhaltliche Kontinuitäten zur NS-Zeit, aber auch Neuansätze in der niedersächsischen Landespolitik zwischen 1946 und 1961 am Beispiel der Staatskanzlei und des Ministeriums der Justiz. Die Niedersächsische Staatskanzlei sah sich Mitte der 1950er-Jahre der Kritik ausgesetzt, sie habe eine großzügige (Wieder-)Einstellung von „Verfechter[n] des totalitären Staatsgedankens“ geduldet. Die niedersächsische Justiz wurde sogar als „besonders geförderter Zufluchtsort“ für NS-Belastete gebrandmarkt. Brisant erscheint dabei, dass der niedersächsische Justizminister von 1947 bis 1949 zugleich auch als

Minister für Entnazifizierung fungierte und somit eine Schlüsselrolle in der öffentlichen Auseinandersetzung um Demokratie und „Vergangenheitsbewältigung“ einnahm. Das Projekt greift methodische Anregungen der aktuellen Forschungen zum Personal ausgewählter Bundesministerien auf und verbindet sie mit der Erforschung landespolitischer Gestaltungsspielräume und föderaler Beziehungen in der jungen Bundesrepublik. Die zentrale Fragestellung lautet: Welchen Einfluss hatten frühere Nationalsozialisten auf die Gestaltung der Landes- und Justizpolitik in den Nachkriegsjahrzehnten? In welchem Maße konnten sich demokratische Neugestalter mit ihren konzeptionellen Vorstellungen durchsetzen?

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung

Niedersachsen war in den mittleren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die wichtigste deutsche Erdölförderregion. Wirtschaftspolitische Maßnahmen haben in den 1930er-Jahren die Rohstoffbranche begünstigt. Unter dem Titel „Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung“ erforscht ein Team des Instituts für Didaktik der Demokratie (IDD) der Leibniz Universität Hannover die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Auswirkungen der Erdölförderung in Niedersachsen in den Jahren 1933 bis 1945 sowie in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Ein Fokus liegt dabei auf dem Standort Wietze. Die Leitung des Deutschen Erdölmuseums Wietze hat das Projekt initiiert; gefördert wird es vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur im Rahmen des Programms PRO*Niedersachsen für drei Jahre mit rund 250.000 Euro.

Das Forschungsteam unter der Leitung von Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann besteht aus vier Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IDD. Dr. Christian Hellwig, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am IDD, betont, dass dieser multiperspektivische Ansatz von zentraler Bedeutung sei: Das Projektteam untersucht die rüstungswirtschaftlichen und militärischen Zielsetzungen, das unternehmerische Kalkül im Dritten Reich sowie die Transformationsprozesse der Branche in der jungen Bundesrepublik. Weitere Schwerpunkte bilden die Arbeitsbedingungen in der

niedersächsischen Erdölindustrie während der Aufrüstung sowie die Veränderungen der Betriebskultur in den betreffenden Unternehmen, der Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern im Zweiten Weltkrieg und der Umgang mit diesem Gesellschaftsverbrechen in der Nachkriegszeit. Daran anknüpfend fragt das Team, welche inhaltlichen und personellen Kontinuitäten sich nach 1945 feststellen lassen. Umfassend untersucht werden auch spezielle Aspekte wie die Arbeitsbedingungen im Ölschacht in Wietze. Dazu steuert das Museum Unterlagen aus seinem Archiv bei. Es sei sehr erfreulich, dass die systematische wissenschaftliche Aufarbeitung dieses Zeitabschnitts, in der für die Entwicklung der Erdölindustrie entscheidende Weichenstellungen vorgenommen wurden, durch die Landesförderung nun endlich in Angriff genommen werden könne, so Museumsleiter Dr. Stephan A. Lüttert.

Die Projektergebnisse sollen in einem Sammelband zur Rolle der niedersächsischen Erdölförderung in der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft sowie in der frühen Bundesrepublik publiziert werden. „Die Rohstoffbranche bestimmte nachhaltig die regionale, soziale und ökonomische Entwicklung Nordwestdeutschlands im 20. Jahrhundert“, sagt Projektleiter Schmiechen-Ackermann und betont: „Durch unser Projekt wird eine wesentliche Forschungslücke der deutschen Wirtschaftsgeschichte und der niedersächsischen Zeitgeschichte geschlossen.“

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann
Koordination: Dr. Christian Hellwig
Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Volumen: 249.539 €
Laufzeit: 10/2019 - 09/2022



**Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur**

Inklusive Stadtgesellschaft und Migration: kommunale Handlungsroutinen und EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Inklusive Stadtgesellschaft und Migration: kommunale Handlungsroutinen und EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien“ untersuchen wir am Institut für Didaktik der Demokratie sowie am Forschungszentrum Center for Inclusive Citizenship (CINC) an der Leibniz Universität Hannover Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit der EU-Binnenmigration aus Rumänien und Bulgarien. Das Forschungsprojekt schließt damit eine empirische Forschungslücke der sozialwissenschaftlichen Migrationsforschung.

Migration und Integration sind eine Zukunftsaufgabe für die kommunale Praxis – und zugleich ein unverzichtbarer Bestandteil urbaner Dynamik. Daher interessieren uns Praxiserfahrungen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen mit der oben genannten Migration in sich zunehmend diversifizierenden Stadtgesellschaften. Als Forscher*innen richten wir unser Forschungsinteresse insbesondere auf Fragen danach, wie das Zusammenleben in einer heterogenen Stadtgesellschaft am besten gelingt, wo Barrieren bestehen und neue entstehen.

Koordination: Christian Hinrichs; Tobias Neuburger
Förderung: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
Laufzeit: 2019 - 2022

Grenzggeschichte(n) – Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Koordination: Dr. Christian Hellwig (operative Projektleitung), Karolin Quambusch, Dr. Christine Schoenmakers

Förderung: Metropolregion Hamburg

Volumen: 341.571 €

Laufzeit: 10/2018 – 10/2020

Entlang des ehemaligen Grenzverlaufs befindet sich auf dem Gebiet der Metropolregion Hamburg eine Vielzahl von Museen, Ausstellungen, Erinnerungsorten und Gedenkzeichen, die sich mit der Geschichte der innerdeutschen Grenze auseinandersetzen. Es fehlt bislang jedoch ein Konzept zur Ausgestaltung einer gemeinsamen Erinnerungslandschaft, die die vorhandenen Potenziale stärkt und die Sichtbarkeit in der Region (und darüber hinaus) erhöht. Ziel des von der Metropolregion Hamburg sowie unter der Beteiligung der Kreise und kreisfreien Städte Lübeck, Herzogtum Lauenburg, Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen geförderten Projektes „Grenzggeschichte(n): Die ‚Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze‘ in der Metropolregion Hamburg“ ist es, die einzelnen Initiativen untereinander besser zu vernetzen und Angebote zu einer weitergehenden Professionalisierung zu schaffen. Das Institut für Didaktik der Demokratie (IDD)

der Leibniz Universität Hannover beteiligt sich an diesem Projekt als Kooperationspartner und wurde unter anderem mit der Erstellung einer Bestandsanalyse der im Einzugsgebiet der Metropolregion agierenden Gedenkstätten, Museen und Initiativen betraut, die sich in ihrer Vermittlungsarbeit den Themen Teilung und Grenze widmen. Die Bestandsaufnahme wurde durch die Metropolregion Hamburg im Rahmen des Leitprojektes Grenzggeschichte(n) gefördert. Kern des Berichtes war die Bereisung der einzelnen Einrichtungen, die Datenerhebung erfolgte vor Ort mittels eines speziell für das Projekt entwickelten Fragebogens zur Selbsteinschätzung der Einrichtungen sowie anhand eines internen Leitfadens für das Projektteam.

Die Bestandanalyse wurde im Januar 2020 mit einem Bericht abgeschlossen. Dieser liegt nun in gedruckter Fassung vor und kann in digitaler Form heruntergeladen werden.

Modellprojekt zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an niedersächsischen Schulen

Leitung: Dr. Sebastian Fischer (im Sommersemester 2019 vertreten durch Dr. Moritz Peter Haarmann)

Koordination: Patrick Bredl, Tobias Grote

Förderung: Robert Bosch Stiftung, Kultusministerium Niedersachsen

Volumen: 222.000 €

Laufzeit: 11/2018 – 11/2021

Das niedersächsische Modellprojekt beabsichtigt, die Handlungskompetenz von Lehrkräften an berufs- und allgemeinbildenden Schulen in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Einstellungen in der Schülerschaft zu stärken. Die grundsätzlichen Zielsetzungen des Projektes bestehen in einer inhaltlichen Kompetenzerweiterung und einer Weiterentwicklung der Handlungsstrategien der beteiligten Lehrkräfte sowie einer Fortentwicklung bestehender Unterstützungssysteme zur Qualifizierung von Lehrkräften im Themenfeld Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Das niedersächsische Projekt orientiert sich konzeptionell an dem sächsischen Pilotprojekt „Starke Lehrer – starke Schüler“.

Dabei gilt es zum einen die Erfahrungen aus der Evaluation des sächsischen Projektes zu berücksichtigen und zum anderen die spezifischen Implementationsbedingungen im Bundesland Niedersachsen im Blick zu haben. In Kooperation mit dem niedersächsischen Kultusministerium und verschiedenen außerschulischen Partnern sollen die bereits in Sachsen erprobten Fortbildungsformate auf ihre Praktikabilität in westdeutschen Implementationskontexten geprüft werden, um auf diese Weise einen Beitrag zum Transfer der Erkenntnisse des Modellprojektes über die Grenzen Sachsens hinaus zu leisten.



TEACH – Targeting Extremism and Conspiracy Theories

Verschwörungstheorien und Falschinformationen nehmen einen deutlich stärkeren Einfluss auf öffentliche Diskurse als noch vor einigen Jahren und sind mittlerweile über unterschiedlichste Informationskanäle einem großen Teil der deutschen, aber auch der europäischen Bevölkerung präsent (Butter 2018). Aktuelle empirische Befunde zeigen dabei sowohl international eine steigende Anzahl von Personen, die an mindestens eine Verschwörungstheorie glauben – in Deutschland ist es mittlerweile jede*r Vierte –, als auch einen Überhang von älteren erwachsenen Personen in diesem Bereich (Butter 2018, Decker, Kiess and Brähler 2013, van Prooijen and Douglas 2017). Diese Verschwörungstheorien stellen dabei häufig die demokratische Grundordnung, grundlegende Menschenrechte und die europäische Kooperation in Frage und sind teilweise eng mit extremistischen Ansichten verknüpft. Daher sollen in diesem Projekt zum einen die Bedarfe von Erwachsenenbildungseinrichtungen im Umgang mit Verschwörungstheorien tiefergehend erhoben und Instrumente für ein kontinuierliches Monitoring durch Erwachsenenbildungseinrichtungen entwickelt und bereitgestellt werden, und zum anderen ein Konzept erarbeitet werden, dass die Bildnerinnen und Bildner für einen souveränen Umgang mit den in ihrem Umfeld relevanten Theorien befähigen.

Hierbei wird ein besonderer Wert auf die europäische Kooperation bei der Erarbeitung gelegt, um eine Anwendungsmöglichkeit der Outputs in allen Ländern der EU sicherzustellen.

Die unmittelbare Zielgruppe des Projektes sind Bildnerinnen und Bildner der Erwachsenenbildung. Da Verschwörungstheorien vermehrt in der Mitte der Gesellschaft ankommen und wie zuvor bereits angesprochen vor allem auch bei älteren Menschen präsenter geworden sind, soll ein Konzept erarbeitet werden, dass für alle Lehrenden in Erwachsenenbildungseinrichtungen geeignet ist. Auch, wenn Bildnerinnen und Bildner im politischen oder kulturellen Bereich deutlich häufiger mit diesen in Berührung kommen als beispielsweise Lehrende im informatisch-technischen Bereich, sollen die Programme nicht allein auf erstere zugeschnitten werden. Es geht darum, die Bekämpfung von Verschwörungstheorien als Querschnittsaufgabe von Erwachsenenbildungseinrichtungen zu etablieren. Daher sollen Bildner*inenn aus allen Bereichen der Bildungsangebote sowohl in der Erkennung von Verschwörungstheorien, und damit auch der kritischen Hinterfragung der eigenen Sichtweisen, sowie in dem diskursiven Umgang mit diesen geschult werden. Die mittelbare Zielgruppe sind dabei die Personen, die Weiterbildungsangebote in der Erwachsenenbildung wahrnehmen.

Leitung: Dr. Sebastian Fischer

Koordination: Elizaveta Firsova, Bastian Vajen

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 272.026 €

Laufzeit: 09/2019 - 02/2022

Für mehr Informationen zum Projekt siehe S. 9-11.



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union

CLIO – Challenging Hostile Views and Foster Civic Competences – Sparkling Moves for VET Teachers

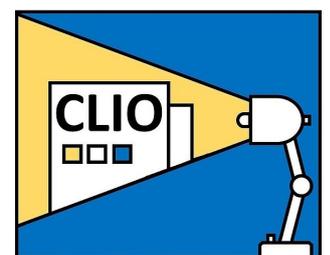
Ein problematisches Phänomen in europäischen Gesellschaften ist, dass sich Bürger/innen der normbildenden Mehrheit („Mitte“) zunehmend einer menschenverachtenden Sprache bedienen, wenn sie über sogenannte ‚Anderer‘ sprechen, z.B. Muslime, Juden, Obdachlose, Homosexuelle. Auch in Berufsschulen und Betrieben tritt diskriminierendes Verhalten öfter auf. Lehrer/innen stehen häufig vor Problemen: Wie schätze ich die Situation ein? Ab wann und in welcher Form greife ich ein?

Ziele:

- Erweiterung der Kenntnisse von Lehrer/innen bzgl. politischer Möglichkeitsbedingungen von Ideologien der Ungleichwertigkeit (z.B. sekundärer Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus)
- Berufsschullehrer/innen und Ausbilder in Betrieben nutzen eine App, um Symbole + Codes kennen zu lernen, die menschenfeindliche Einstellungen transportieren

- Installation und Erprobung von partizipativen Instrumenten an Berufsschulen, um demokratische Kompetenzen der Schüler/innen zu erweitern
- Berufsschulen bilden Netzwerke mit weiteren Akteuren, um eine demokratischere Schulkultur umzusetzen und Lehrer/innen zu entlasten
- An den beteiligten Berufsschulen installieren Schüler/innen – gemeinsam mit externen Akteuren – ein Instrument der Mitbestimmung.

In der mehrmonatigen Auseinandersetzung zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels lernen sie demokratische Prozesse während des Austragens von Konflikten. In einem Blog wird dieser Prozess dokumentiert, somit nachhaltig öffentlichkeitswirksam präsentiert und für andere Interessierte leicht zugänglich.



Leitung: Dr. Sebastian Fischer

Koordination: Timon Foss-Jähn

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 276.899 €

Laufzeit: 11/2019 - 04/2022



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Koordination: Dr. Holger
Onken

Förderung: Erasmus+-Pro-
gramm (EU)

Volumen: 28.482 €

Laufzeit: 02/2019 - 01/2021



Erasmus+

Koordination: Arne Schrader,
Jessica Burmester

Förderung: Europa für Bürge-
rinnen und Bürger

Volumen: 58.201 €

Laufzeit: 09/2019 - 02/2021



Leitung: Dr. Sebastian Fischer

Koordination: Arne Schrader,
Jessica Burmester

Förderung: Erasmus+-Pro-
gramm (EU)

Volumen: 335.090 €

Laufzeit: 10/2019 - 09/2022

LEAP – Learning to participate

Im Rahmen des Projektes werden Jugendsozialarbeiterinnen und Jugendsozialarbeiter mit der Methode des projektbasierten Lernens in unterschiedlichen Fortbildungen vertraut gemacht. Junge Menschen haben die Möglichkeit, an einwöchigen Erasmus+-Mobilitäten teilzunehmen. Es wird eine pädagogische Broschüre für Jugendsozialarbeiter*innen

in der projektbasierten Lern-Form für junge Menschen entwickelt. Ein zentrales Ziel des Projektes besteht darin, die auf vielfache Weise im schulischen Unterricht erfolgreich genutzte Methode des projektbasierten Lernens auf außerschulische Zusammenhänge zu übertragen und für die Jugendsozialarbeit nutzbar zu machen.

TEF – Taken, excluded and forgotten. A MOOC for students dealing with „forced germanization“ of children in World War II and lessons for today

Das Projekt widmet sich der Geschichte der von den Nationalsozialisten aus dem besetzten Polen ins „Deutsche Reich“ verschleppten Kinder, auch als „Zwangsgermanisierung“ bezeichnet. Gemeinsam mit einem Projektpartner aus Lodz (Polen) wird ein modularer Online-Kurs entwickelt, der sich mit den historischen Ereignissen, den Nachkriegserfahrungen der Opfer und Gegenwartsbezüge befasst. Ziel ist es, künftige Lehrer*innen für das weitgehend unbekanntes Thema zu sensibilisieren und ihnen Material für die Auseinandersetzung mit dem Thema im Unterricht bereitzustellen.

Treffen des Projektteams „TEF“



MUSIC – Making Universities Ready for Social Inclusion and Cultural Diversity

Die seit Jahrzehnten stattfindende Immigration nach Europa, die als „Flüchtlingskrise“ titulierte Phase 2015/2016, aber auch die zunehmende und von zahlreichen Initiativen getragene Internationalisierung der Hochschulen sorgen dafür, dass Universitäten mit einer heterogenen Studierendenschaft konfrontiert sind. Dies stellt Universitäten vor spezifische Herausforderungen. Allein die Anzahl der nach Deutschland geflüchteten, neu eingeschriebenen Studierenden „hat sich im Vergleich zwischen dem laufenden und dem vorangegangenen Wintersemester [...] nahezu verdreifacht“, stellt eine Befragung der Hochschulrektorenkonferenz aus dem Jahr 2018 fest. Mit den steigenden Zahlen wachsen die Aufgaben für das komplexe System Hochschule. Dies betrifft nicht allein die Ebene der Lehrenden in Seminaren und Vorlesungen, sondern auch andere Beschäftigtengruppen – von Mitarbeiter*innen der Verwaltung über Angehörige von Studierendengruppen bis zu Beschäftigten beim Studentenwerk und des Hochschulsportes.

Das EU-geförderte Projekt MUSIC will dieser Herausforderung begegnen, indem es ein Lehr-Lernkonzept entwickelt, das darauf abzielt, jene unterschiedlichen Beschäftigtengruppen der Universität für die Konzepte kulturelle Diversität und soziale Inklusion zu sensibilisieren und Prozesse der Inklusion an der Universität zu optimieren. Neben der Stärkung interkultureller und kommunikativer Kompetenzen, wie sie im Kontext von Beratung oder Lehre von Bedeutung sind, umfasst das Lehr-/Lernkonzept auch die Vermittlung von Konzepten Politischer Bildung und Inclusive Citizenship.

Im Laufe des Projektes wird das Lehr-/Lernkonzept gemeinsam mit den Partnerorganisationen aus Italien, Griechenland, Deutschland und Österreich in mehreren Schritten evaluiert und fortlaufend optimiert. Das aus diesem Prozess hervorgegangene didaktisch-einsatzfertige Konzept wird schließlich in Form eines manuellen und digitalen Handbuchs in allen Partnerländern zugänglich gemacht.

Co-funded by the
Erasmus+ Programme
of the European Union



Trans-flipping the Classroom in an Inclusive Learning Community

Das Projekt "Transflipping the Classroom in an Inclusive Learning Environment" vernetzt Lehrende und Lernende aus unterschiedlichen Ländern innerhalb einer transnationalen und inklusiven Lerngemeinschaft. Es zielt darauf ab, interkulturelles Lernen zu fördern und geeignetes Material für das Unterrichtskonzept "Flipped Classroom" zu entwickeln. Das Projekt beruht auf der Zusammenarbeit von und dem Austausch zwischen neun Ländern, die jeweils Videos zu Themen wie Geschichte, Bildung oder Kunst und Musik für den

Unterricht bereitstellen. Gemäß dem Flipped-Classroom-Modell, in dem Lernende außerhalb der Schule Wissen akquirieren und dieses dann innerhalb des Klassenraums festigen und erweitern, werden zu jedem Video zusätzliche Quizzes angeboten, mit denen das Gelernte selbstständig getestet werden kann. Ein Schwerpunkt des Projekts ist die Inklusion von Personen mit besonderen Bedürfnissen und die Zugänglichkeit des Lernmaterials für seh- oder hörbehinderte Schülerinnen und Schüler.

Leitung: IES La Puebla (Spanien)

Koordination: Dr. Christoph Wolf, Pauline Koch

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 21.535 €

Laufzeit: 09/2019 - 08/2022



Co-funded by the Erasmus+ Programme of the European Union

All4Inclusion – A TOOLKIT WITH EFFECTIVE OUTREACH AND MOTIVATIONAL STRATEGIES FOR UPGRADING THE KEY COMPETENCES OF MARGINALISED AND VULNERABLE LOW-SKILLED ADULTS (FOCUS ON WOMAN): ENSURING SOCIAL INCLUSION, ACCESS AND PARTICIPATION IN THE DIGITAL ERA

All4Inclusion entwickelt Strategien in der Erwachsenenbildung, um die soziale Inklusion benachteiligter Gruppen zu stärken. Diese beziehen sich insbesondere auf Mitglieder sozialer Gruppen mit geringer formaler Bildung, die von Marginalisierung betroffen sind.

Um das Ziel der verstärkten sozialen Inklusion dieser Menschen zu erreichen, identifiziert das Projekt zentrale soziale und digitale Kompetenzen und entwickelt auf dieser Grundlage Bildungsmaterial für die Erwachsenenbildung, um diese Kompetenzen zu stärken.

Leitung: Dr. Sebastian Fischer

Koordination: Richard Heise

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 275.435 €

Laufzeit: 10/2019 - 02/2022



Co-funded by the Erasmus+ Programme of the European Union



Gesellschaftslehre unterrichten

Viele Studierende der gymnasialen Lehramtsfächer „Politik-Wirtschaft“, „Erdkunde“ und „Geschichte“ unterrichten später nicht an Gymnasien, sondern an Gesamtschulen. An niedersächsischen Gesamtschulen wird der jeweilige Fachunterricht im Rahmen des integrativen Unterrichtsfachs „Gesellschaftslehre“ erteilt. Das Kerncurriculum unterscheidet sich aufgrund dieses Ansatzes inhaltlich und didaktisch erheblich von den Lehrplänen der drei Einzelfächer, so dass gesonderte Reflexionen zur fachlich-didaktischen Strukturierung des Unterrichts notwendig sind.

Das Seminar-konzept ist Teil eines Modellversuchs zur Verbesserung der Lehre. Es gliedert die Inhalte des Seminars „Gesellschaftslehre unterrichten: Fachdidaktische Grundlagen“ in drei aufeinander aufbauende Bausteine: Fachdidaktisches Grundlagenwissen aus den drei Fachdidaktiken, die integrative Betrachtung der didaktischen Prinzipien und Methodiken als Basis zur Erstellung von Unterrichtsentwürfen sowie die Konzeption von Unterrichtsentwürfen und, soweit möglich, deren Erprobung an ausgewählten IGS-en.

Leitung: Prof. Meik Zülsdorf-Kersting (Historisches Seminar), Prof.'in Christiane Meyer (Institut für Didaktik der Naturwissenschaften/Geographie), Prof. Dr. Dirk Lange (Institut für Politikwissenschaft)

Koordination: Friedrich Huneke (Historisches Seminar), Dr. Andreas Eberth (IDN) und Theresa Bechtel (IPW)

Förderung: Studienqualitätsmittel der Leibniz School of Education

Volumen: 207.385,40 €

Laufzeit: 04/2019 - 03/2021

Digital Citizenship Education: Understanding Teachers' Perspectives and Practice

Koordination: Dr. Steve Kenner, Bastian Vajen
Förderung: DAAD
Volumen: 13.000 €
Laufzeit: 01/2020 - 02/2021

Es besteht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass die Vorstellungen und Überzeugungen der Lehrkräfte u.a. über die Unterrichtspraktiken die definierten Zwecke und Ziele von Bildungsprozessen beeinflussen (Fives & Buehl, 2012; Park & Oliver, 2008). Thornton (2005) hat beispielsweise Lehrer als „Torhüter für Lehrpläne“ charakterisiert, die den Lehrplan gemäß ihren eigenen erkenntnistheoretischen und ideologischen Überzeugungen durch den Lehr-/Lernprozess umsetzen. Im Allgemeinen können die Überzeugungen der Lehrer als Filter bei der Auswahl von Themen und Unterrichtsaktivitäten fungieren (Reichert & Torney-Purta, 2019), was sich auf unterrichtsbezogene Entscheidungen und die Qualität des Lernens der Schülerinnen und Schüler auswirkt (Patterson et al., 2012). Obwohl die Forschung die Überzeugungen der Lehrer über die politische Bildung und Assoziationen mit Unterrichtspraktiken untersucht hat, hat sich die Rolle der Staatsbürgerschaft mit dem Aufkommen digitaler Technologien erweitert, sodass traditionelle Ansätze für die politische Bildung in Frage gestellt werden. Choi et al. (2018) untersuchten das Ausmaß der digitalen Bürgerschaft unter Lehrkräften, ohne jedoch die Definitionen der Lehrkräfte für digitale Bürgerschaft oder ihre Ansätze zur Bildung digitaler Bürgerschaft zu untersuchen.

Andere Forschungen zu Lehrkräften in diesem Feld sind selten, da sich die meisten Studien auf junge Menschen konzentrieren. Infolgedessen ist wenig über die Konzepte der Lehrkräfte zur digitalen Bürgerschaft und ihre Überzeugungen zur Bildung der Digital Citizenship Education (DCE) bekannt und darüber, wie sie sich sowohl auf den Unterricht im Klassenzimmer, als auch auf die wahrgenommenen Herausforderungen für DCE beziehen.

In diesem Projekt wird davon ausgegangen, dass die Überzeugungen der Lehrkräfte über DCE für ihren Unterricht und die Qualität des Lernens der Schülerinnen und Schüler im digitalen Zeitalter von Bedeutung sind. Das Hauptziel ist die Entwicklung eines zuverlässigen Messinstruments und die Funktion von DCE in einer zunehmend vernetzten Welt durch Forschung in zwei verschiedenen, aber verwandten Ländern. Das Hauptziel des Projekts ist die Bestimmung des Verständnisses von Lehrkräften zu „digitaler Bürgerschaft“: Die Politikwissenschaft konzentriert sich in der Regel auf neue Formen der Partizipation, und die Informatik betont die Informationskompetenz – aber was die digitale Bürgerschaft für diejenigen ist, die sie unterrichten müssen, ist weniger klar, obwohl sich ihre Konzepte nachhaltig auf ihre Unterrichtspraxis auswirken und das Lernen der Schülerinnen und Schüler beeinflussen.

EU 1979: A People's Parliament – Democracy, Human Rights and Women's Political Participation

Koordination: Dr. Christoph Wolf
Förderung: Europa für Bürgerinnen und Bürger
Volumen: 13.093 €
Laufzeit: 09/2019 - 02/2021

EU 1979: A People's Parliament – Democracy, Human Rights and Women's Political Participation ist ein politisches Kunstprojekt, das mit Mitteln des Films und digitaler Online-Ressourcen sowie einer feministischen Perspektive an die Frauen des ersten Europäischen Parlaments von 1979 erinnert. Das Projekt hebt die bedeutende Rolle hervor, die die EU bei der Förderung von Frauen im politischen Leben sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene gespielt hat. Im Rahmen des Projekts werden die ersten 67 Frauen im Parlament gewürdigt und ihre Biografien in Szene gesetzt, um zukünftige Generationen zu inspirieren. In einer virtuellen Ausstellung werden nicht nur die Biografien der ersten weiblichen Abgeordneten vorgestellt, sondern Besucher*innen erhalten auch Informationen zur Entstehung der EU nach dem zweiten Weltkrieg, erfahren etwas zu der politischen Beteiligung von Frauen in der EU heute und können sich Interviews mit acht aktuellen MEPs ansehen, in denen sie von ihrer Arbeit

und ihren Hoffnungen für die Zukunft berichten. Außerdem werden Kunstwerke von zwölf europäischen Künstler*innen vorgestellt, die sich künstlerisch mit dem Projektthema auseinandergesetzt haben.

An der Erstellung der Ausstellung, die beim "Dublin Arts & Human Rights Festival 2020" eröffnet wurde, waren alle Partnerländer beteiligt. Zudem werden in jedem Partnerland eine Reihe von EU-Inspirationstagen und Workshops mit verschiedenen Gruppen durchgeführt. Das Projekt wird vom Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" der Europäischen Union kofinanziert. Die vier europäischen Projektpartner sind "Smashing Times Theatre and Film Company", Dublin, Irland; "Dona Daria", Rotterdam, Niederlande; "Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover", Hannover, Deutschland; und "Francais Pour L'Insertion Sociale et Professionnelle en Europe", Paris, Frankreich.

Art, Fascism and Democracy: The Politics of Division versus the Politics of Inclusion

Dieses Projekt fördert die Erinnerung an die europäische Geschichte, indem die Geschichten von Künstler*innen und Aktivist*innen, die sich für Demokratie und Freiheit und gegen Faschismus einsetzten, erzählt werden. Organisationen aus vier verschiedenen Ländern Europas (Irland, Italien, Spanien und Deutschland) arbeiten mit Mitteln des Theaters und des Films, um gemeinsam das Ende des spanischen Bürgerkriegs aufzuarbeiten und daran zu erinnern, dass dies ein wichtiger Wendepunkt in der gemeinsamen europäischen Geschichte war.

Die Themen werden in einer Reihe von Multiplikatoren-Veranstaltungen in ganz Europa diskutiert, in denen Bürger*innen die europäischen Werte Kooperation, Vielfalt und Toleranz kennenlernen und bürgerschaftliches Engagement gefördert wird.

Im Rahmen des Projekts ist das Buch *The Art of Courage* entstanden, das eine Sammlung von Geschichten europäischer Künstler*innen und Aktivist*innen bereithält. Außerdem wurde ein Guide für einen zweistündigen Theater-Workshop entwickelt, der ein kreatives Lernen über Demokratie, Solidarität und Freiheit ermöglicht. Sowohl das Buch als auch der Workshop wurden auf dem "Dublin Arts & Human Rights Festival 2020" vorgestellt.

Das Projekt wird vom Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" der Europäischen Union kofinanziert. Die Projektpartner sind "Iniciativas de Futuro Para Una Europa Social Coop", Valencia, Spanien; "Smashing Times", Dublin, Irland; "Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover", Hannover, Deutschland; und "Consorzio per la Formazione, l'Innovazione e la Qualita", Pinerolo, Italien.

Koordination: Dr. Christoph Wolf
Förderung: Europa für Bürgerinnen und Bürger
Volumen: 10.093 €
Laufzeit: 09/2019 - 02/2021



Co-funded by the
Europe for Citizens Programme
of the European Union

Monitor Demokratiebildung

Gegenwärtig ist eine Diskussion um Konzepte und Begriffe der demokratischen Erziehung, der Politischen Bildung und des Lernens von Demokratie in den Schulen und der Jugendbildung zu beobachten, die von einer umfassenden Wahrnehmung der sozialisatorischen Einflüsse sowie intentionalen und funktionalen Lernmöglichkeiten in den pädagogischen Institutionen und der demokratischen Gesellschaft insgesamt ausgeht. Zugleich ist umgekehrt offenkundig, dass pädagogischen Institutionen vielfältige Möglichkeiten und Gelegenheiten, aber auch ohnehin sozialisatorisch wirksame funktionale Aspekte für die Demokratie haben: Sie wirken auf politische Mündigkeit, die Vorstellungen von Politik und Demokratie sowie die demokratische Handlungskompetenz bei den Lernenden ein, ob die Gesellschaft und die Pädagogik das will oder nicht. Das gilt in besonderer Weise für die Schule. Ziel dieses Projekts ist deshalb die Konzipierung, Erhebung und Darstellung einer kriteriengeleiteten Übersicht zur „Demokratiebildung“ mittels eines „Monitors“.

Innerhalb der drei aktuellen Bezugspunkte zum Diskurs zur „Demokratiebildung“ – erstens dem begriffsbezogenen Diskurs um Konzepte zur Demokratiebildung, zweitens der Praxisentwicklung im breiten Feld der Demokratiebildung sowie drittens dem demokratiepädagogischen Wettbewerb *Demokratisch Handeln* – will der „Monitor Demokratiebildung“ eine Bestandsaufnahme zu diesem pädagogischen Praxis- und Entwicklungsfeld erarbeiten. Das übergeordnete Interesse dabei ist, mit dem „Monitor Demokratiebildung“ ein Instrument zu gewinnen und fachlich zu etablieren, das dann in regelmäßigen Zeitabständen den Stand der Demokratiebildung in Wissenschaft und Praxis in Deutschland aufnimmt, beschreibt und somit zu einer Integrationsleistung in einem gegenwärtig noch eher heterogenen Handlungsfeld substantiell und nachhaltig beiträgt.

Koordination: Dr. Wolfgang Beutel, Dr. Steve Kenner
Förderung: Bundesministerium für Bildung und Forschung
Volumen: 285.578,89 €
Laufzeit: 06/2020 - 01/2024

Für mehr Informationen zum Projekt siehe S. 6.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Koordination: Arne Schrader
Förderung: Erasmus+-
 Programm (EU) – Strategische
 Partnerschaften in der Erwach-
 senenbildung
Volumen: 322.670 €
Laufzeit: 11/2020 - 04/2023



STEPIn – Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children: a prevention and intervention programme for all

Das STEPIn-Projekt möchte Eltern dabei unterstützen, Vorbilder für ihre Kinder im Umgang mit digitalen Medien zu werden und sie für die vielfältigen Faktoren von Missbrauch des Internets und potenziellen Suchtgefahren zu sensibilisieren. In Kontexten von Erwachsenen- und Weiterbildung werden Konzepte und einsatzfähige Materialien entwickelt, um diesen Themen angemessen begegnen zu können.

Hierzu zählen ein breit aufgestelltes Webmapping, um länderübergreifende Rahmenrichtlinien zu erfassen, ebenso wie eine umfangreiche Materialsammlung, die insbesondere Lehrkräften in der Erwachsenenbildung dabei helfen soll, die Themen von Internetsucht- und missbrauch in ihren Angeboten zu integrieren.

KLIMA-AKTIV. Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenz entwickeln



Koordination: Dr. Steve
 Kenner
Förderung: Deutsche Bundes-
 stiftung Umwelt (DBU)
Volumen: 220.000 €
Laufzeit: 01/2021 - 12/2023

**Für mehr Informationen zum
 Projekt siehe S. 15-16.**

gefördert durch



Deutsche
 Bundesstiftung Umwelt

www.dbu.de

Der Prozess einer tiefgreifenden Klimaschutz-Transformation (Climate Action; SDG 13) braucht aktive „Change Agents“ bzw. lokale Akteur*innen des Wandels. Studien der Jugendforschung belegen, dass sich junge Menschen mit globalen Fragen und auch mit Umweltfragen auseinandersetzen und ihre Bereitschaft sich politisch zu beteiligen steigt. Auch die Bewegung Fridays for Future (FFF) zeigt, dass bei einer Gruppe junger Menschen aus der Bereitschaft auch tatsächliches klimapolitisches Engagement erwächst. Allerdings hängen sowohl die Partizipationsbereitschaft, als auch die Realisierung von sozialem und politischem Engagement von vielfältigen Faktoren, wie beispielsweise dem Bildungsstand, ab. Das hier skizzierte Projekt soll es Jugendlichen ermöglichen, als Veränderungsakteur*innen (lokale) Klimaschutztransformationen voranzutreiben und die hierfür notwendigen Kompetenzen zu erwerben (klimamündige Bürger*innen, SDG 4). Dafür soll in dem geplanten Modellprojekt mit mehr als 120 Schüler*innen aller Schultypen (Gymnasium, Gesamt- und Berufsschule) handlungsorientiert und klimapolitisch anhand selbstbestimmter Klimaschutz-Aktionen politische Lernerfahrungen gesammelt und reflektiert werden.

Die Institut für Didaktik der Demokratie (IDD) kooperiert hierfür mit dem Landkreis Lüchow-Danzenberg. Es werden Strukturen sowie Lehr-Lernsetting aufgebaut, erprobt und reflektiert, die das jugendpolitische Klima-Engagement nachhaltig in der Region verankert und zugleich eine Übertragung von der Modellregion Lüchow-Danzenberg auf andere Regionen ermöglicht.

Anknüpfend auch an eigene Erfahrungswelten entwickeln die Schüler*innen Strategien und Möglichkeiten zum aktiven Handeln aus vielfältigen Dilemmasituationen heraus. Die Themen wählen die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dafür selbst. Beispielhaft werden im Antrag die Felder Mobilität, Lebensmittelversorgung und Digitalisierung skizziert. Im Zuge des auf drei Jahren angesetzten Projektes stehen, neben der Entwicklung und dem Ausloten von kooperativen und kollaborativen Strategien, auch die Einbeziehung von unterstützenden Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und/oder Wirtschaft im Fokus. Kinder und Jugendliche sollen im Rahmen des Projektes Kompetenzen stärken und erwerben, die es ihnen erlauben, Unsicherheiten in Transformationsprozessen auszuhalten (Frustrationstoleranz, Ambiguitätstoleranz).

Für klimapolitische Dilemmasituationen sollen Urteile über verschiedene Handlungsmöglichkeiten erarbeitet und partizipativ in konkrete Klimaschutzaktivitäten übersetzt werden. Dafür ist das Projekt in fünf Phasen - begleitet durch mehr als 30 Workshops und Exkursionen - eingeteilt, wobei zunächst Themenfelder, Interessenlage und Politikfelder analysiert (Phase 1), Dilemmata identifiziert sowie Klimaschutz-Projekte geplant (Phase 2) und umgesetzt (Phase 3) werden. Anschließend werden die Lern- und Partizipationserfahrungen reflektiert (Phase 4) und eine Verstetigung des jugendpolitischen Klima-Projekts in Schule und sozialem Nahraum vorbereitet (Phase 5). In allen Phase soll die fachwissenschaftliche Expertise (u.a. Prof. Dr. Bernd Overwien & Institut für Didaktik der

Demokratie), politische Entscheidungsträger vor Ort (u.a. über den Landkreis), aber auch ‚Peer Educator‘ (bspw. über regionale Klimagruppen, wie die Ortsgruppe der Fridays for Future Bewegung) eingebunden werden. Um eine Übertragbarkeit des Modellprojektes auch auf andere Regionen zu gewährleisten, wird der Prozess wissenschaftlich durch die Koordination am Institut für Didaktik der Demokratie begleitet.

Außerdem werden in dem Prozess der Umsetzung des Projekts didaktische Materialien entwickelt. In Kombination mit der Veröffentlichung von fachwissenschaftlicher Expertise sowie der Video- und Printdokumentation des Prozesses, soll darüber hinaus die Grundlage für eine Online-Lehr-Lernprotal zu jugendpolitischem Klima-Engagement geschaffen werden.

DFG-Forschungsnetzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung

Ausgangspunkt für das „DFG-Forschungsnetzwerk“, das unter der Leitung von Jun.-Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen) eingerichtet wurde, sind Diskurse im Feld der politischen Bildung und der Demokratiebildung, die geprägt sind von aktuellen gesamtgesellschaftlichen Polarisierungen und der Reaktion von (Bildungs) Politik auf diese Entwicklungen. Im Zentrum stehen dabei verschiedene Konzepte von politischer Bildung und Demokratiebildung, die unterschiedlichen Professionen entstammen und, so die Ausgangsthese des Netzwerkes, bisher wenig bis gar nicht in Austausch miteinander gekommen sind. Diese relative Abgeschlossenheit der Felder erzeugt Nichtwissen und falsche Vorstellungen über das jeweils ‚Andere‘. Demgegenüber steht die Chance, durch die wechselseitige Verständigung über Begriffe und Konzepte des jeweils anderen Feldes – bzw. zwischen den Feldern – ein besseres Verstehen, eine Weiterentwicklung der den Feldern zu Grunde liegenden Themen, von didaktischen und pädagogischen Konzepten sowie eine Verbesserung der pädagogischen und politisch bildnerischen Praxis zu erreichen. Das Netzwerk rückt die Felder der Demokratiebildung und der politischen Bildung in den Fokus und berücksichtigt dabei weitere, den Feldern nahestehende Theorien und Konzepte, wie die der Demokratiepädagogik und der Demokratieförderung. Grundlegendes Ziel des Netzwerkes ist, neben den als ‚Chancen‘ erwähnten, eine gemeinsame, interdisziplinäre Arbeit an dem Verhältnis von Demokratiebildung und politischer Bildung und die Bestimmung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden auf den Ebenen von Begriffen und Konzepten. Das Netzwerk dient der Bearbeitung gemeinsamer Forschungsfragen in einem interdisziplinären Zusammenhang. Diese Interdisziplinarität wird als fundamental begriffen, um die aufgeworfenen Fragen bearbeiten zu können, denn sie geht aus der Problemdiagnose der bisherigen Nicht-Kommunikation zwischen den Feldern hervor. Vor dem Hintergrund aktueller staatlicher Steuerungs- und Förderpolitik handelt

es sich um forschungsstrategisch zentrale Fragestellungen für die Felder der Demokratiebildung und der politischen Bildung, was sowohl für die jeweilige Wissenschaftsprofession als auch für die Praxisfelder gilt.

Dabei soll auch das Verhältnis zur Demokratiepädagogik und der Demokratieförderung beachtet werden. In insgesamt sechs Netzwerktreffen sollen folgende Fragen in den Mittelpunkt gerückt und der Fachöffentlichkeit mithilfe einer Tagung und in einer Abschlusspublikation zugänglich gemacht und dokumentiert werden:

- Auf welchen Begriffsverständnissen (von Bildung, Demokratie, Politik, ...) basieren Demokratiebildung und politische Bildung?
- Wie stehen Demokratiebildung und politische Bildung in dem jeweiligen Wissenschafts- und Praxisfeld (schulische politische Bildung, außerschulische politische Bildung, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Soziale Arbeit usw.) im Verhältnis?
- Wie unterscheiden sich Demokratiebildung und politische Bildung in ihrem jeweiligen Feld hinsichtlich der theoretischen Begriffe und Begründungen, der Konzepte und der Bildungspraxis?
- Neben den feld- und professionsbedingten Unterschieden: Welche Gemeinsamkeiten bestehen zwischen Demokratiebildung und politischer Bildung in ihren Begriffen, Begründungen, Konzepten und in der Bildungspraxis?

Leitung: Jun.-Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen), Verantwortlicher LUH: Dr. Steve Kenner
Förderung: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
Laufzeit: 2021 - 2024

Gefördert durch
 Deutsche Forschungsgemeinschaft

Cultural Heritage as Ressource? (CHER) Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Koordination: Dr. des Jana Stoklasa, Marius Lahme

Mitarbeitende: Carola Kahlen, Dr. des Jenny Hagemann, Dr. Malte Kleinschmidt, Raimund Lazar, Dr. Christine Schoenmakers, Deborah Sielert

Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Volumen: ca. 890.000 €

Laufzeit: 10/2016 - 10/2020

Interdisziplinäre Forschung zu kulturellem Erbe: Spannende Ergebnisse zu erwarten!

Wird kulturelles Erbe als Ressource eingesetzt und wenn ja, wie und von wem? Diese Fragen beschäftigen seit Oktober 2016 die neun (Post-) Doktorand*innen im Forschungsverbundprojekt „Cultural Heritage as Ressource? Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert“ (CHER). Das Forschungsprojekt läuft insgesamt vier Jahre und vereint so unterschiedliche Disziplinen wie Soziologie, Politologie, Bildungs- und Geschichtswissenschaften. Kulturelles Erbe existiert nicht aus sich selbst heraus, sondern ist Ergebnis zwischenmenschlicher Interaktion. Es entsteht, wenn wir (einem bestimmten Teil) der Vergangenheit Bedeutung verleihen und diese(n) damit für erhaltens- bzw. erinnenswert erklären. Konflikte sind vorprogrammiert, denn was der eine für wichtig erachtet, zu dem hat ein anderer womöglich nur wenig Bezug. Kulturelles Erbe ist daher immer gegenwartsbezogene Vergangenheitsdeutung, die Menschen

für unterschiedliche Zwecke einsetzen: Neben seiner identitätsstiftenden Funktion dient es z.B. als Legitimation einer bestimmten Politik, es kann touristisch-ökonomisch in Wert gesetzt oder in gegenkultureller Form angeeignet werden. Die Teilprojekte widmen sich besonders den Akteuren, ihren Motiven und Strategien sich Vergangenheit als kulturelles Erbe zu erschließen und dieses für eigene Ziele zu nutzen. Das Spektrum der Untersuchungsfelder reicht vom Umgang mit Traditionen und Überresten in Städten und im ländlichen Raum, über Identitätskonstruktionen in Einwanderungsgesellschaften sowie in Mikromilieus wie Sport- oder Kleingartenvereinen, bis hin zu Vorstellungen von Schüler*innen über (Welt-)Kulturerbe. Zu erwarten sind spannende Ergebnisse – das haben unsere bisherigen Diskussionen über die Disziplinengrenzen hinweg bereits gezeigt. Wer mehr erfahren möchte, kann sich unter www.cher.uni-hannover.de informieren.



Robot4All – Strategies for the Promotion of Digital, Coding and Robotic Skills for Social Inclusion, Equality and Access.



Koordination: Richard Heise

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 329.815 €

Laufzeit: 11/2017 – 04/2020

Digitale Kompetenzen dienen in einer vom technologischen Wandel geprägten Gesellschaft dem Zugang zu Arbeitsplätzen, aber sind auch als Schlüssel für sozialen Zusammenhalt, Partizipation und soziale Integration anzusehen. Basierend auf der „Entschließung des Europäischen Rates zu einer neuen Agenda für Kompetenzen für ein inklusives und wettbewerbsfähiges Europa (2016/C 467/01)“ hat es sich das Projekt Robot4All zur Aufgabe gemacht, ein EU-weites Konzept zur Förderung von digitalen Kompetenzen an Berufsschulen zu erarbeiten. Berufsschüler*innen profitieren in besonderem Maße von einer Stärkung ihrer Fähigkeiten in diesem Bereich und können durch die Arbeit mit einfachen Robotern auf motivierende Art und Weise Zugang zum Feld digitaler Kompetenzen und zum Programmieren erhalten. Das Projekt erstellt daher ein umfassendes ‚Tool-

Kit‘ zur Konzeption und Durchführung von Kursen, die Schüler*innen den Umgang mit Robotern nahebringen können. Durch ein Open-Badge-System können die Schüler*innen ihre Erfolge dokumentieren, was eine langfristige Motivation gewährleistet und die beruflichen Perspektiven verbessert. Robot4All wird durch das Programm Erasmus+ der Europäischen Union gefördert und vom Institut für Didaktik der Demokratie der Leibniz Universität Hannover koordiniert. Weitere Projektpartner sind die Berufsschule 2EK Peraia aus Athen (Griechenland), die IT-Trainingszentren Emphasys und Cyprus Computer Society aus Nikosia (Zypern), das IT-Dienstleistungsunternehmen Civic aus Edinburgh (UK), die NGO CDIMM aus Baia Mare (Rumänien), die NGO Women in Digital Initiatives aus Luxemburg und die Berufsschule IES Maria Moliner aus Segovia (Spanien).

DIMELI4AC – Digital and Media Literacy for Active Citizenship: A Toolkit for Promoting Critical Thinking and Democratic Values.

Heute werden die meisten Informationen durch ein verwobenes System von Medientechnologien bereitgestellt. Die Fähigkeit, unterschiedliche Arten von Medien zu lesen, ist zu einer wesentlichen Fähigkeit im 21. Jahrhundert geworden. Medienkundige Bürger sind besser in der Lage, die komplexen Botschaften zu verstehen und zu verarbeiten, welchen wir in Form von Fernsehen, Radio, Internet, Zeitungen, Zeitschriften, Videospielen, Musik und allen anderen Medienformen auf täglicher Basis ausgesetzt sind. Die Unterstützung junger Menschen bei der Entwicklung zu digitalen Bürgern und die Fähigkeit zu fördern, sich in der digitalen Umgebung positiv, kritisch und kompetent zu engagieren, die Fähigkeiten effektiver Kommunikation zu nutzen, Formen der sozialen Partizipation zu praktizieren und einen verantwortungsvollen Umgang mit unterschiedlichen Formen von Technologien zu pflegen, ist eine Priorität.

An dieser Stelle setzt das vorliegende Projekt „DIMELI4AC“ an. Sechs Organisationen mit unterschiedlichsten Profilen und unterschiedlichem Fachwissen arbeiten 30 Monate lang an der Entwicklung von unterschiedlichen Modulen die von Lehrmaterial und Weiterbildungskursen für Lehrer*innen und Eltern bis zu einer breiten

Sensibilisierungskampagne reichen. Des Weiteren werden vier Multiplikatoren-Events organisiert, zusätzlich sind Kurzzeitpersonaltrainings im Rahmen der Pointierung des Projekts zur Testung aller Produkte geplant.

Die direkte Zielgruppe sind Schüler*innen und die indirekte Zielgruppe sind Lehrer*innen und Eltern, da das Projekt den Schulraum auf eine ganzheitliche Weise anspricht.

In diesem Zusammenhang wird das Konsortium sich der Aufgabe widmen ein Toolkit zu entwickeln und zu evaluieren, das Schulen dabei unterstützen wird, ihren eigenen Digital Media Literacy Action Plan zu entwickeln, um:

- die Förderung eines ganzheitlichen schulischen Ansatzes im Umgang mit fachübergreifenden Themen zu gewährleisten.
- Schüler*innen zu befähigen, verantwortungsbewusste, kritische, globale Bürger für die digitalisierte und vernetzte Welt zu werden, in der wir leben, und Blended Learning-Möglichkeiten zu schaffen, um digitale und Medienkompetenz zu erwerben, um Demokratie und gemeinsame Werte zu sichern.
- die Profile von Lehrer*innen zu stärken und dadurch die Qualität der Lehrmöglichkeiten in der Schule zu verbessern.



Koordination: Elizaveta Firsova
Förderung: Erasmus+-Programm (EU)
Volumen: 271.170 €
Laufzeit: 11/2018 - 04/2021



Co-funded by the Erasmus+ Programme of the European Union

DETECT – Enhancing Digital Citizenship

Ob sogenannte „Trolle“ den US-Wahlkampf beeinflusst haben, ist ungeklärt. Unstrittig ist, dass populistische Thesen in der „realen Welt“ und in sozialen Medien großen Zuspruch erfahren. Extreme und populistische Parteien feiern in allen europäischen Staaten Wahlerfolge: Sie machen „Anderer“ bzw. „korrupte Eliten“ für gravierende gesellschaftliche Probleme verantwortlich. Mit manipulativen Technologien und Desinformationskampagnen versuchen radikale Gruppen und Organisationen diese Narrative in sozialen Medien zu stärken.

Digitalisierung wird in allen EU-Mitgliedsstaaten angestrebt. Dazu gehört sowohl für Lehrer*innen als auch für Schüler*innen, dass sie in der Lage sind, sich eigene, auf Tatsachen beruhende Urteile zu bilden – über gesellschaftliche und politische Angelegenheiten. Da Schüler*innen einen Großteil der Informationen über Gesellschaft, Politik, Kultur aus sozialen Netzwerken (Twitter, Facebook, Instagram, YouTube etc.) beziehen, sollten sie sich der Manipulationsmöglichkeiten in diesen Medien bewusst sein.

Themen des DETECT-Projekts sind daher die Bedingungen, unter denen Informationen entstehen und weitergegeben werden (sozial, politisch, ökonomisch,

technisch), z.B. Gründe, warum sich „false news“ schneller und weitreichender verbreiten, der Einfluss von finanzkräftigen Konzernen auf die öffentliche Meinung (Algorithmen) oder Auswirkungen von „social bots“.

Die Ergebnisse des DETECT-Projekts tragen dazu bei, dass Lehrer*innen aktuelles Wissen über sog. „computational propaganda“ erhalten. Die so fortgebildeten Lehrer*innen führen ihrerseits Werkstätten mit Schüler*innen durch, die in einem forschenden Lernprozess ihre kritisch-reflektierte Urteilsbildung verbessern.

Das DETECT-Vorhaben verbindet Medien- und Demokratiekompetenzen mit dem didaktischen Konzept des forschenden Lernens. Die Methode des forschenden Lernens bietet sich an, wenn Schüler*innen neuen Inhalten begegnen, die sie unter der Perspektive bestimmter „Forschungsfragen“ überwiegend eigenständig erschließen können. Dabei stellen sie Fragen, bilden Hypothesen, finden Beispiele, vernetzen Inhalte miteinander – und stellen ihre Ergebnisse und Erkenntnisse am Ende im Plenum zu Diskussion.

Das Projekt verfolgt daher das Ziel einer verbesserten, kritischen Urteilskompetenz von Schüler*innen und der Stärkung der digitalen aktiven Bürgerschaft.



DETECT

Leitung: Dr. Moritz Peter Haarmann
Koordination: Arne Schrader
Förderung: Erasmus+-Programm (EU)
Volumen: 211.839 €
Laufzeit: 10/2018 – 09/2020



Co-funded by the Erasmus+ Programme of the European Union

Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts



Klosterkammer Hannover

Leitung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Koordination: Christiane Schröder

Förderung: Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur; Klosterkammer Hannover

Volumen: 192.920 €

Laufzeit: 08/2018 - 09/2022



Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Anknüpfend an das Dissertationsprojekt über die evangelischen Frauenklöster und ihre Konvente im Nationalsozialismus wird deren Geschichte in diesem Nachfolgeprojekt weiter fortgeschrieben. Dabei wird die Untersuchung über die fünf Calenberger Klöster Barsinghausen, Mariensee, Marienwerder, Wennigsen und Wülfinghausen sowie die sechs Lüneburger Klöster Ebstorf, Isenhagen, Lüne, Medingen, Walsrode und Wienhausen hinaus auf die vier freiweltlichen Damenstifte Bassum, Börstel, Fischbeck und Obernkirchen ausgedehnt; letztere stehen seit den späten 1940er-Jahren ebenfalls unter der Rechtsaufsicht der Klosterkammer Hannover.

Die jahrhundertelange Existenz der seit der Gründung im Mittelalter ununterbrochen von Frauengemeinschaften getragenen Klöster und Stifte verweist darauf, dass ihnen eine große Beharrungskraft wie Wandlungsfähigkeit zugleich innewohnt. Beides war insbesondere in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vonnöten: In den 1950er-Jahren zeichnete sich in allen Klöstern und Stiften ab, dass sie ihre Attraktivität als Lebensort für alleinstehende ältere Frauen zu verlieren begannen. So schien es in der Klosterkammer um 1960 nicht ausgeschlossen, dass die schrumpfenden Klosterkonvente in einigen Häusern zusammengezogen und die frei gewordenen Häuser aufgegeben werden müssten. Tatsächlich wurde kein Kloster aufgehoben. Vielmehr stellen sich die Klöster und Stifte heute als attraktive, nach außen geöffnete „Begegnungsorte“ dar, die mit ihren eindrucksvollen Gebäuden, ihren reichen Kunstschätzen und einer Bandbreite unterschiedlichster Angebote und Aktivitäten jährlich viele Tausend Besucher*innen anziehen. Das Projekt untersucht

vor dem Hintergrund des vielschichtigen und rasanten sozialen und kulturellen Wandels, der sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog, in synchroner wie diachroner Hinsicht den Weg von der Nachwuchs- und Sinnkrise in den 1950er-Jahren zur Entwicklung und Umsetzung neuer, heute gelebter Konzepte für Konvente und Kapitel.

Im Mittelpunkt der auf hermeneutischer Quellenanalyse und Expert*inneninterviews basierenden Studie werden u. a. Eintrittsmotive und Entfaltungsmöglichkeiten von Konventualinnen und Kapitularinnen, Wertvorstellungen der Konvente und Kapitel sowie gesellschaftliche, soziale und kulturelle Funktionen der Klöster und Stifte untersucht. Ein Schwerpunkt liegt auf den Wandlungsprozessen im Untersuchungszeitraum. Hier interessiert insbesondere, welche Akteur*innen über die Frauengemeinschaften hinaus in diese Prozesse involviert waren, welche Abhängigkeiten, Kooperationen, Potenziale und/oder Konflikte sich daraus ergaben und wie Tradition und Wandel ausbalanciert wurden. In diesen nachzuzeichnenden Diskussions-, Aushandlungs- und Gestaltungsprozessen spielten die Äbtissinnen eine zentrale Rolle. So liegt ein weiterer Akzent auf der Frage, welche Voraussetzungen sie mitbringen mussten, um nach innen wie nach außen sowohl integrativ als auch durchsetzungsfähig wirken zu können. Welche Gestaltungsräume hatten und schufen sie sich, welche Hindernisse hatten sie zu überwinden? Auf welche Kooperationen und Allianzen konnten sie bauen, um zukunftsorientierte Impulse für den Erhalt und die Weiterentwicklung von Kapiteln und Konventen zu setzen?



Clarify – Europäischen Fragen auf der Spur

Koordination: Theresa Bechtel

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 79.327 €

Laufzeit: 09/2018 - 02/2020

Konkretes Ziel des Projektes „CLARIFY“ ist die Entwicklung und Bereitstellung von didaktischen, intuitiv erschließbaren Unterrichtsmodulen und -materialien, die in Kombination ein lernzielorientiertes Unterrichtsprojekt zur Verbesserung des Wissensstandes über die EU ergeben. Die im Rahmen des Projekts entwickelte kompakte

Unterrichtseinheit zur EU erlaubt es, in nur acht Unterrichtsstunden Handlungs- und Orientierungswissen zu zentralen Themenfeldern der EU zu erschließen. Dabei werden die ausgewählten Themen von der „Nachfrageseite“ her, d.h. aus der Perspektive der Schüler*innen angegangen (Ansatz des Bürgerbewusstseins, Lange 2012).

Die Lernleistungen der Schüler*innen beschränken sich nicht allein auf die Aneignung eines Fundus überlieferbaren Wissens. Sie bestehen vielmehr auch in der autonomen Erschließung von Sachverhalten, Problemlagen, Wirkungszusammenhängen und Perspektiven des Lernfeldes EU durch die Schüler*innen selbst. Auf diese Weise soll die Vermittlung der EU „geerdet“ und mit der Lebenswelt von jungen Menschen verknüpft werden. Als Ergebnissicherung des Gelernten werden von den Schüler*innen Fragen zur EU samt Antworten entwickelt. Mit diesen selbst generierten Fragen treten die Schüler*innen gegen Expertinnen und Experten aus dem Feld „Europa“ an. Eine App im populären „Quizduell“-Modus lädt zu diesem europäischen Wettstreit ein: In den Duellen treten die Schüler*innengruppen online mit ihrem Europawissen gegen reale Gegner an – Europapolitiker*innen und Europaexpert*innen und aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft. Hierbei werden die von den Schüler*innen entwickelten Fragen durch vorgegebene Fragen ergänzt. Die Vielfalt der vorgegebenen Fragen zu europäischen

Themen ist abgestimmt auf die Impulsmaterialien der Unterrichtsmodule.

In zehn Bildungsveranstaltungen und Workshops für Lehrer*innen werden Hintergrund- und Handlungswissen zur Auseinandersetzung mit dem Themenfeld EU sowie zur Durchführung der Unterrichtseinheit „CLARIFY“ vermittelt. Zielgruppe der schulspezifischen Fortbildungen sind primär Lehrer*innen an allgemeinbildenden Schulen. Zusätzlich wird das Format der europapolitischen Bildung auf spezifischen Workshops für (akademische) Experten der Fachdidaktik und der außerschulischen Jugendarbeit angeboten. Das Projekt zielt auf die Öffnung des Themas für eine sektorübergreifende Zusammenarbeit (vgl. Ergebnis Fachforum Europa 2015). Von Anbeginn an werden neben Schüler*innen und Lehrer*innen auch Träger der Außerschulischen Jugendarbeit einbezogen sowie fortgeschrittene Studierende des Lehramts, die in die didaktische Konzeption und die praktische Erprobung mit Schüler*innen involviert werden.



ENTRE@VETSCHOOLS – Promoting Key Competences (Entrepreneurship) through an Integrated Career Orientation Programme and Flexible Learning Pathways for Vet Students

Der Übergang von der Schule ins Berufsleben stellt viele junge Menschen vor große Herausforderungen. Es ergeben sich jedoch ebenso viele Chancen, insbesondere im Bereich der Unternehmensgründung und der Selbstständigkeit. Aus dem Eurydice-Bericht „Entrepreneurship Education at School in Europe“ (2012) geht jedoch hervor, dass viele Länder der EU keine spezifischen Strategien zur Förderung unternehmerischer Kompetenzen haben. Definitionen von spezifischen Fertigkeiten und Kompetenzen werden zudem oft sehr allgemein gehalten und Initiativen bleiben auf den nationalen Kontext beschränkt.

Das Projekt Entre@VET unter der Leitung des IDD hat zum Ziel, ein neues, transnationales Konzept zur Förderung unternehmerischer Schlüsselkompetenzen zu entwickeln. Wichtig sind dabei – als Ausgangspunkt – klare Definitionen von Fertigkeiten und Kompetenzen. Hauptzielgruppen für das Projekt sind zum einen Berufsberater*innen und Berufsschullehrkräfte, deren Portfolio hinsichtlich unternehmerischer Kompetenzen und deren Vermittlung gestärkt werden sollen. Zum anderen sind Berufsschüler*innen die zentrale Zielgruppe, deren unternehmerische Fähigkeiten durch ein Maßnahmenpaket gestärkt werden sollen. Durch den transnationalen Austausch zwischen den

sechs Partnern des Konsortiums ergeben sich zudem Synergieeffekte auf europäischer Ebene.

Die Ziele des Projekts sind im Einzelnen:

- Ermittlung von Bedarfen der Berufsberatung hinsichtlich der Förderung unternehmerischer Kompetenzen in der beruflichen Bildung
- Entwicklung eines Kompetenzrahmens zur Messung unternehmerischer Kompetenzen von Auszubildenden
- Entwicklung und Angebot eines Weiterbildungsprogramms für Berufsberater*innen zur Verbesserung der Beratung hinsichtlich unternehmerischer Kompetenzen und Karrierewege. Stärkung des Portfolios von Berufsberater*innen und Berufsschullehrkräften
- Entwicklung einer Plattform, die der Selbstevaluation der Auszubildenden dient und die in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen und Berufsberater*innen entwickelt wird. Sie baut auf dem erarbeiteten Kompetenzrahmen und den ermittelten Bedarfen auf.
- Durchführung des Weiterbildungsprogramms in einer Pilotphase
- Entwicklung von Strategien zur Umsetzung und langfristigen Etablierung des erarbeiteten Weiterbildungsprogrammes.



Co-funded by the Erasmus+ Programme of the European Union



Leitung: Dr. Sebastian Fischer
Koordination: Dr. Holger Onken
Förderung: Erasmus+-Programm (EU)
Volumen: 75.080 € (LUH), 337.055€ insgesamt
Laufzeit: 12/2018 – 04/2021

Teachers4Europe – setting an Agora for Democratic Culture

Koordination: Theresa Bechtel, Mark Bandmann

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 56.720€ (LUH), 625.000€ insgesamt

Laufzeit: 12/2018 – 12/2021



Erasmus+

Das Erstarren von populistischen, nationalistischen und anti-europäischen Parteien und Tendenzen ist eine zentrale Herausforderung, denen die Europäische Union derzeit entgegenblickt. Ziel des Projektes „Teachers4Europe (T4E)“ – welches von dem Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Piräus koordiniert wird und an dem sich das IDD als Partner beteiligt – ist es, diesen Herausforderungen zu begegnen und die demokratische Kultur in Europa zu stärken. Dazu soll angelehnt an ihre antike griechische Vorgängerin eine neue Agora entstehen, die die aktive Partizipation der Bürger*innen und den europäischen Austausch in den Mittelpunkt rückt.

Konkret richtet sich T4E an Lehrkräfte und Schüler*innen, die neben ihrem formalen Wissen über die Funktionsweise, die Geschichte und das Wesen der Europäischen Union auch ein Verständnis der europäischen Werte entwickeln bzw. ausschärfen sollen. Aufbauend auf einem gemeinsamen Verständnis für europäische Werte und die europäische Kultur können insbesondere Lehrkräfte als soziale Multiplikator*innen und Vermittler*innen fungieren. Dadurch können sie einen Beitrag dazu leisten, dass das zukünftige Zusammenleben in der EU durch demokratische Werte und Einstellungen sowie einen grenzüberschreitenden Austausch von jungen Menschen geprägt wird.

Um die Projektziele zu erreichen und diesen Austausch zu fördern, will das Projektkonsortium ein bereits seit 2011 bestehendes Teachers4Europe-

Netzwerk für Lehrkräfte in Griechenland auf der europäischen Ebene ausbauen und weiterentwickeln. Dieses internationale Netzwerk bildet dabei die oberste Ebene, in dem die beteiligten Partner und weitere Mitglieder des Netzwerkes als „Botschafter“ fungieren. Sie spielen eine wichtige Rolle im jeweiligen nationalen Kontext und sind dafür verantwortlich, Summer Schools und weitere Fortbildungen vor Ort oder auch online (z.B. Webinare, eine Simulation für Schüler*innen oder ein MOOC) durchzuführen. Zielgruppe dieser Angebote sind Lehrkräfte, welche die Inhalte dann lokal in ihren Schulen bzw. an ihre Schüler*innen weitergeben. Parallel zum Aufbau des Netzwerkes arbeitet das Konsortium an der Entwicklung eines Handbuchs, das Vorschläge und Anregungen für den schüler*innenzentrierten Unterricht über europäische Werte enthält und auf Fortbildungen zum Einsatz kommt.

Neben der Universität Piräus und dem IDD sind sechs weitere Partner aus Zypern, Malta, Frankreich und Rumänien sowie die Redaktion der Nachrichtenplattform Euractiv an dem Projekt beteiligt. Schließlich zielt T4E auch darauf ab, Empfehlungen an politische Entscheidungsträger*innen weiterzugeben und zu diskutieren, wie eine Vermittlung europäischer Werte in Europa langfristig verstetigt werden kann.

Sport for learning, learning by sport: realization of pedagogical and cultural approaches for the empowerment of people with mental disease through no competitive sport

Koordination: Arne Schrader

Förderung: Erasmus+-Programm (EU)

Volumen: 14.900 € (LUH), 106.410 € insgesamt

Laufzeit: 12/2018 – 11/2020



Erasmus+

Obwohl die Länder der EU schon einige Fortschritte bei der Behandlung, Unterstützung und sozialen Eingliederung von Menschen mit psychischen Erkrankungen erzielt haben, gibt es noch viel zu tun. In der Vergangenheit wurden ehrgeizige Projekte oft nicht effektiv in die Praxis umgesetzt oder führten häufig nicht zu den erwünschten Resultaten.

De facto sehen sich Menschen mit psychischen

Erkrankungen und ihre Familien im Alltag mit vielen Problemen konfrontiert und vorhandene Maßnahmen der (europäischen) Politik in diesem Bereich sind oft unzureichend. So ist es für Menschen mit einer psychischen Erkrankung nur schwer unmöglich, eine angemessene Arbeitsstelle zu finden. Ferner werden Familien, die eine Schlüsselrolle in der Begleitung und Versorgung der Erkrankten einnehmen, in vielen Bereichen unzureichend unterstützt.

Das Projekt "Sport for learning, learning by sport: realization of pedagogical and cultural approaches for the empowerment of people with mental disease through no competitive sport" unter Leitung der italienischen Organisation Associazione Nazionale Polisportiva per l'Integrazione Sociale (ANPIS) und unter Beteiligung des IDD setzt hier an.

In vielen Zusammenhängen wird Sport als eine tragende Säule für den gesellschaftlichen Zusammenhalt erachtet. Durch gemeinsame sportliche Aktivitäten können persönliche, politische, soziale sowie berufsbezogene Kompetenzen gestärkt und vermittelt werden.

Die Hauptziele des Projekts sind:

1. Die Entwicklung innovativer Methoden und Materialien zur Stärkung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. Ziel ist es, Lehrkräfte und Pädagog*innen, die mit Menschen mit psychischen Erkrankungen arbeiten, weiterzubilden. Untersuchungen zeigten, dass die Ausübung von nicht-wettbewerbsorientierten sportlichen Aktivitäten die Partizipation von

Menschen mit psychischen Erkrankungen steigern kann.

2. Ein besseres Verständnis für die Probleme und Bedürfnisse von psychisch erkrankten Menschen zu erlangen. Bestehende lokale und nationale Netzwerke sollen weiterentwickelt und gestärkt werden.
3. Die Bestimmung von Instrumenten und Methoden zur Bewertung non-formalem und informellen Lernens im Bereich des Sports. Durch eine Kooperation von Einzelpersonen und Organisationen als Teil eines europäischen Netzwerks besteht das Potential, Projekte in den genannten Bereichen effektiver umzusetzen.

Europe Alive – Computer Assisted Simulation for Education

Europe Alive ist eine Webplattform, mit deren Hilfe unterschiedliche Spiele zur Europäischen Union gespielt werden können. Die Spiele konzentrieren sich auf aktuelle und ansprechende Fragen der europäischen Zusammenarbeit. Gleichzeitig werden viele Besonderheiten der EU-Zusammenarbeit gezeigt. Wie werden europäische Gesetze zum Binnenmarkt gemacht? Wie werden außenpolitische Entscheidungen getroffen? Wie arbeitet der EU-Gerichtshof? Wer ist in verschiedenen Bereichen tätig? Welche Rolle spielen die europäischen Institutionen? Welche Interessen, Überlegungen und Prinzipien stecken dahinter? Wie können wir das als Bürger beeinflussen? Und warum die Mühe machen?

Die Spiele basieren auf dem Prinzip ‚learning by doing‘. Die Webplattform führt die Schülerinnen und Schüler in ihre individuellen Aufgaben und leitet sie Schritt für Schritt durch das Szenario. Video- und Textnachrichten führen diese bei der Interaktion mit anderen Schülerinnen und Schülern voran und helfen ihnen, immer komplexere Aufgaben zu bewältigen. In diesem Zusammenhang schlüpfen diese unter anderem in die Rollen von Abgeordneten, Regierungsvertretern, Gewerkschaftlern und Journalisten, um Verhandlungen und Interviews zu führen und über die Zukunft der EU zu entscheiden.

Der Fokus und das Thema wechseln von Spiel zu Spiel. Sie haben jedoch ein grundlegendes

Design und einige gemeinsame Merkmale, die die Interaktion zwischen den Schülern erleichtern und ihnen helfen, das Gesamtbild zu verfolgen. Ein erstes Spiel wird dabei zu der Thematik der Arbeitnehmerfreiheit und Arbeitsmigration in der Europäischen Union entwickelt. Jeder Teilnehmer spielt auf der Grundlage einer Reihe klar definierter Prioritäten, von denen sich einige mit anderen Akteuren überschneiden. Die Prioritäten sind Teile eines Puzzles, die zusammenpassen müssen, um eine Entscheidung zu treffen. Die Teilnehmer müssen relevante Partner finden und Kompromisse eingehen, um eine Einigung zu erzielen. Alle Änderungen an Prioritäten während des Spiels werden aktualisiert und auf dem Computer angezeigt. Die Spiele auf der Plattform sind wettbewerbsfähig: Sie können alle oder einige Ihrer Prioritäten realisieren oder Einflusspunkte verlieren. Grundsätzlich geht es bei den Spielen jedoch um Zusammenarbeit, die von den Prinzipien des kollaborativen Lernens inspiriert ist, bei dem die Schüler lernen können, indem sie in enger Zusammenarbeit ein gemeinsames Ergebnis erzielen. Die Anzahl der Teilnehmer kann von der Institution oder der Schule bestimmt werden. Es ist jedoch möglich, mit 20 bis 200 Schülern zu spielen. Sie benötigen lediglich Zugang zu Internet, PCs und Smartphones. Die Dauer der verschiedenen Spiele kann zwischen 1,5 und 6 Stunden variieren.



Koordination: Bastian Vajen
Förderung: Erasmus+-Programm (EU)
Volumen: 48.680 €
Laufzeit: 09/2017 - 08/2020





Personal

Grundlage des Instituts für Didaktik der Demokratie sind die hochqualifizierten Mitarbeiter*innen. Ihnen bietet das Institut eine Arbeitsumgebung, die es erlaubt, die individuellen Fähigkeiten gewinnbringend einzusetzen und an neuen Herausforderungen zu wachsen. Das Institut zeichnet sich dabei durch eine Kultur des Lernens für- und voneinander aus, in der gemeinschaftliche und individuelle Projekte umgesetzt werden. Das Institut für Didaktik der Demokratie setzt sich gemeinsam mit seinen Mitarbeiter*innen zum

Ziel, Forschungs- und Transferaktivitäten auf den Feldern von Politischer Bildung und Demokratiepädagogik, Geschichte und Erinnerungskultur sowie den sozialen Herausforderungen der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu bündeln und zu profilieren.

Direktorium

Prof. Dr. Dirk Lange

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

0511/762-5705

lange@idd.uni-hannover.de

Weitere Funktionen:

Professor für Didaktik der Politischen Bildung an der Universität Wien

Wissenschaftliche Leitung des Demokratiezentrum Wien

Honorarprofessor der University of Sydney

Mitglied der Sachverständigenkommission des Deutschen Bundestages „16. Kinder- und Jugendbericht“

Wissenschaftliche Beratung der Gesamtkonzeption „Demokratiebildung“ im Österreichischen Parlament



apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Standort/Kontakt:

Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

0511/762-17449

schmiechen-ackermann@idd.uni-hannover.de

Projekte:

Forschungsverbundprojekt „Cultural Heritage als Ressource?“ (CHER), Sprecher

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961 (Projektleitung und Bearbeitung)

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegsführung“ (Projektleitung)

Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen (Projektleitung)



Dr. Sebastian Fischer

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

s.fischer@ipw.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Sebastian Fischer siehe Seite 65.

Projekte:

DETECT - Enhancing Digital Citizenship
ENTRE@VETSCHOOLS

Modellprojekt zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenzen in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an niedersächsischen Schulen

TEACH

CLIO

MUSIC

ALL4Inclusion



Geschäftsstelle



Juliane Schlenz

Projekte:
Geschäftszimmer
Projektkoordination

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

0511/762-17317
schlenz@idd.uni-hannover.de

Elena Lokshina

Projekte:
Geschäftszimmer
Projektkoordination

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

e.lokshina@ipw.uni-hannover.de

Externe assoziierte Direktor*innen



Prof. Dr. Michele Barricelli

Standort/Kontakt:

Ludwig-Maximilians-Universität
München
Didaktik der Geschichte und Public
History
Historicum, Schellingstr. 12
(Postanschrift: Geschwister-Scholl-
Platz 1, 80539 München)

089/2180-5505
michele.barricelli@lrz.uni-muen-
chen.de



Jun.-Prof. Dr. Inken Heldt

Projekte:
Clarify - Europäischen Fragen auf der Spur
Digital Resistance (DigiRes)
Enhancing Digital Citizenship (DETECT)
Supporting Lecturers in Applying Inquiry Based Learning (Reflect
Lab)
Redaktionelle Mitarbeit MOOC-Demokratiebildung
Promoting Technology Enhanced Teaching in Primary Schools
(primeTECH)

Standort/Kontakt:

TU Kaiserslautern
FB Sozialwissenschaften
Erwin-Schroedinger-Str.
D-67653 Kaiserslautern

Inken.Heldt@sowi.uni-hannover.de

[Qualifikationsarbeit von Inken
Heldt siehe Seite 69.](#)



Prof. Dr. Murray Print

Standort/Kontakt:

The University of Sydney
Faculty of Education and Social
Work
NSW 2006 Australia

+61 2 / 9351-3202
murray.print@sydney.edu.au

Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen

Das Institut für Didaktik der Demokratie beschäftigt zahlreiche Mitarbeiter*innen. Dazu zählen Post-Docs, Doktorand*innen und Nachwuchswissenschaftler*innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und studentische

Hilfskräfte. Zudem gibt es eine Reihe assoziierte Wissenschaftler*innen. In den vergangenen Jahren ist das Institut in seiner Personalstärke deutlich angewachsen.

Ulrich Ballhausen

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

0511/762-14560

ballhausen@idd.uni-hannover.de

Projekte

Durchführung eines berufsbegleitenden Weiterbildungsstudienangebotes für niedersächsische Lehrkräfte im Unterrichtsfach Politik zum Erwerb von Studienleistungen im Rahmen des Quereinstiegs Lehramt für berufsbildende Schulen

Demokratie- und Menschenrechtsbildung in der Erwachsenenbildung. Modulares Fortbildungsangebot für Fachkräfte in der Erwachsenenbildung.

Demokratie- und Engagemententwicklung in der Kommune Barsinghausen

Entwicklung, Umsetzung und Betreuung des MOOCs Citizenship Education



Theresa Bechtel

Standort/Kontakt:

Callinstraße 20, 30167 Hannover

0511/762-17319

bechtel@idd.uni-hannover.de

Projekte:

Clarify – Europäischen Fragestellungen auf der Spur

Teachers4Europe: Setting an Agora for Democratic Culture

Den Fächerverbund Gesellschaftslehre unterrichten



Dr. Wolfgang Beutel

Standort/Kontakt:

Callinstraße 20, 30167 Hannover

0511/762-17317

beutel@idd.uni-hannover.de

Projekt:

Monitor Demokratiebildung



Patrick Bredl

Standort/Kontakt:

Callinstraße 20, 30167 Hannover

bredl@idd.uni-hannover.de

Projekt:

Modellprojekt zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an niedersächsischen Schulen im Rahmen von „Starke Lehrer - starke Schüler“





Jessica Burmester

Projekte:
MUSIC
TEF

Inclusive Citizenship Education to address increasing societal disparity

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

burmester@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Jessica Burmester siehe Seite 64.



Dominik Dockter

Projekt:

Promotion: Ökonomische Interessenvertretung und nationalsozialistischer Gestaltungswille. Die Industrie- und Handelskammer Hannover 1932 bis 1953 (Promotionsstipendium der Stiftung der Deutschen Wirtschaft)

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung

Standort/Kontakt:

Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

dockter@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Dominik Dockter siehe Seite 64.



Elizaveta Firsova

Projekte:

DIMELI4AC - Digital and Media Literacy for Active Citizenship: A Toolkit for Promoting Critical Thinking and Democratic Values
VAI - Volunteering Among Immigrants
TEACH - Targeting Extremism and Conspiracy Theories

Standort/Kontakt:

Callinstr. 22, 30167 Hannover

firsova@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Elizaveta Firsova siehe Seite 65.



Roland Freitag

Projekte:

u.a. Konzeption und Durchführung eines Fernstudienangebots im Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an berufsbildenden Schulen I und II

Standort/Kontakt:

Callinstr. 22, 30167 Hannover

r.freitag@ipw.uni-hannover.de



Sara Alfia Greco

Projekte:

Promotionskolleg „Didaktische Forschung / Citizenship Et Inklusion“

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

sa.greco@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Sara Greco siehe Seite 66.

Dr. Moritz Peter Haarmann**Standort/Kontakt:**

Callinstr. 20, 30167 Hannover

0511/762-5582

haarmann@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Moritz Peter Haarmann siehe Seite 69.

Projekte:

Modellprojekt zur Förderung pädagogischer Handlungskompetenz in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen Positionen an niedersächsischen Schulen; „Politische Ökonomie. Eine politikdidaktische Rekonstruktion der Volkswirtschaftslehre“

DETECT

Digital Resistance

CLIO

**Richard Heise****Standort/Kontakt:**

Callinstraße 20, 30167 Hannover

heise@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Richard Heise siehe Seite 66.

Projekte:

Robot4All

Digital Resistance

All4Inclusion

Dimeli4AC

SchoolsGoGreen

**Dr. Christian Hellwig****Standort/Kontakt:**

Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

0511/762-17447

hellwig@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Christian Hellwig siehe Seite 69.

Projekte:

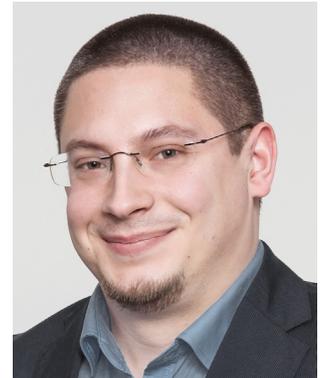
Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-) Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)

Grenzgeschichte(n) – Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg

Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach

**Dr. Steve Kenner****Standort/Kontakt:**

Callinstraße 22, 30167 Hannover

0511/762-14559

steve.kenner@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Steve Kenner siehe Seite 69.

Projekte:

Mitglied im DFG-Forschungsnetzwerk zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratiebildung und politischer Bildung

KLIMA-AKTIV. Klimaschutz aktiv gestalten & politische Handlungskompetenz entwickeln

Monitor Demokratiebildung

Digital Citizenship Education: Understanding Teachers' Perspectives and Practice

Entwicklung des MOOC Citizenship Education / Demokratiebildung

Geschäftsführung des interdisziplinären Leibniz Forschungszentrums

»Center for Inclusive Citizenship« (CINC)

**Dr. Malte Kleinschmidt****Standort/Kontakt:**

Callinstraße 20, 30167 Hannover

m.kleinschmidt@ipw.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Malte Kleinschmidt siehe Seite 69.

Projekte:

CHER – Cultural Heritage als Ressource?

GetInvolved



Ronja Kummer

Standort/Kontakt:
Callinstr. 20, 30167 Hannover
kummer@idd.uni-hannover.de

Tobias Neuburger

Standort/Kontakt:
Callinstr. 20, 30167 Hannover
neuburger@idd.uni-hannover.de

Dr. Holger Onken

Standort/Kontakt:
Callinstr. 20, 30167 Hannover
0511/762-14475
onken@idd.uni-hannover.de



Karolin Quambusch

Projekte:
Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach
Grenzgeschichte(n) – Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg

Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover
quambusch@idd.uni-hannover.de



Arne Schrader

Projekte:
STEPin - Supporting parents to deal with the excessive online time and habits of their children
TEF – Taken, excluded & forgotten
DETECT – Enhancing Digital Citizenship
MUSIC – Making Universities Ready for Social Inclusion and Cultural Diversity
Combat Violence Against Women
Sport for Learning, Learning for Sports

Standort/Kontakt:
Callinstr. 22, 30167 Hannover
arne.schrader@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Arne Schrader siehe Seite 67.



Christiane Schröder

Projekte:
Zwischen Tradition und Wandel. Evangelische Frauenklöster und -stifte in Niedersachsen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Die Calenberger und die Lüneburger evangelischen Frauenklöster und ihre Konvente im Nationalsozialismus (Promotionsprojekt)
Geschäftsführung des interdisziplinären Leibniz Forschungszentrums »Center for Inclusive Citizenship« (CINC)

Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover
0511/762-17449
schroeder-sieroux@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Christiane Schröder siehe Seite 67.

Standort/Kontakt:
Am Schneiderberg 50,
30167 Hannover

0511/762-5710
a.schulze@ipw.uni-hannover.de

Dr. Annette Schulze

Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

ritaseidel@gmx.net

Dr. Rita Seidel

Projekt:

Kontinuitäten und Neuorientierungen: Die „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ und das Fortwirken von personellen Netzwerken am Wissenschaftsstandort Niedersachsen nach 1945



Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

stegmann@idd.uni-hannover.de

Wienke Stegmann

Projekte:

Öl aus Niedersachsen – ein Rohstoff für die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik und Kriegführung
Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961



Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

jana.stoklasa@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Jana Stoklasa siehe Seite 69.

Dr. des. Jana Stoklasa

Projekt:

Cultural Heritage als Ressource? Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert (CHER)



Standort/Kontakt:
Callinstraße 20, 30167 Hannover,

o.stuve@ipw.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Olaf Stuve
siehe Seite 67.

Olaf Stuve



Jan Eike Thorweger

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

jan.thorweger@
idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Jan
Eike Thorweger siehe Seite 68.



Bastian Vajen

Projekte:

CiviMatics - Interdisciplinary mathematic modeling meets civic education

Digital Citizenship Education: Understanding Teachers' Perspectives and Practice

TEACH - Targeting extremism and conspiracy theories

Entwicklung eines strukturbildenden Lehrkonzepts im lehrerbildenden Masterstudiengang für das Fach Gesellschaftslehre als Fächerverbund aus Erdkunde, Geschichte, Politik an Gesamtschulen

Europe Alive - Computer Assisted Simulation for Education

Standort/Kontakt:

Callinstr. 22., 30167 Hannover

0511/762-14561
vajen@idd.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von Bastian
Vajen siehe Seite 68.



Dr. Christoph Wolf

Projekte:

VAI - Volunteering among Immigrants

ENTRE@VETSCHOOLS - Promoting Key Competences (Entrepreneurship) through an integrated Career Orientation Programme and flexible learning pathways for VET students

Teachers4Europe - setting an Agora for Democratic Culture

Trans-flipping the Classroom in an Inclusive Learning Community

EU 1979: A People's Parliament - Democracy, Human Rights and Women's Political Participation

Art, Fascism and Democracy: The Politics of Division versus the Politics of Inclusion

primeTECH - Promoting Technology Enhanced Teaching in Primary Schools

Reflect Lab - Supporting Lecturers in Applying Inquiry Based Learning

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

c.wolf@ipw.uni-hannover.de

Qualifikationsarbeit von
Christoph Wolf siehe Seite 69.

Assoziierte Kolleg*innen und studentische Projektmitarbeiter*innen

Lena Adolf

Projekte:

All 4 Inclusion

Robot 4 All

Arts, Fascism and Democracy

EU 1979: People's Parliament

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

adolff@idd.uni-hannover.de



Mark Bandmann

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

bandmann@idd.uni-hannover.de

Projekte:

Teachers4Europe: setting an Agora for Democratic Culture (T4E)
CiviMatics - Interdisciplinary mathematic modeling meets civic education



Timon Foss-Jähn

Standort/Kontakt:

Callinstr. 20, 30167 Hannover

0511/762-14459

foss-jaehn@idd.uni-hannover.de

Projekt:

Clio - Challenging Hostile Views and Fostering Civic Competences -
Sparkling Moves for VET Teachers



Jelena Fürstenberg

Standort/Kontakt:

Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

fuerstenberg@idd.uni-hannover.de

Projekt:

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der Niedersächsischen Staatskanzlei und des Niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946 bis 1961



Dr. des. Jenny Hagemann

Standort/Kontakt:

Qualifikationsarbeit von Jenny Hagemann siehe Seite 69.

Projekte:

Cultural Heritage als Ressource? Konkurrierende Konstruktionen strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert
Teilprojekt 2: Konstruktionen und Reflexionen zu kulturellem Erbe abseits urbaner Agglomerationsräume. Rural heritage im Hannoverschen Wendland.





Prof. em. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer

Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

hauptmeyer@
hist.uni-hannover.de



Talia Hoch

Projekte:

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-) Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)

Demokratische Neugestalter versus „Verfechter des totalitären Staatsgedankens“? Personal und Politik der niedersächsischen Staatskanzlei und des niedersächsischen Ministeriums der Justiz 1946-1961

Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

hoch@idd.uni-hannover.de



Alexander Hohlfeld

Projekte:

Betreuung der Erasmus+-Projekte (u.a. LEAP und TEACH) und Projektwebseiten

Standort/Kontakt:
Callinstr. 20, 30167 Hannover

hohlfeld@idd.uni-hannover.de



Abelina Junge

Projekt:

Betreuung der Öffentlichkeitsarbeit

Standort/Kontakt:
Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

junge@idd.uni-hannover.de

Standort/Kontakt:

Königsworther Platz 1,
30167 Hannover

marie.kelb@igsschaumburg.de

Marie Kelb**Projekt:**

Vom „Eisernen Vorhang“ zum „Grünen Band“: Grenzerfahrungen
gestern und heute. Ein Projekt zur Entwicklung pädagogischer
Materialien für Schule und Museum über Geschichte und (Nach-)
Wirkungen deutsch-deutscher Grenze(n)

**Standort/Kontakt:**

Callinstr. 20, 30167 Hannover

koch@idd.uni-hannover.de

Pauline Koch**Projekte:**

Trans-Flipping the Classroom in an Inclusive Learning Environment
Entre@VetSchools
Agricultural Policy and Sustainability in Vocational Education (AGRI-
POL)

**Standort/Kontakt:**

Callinstr. 20, 30167 Hannover

masslich@idd.uni-hannover.de

Hanna Masslich**Projekte:**

Art, Fascism and Democracy: The Politics of Division versus the
Politics of Inclusion
EU 1979: A People's Parliament - Democracy, Human Rights and
Women's Political Participation
DIMELI4AC - Digital and Media Literacy for Active Citizenship: A
Toolkit for promoting critical thinking and democratic values
DETECT - Enhancing Digital Citizenship

**Standort/Kontakt:**

Callinstr. 20, 30167 Hannover

nimptsch@idd.uni-hannover.de

Alexander Nimptsch**Projekte:**

Art, Fascism and Democracy: The Politics of Division versus the
Politics of Inclusion
EU 1979: A People's Parliament - Democracy, Human Rights and
Women's Political Participation
STEPin
CLIO

**Standort/Kontakt:**

Callinstr. 20, 30167 Hannover

reimer@idd.uni-hannover.de

Kirstin Reimer**Projekte:**

MUSIC
TEACH





Dr. Christine Schoenmakers

Projekte:

Cultural Heritage als Ressource? Konkurrierende Konstruktionen, strategische Nutzungen und multiple Aneignungen kulturellen Erbes im 21. Jahrhundert (CHER)

Grenzeschichte(n) – Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg

Standort/Kontakt:

c.schoenmakers@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Hon.-Prof. Dr. Thomas Schwark

Standort/Kontakt:

Thomas.Schwark@Hannover-Stadt.de



Dr. Oliver Werner

Projekt:

Kontinuitäten und Neuorientierungen: Die „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ und das Fortwirken von personellen Netzwerken am Wissenschaftsstandort Niedersachsen nach 1945

Standort/Kontakt:

werner.history@gmail.com

Studentische Hilfskräfte

Die Arbeit des Instituts wurde auch in den vergangenen zwei Jahren von zahlreichen studentischen Hilfskräften unterstützt. Wir danken ihnen für die Unterstützung.

John Olufemi Ashamu; Albijona Berisha; Katja Fiedler; Christiane Fischer; Johanna Goray; Denise Hoins; Samia Khallafi; Hannah Neitzke; Kristin Reimer; Ben-Adrian Rieger; Alexander Runge; Ecem Temurtürkan, Ilka Witte

Ehemalige Mitarbeiter*innen

In den vergangenen Jahren haben uns auch einige Mitarbeiter*innen verlassen. Wir möchten uns für ihre Arbeit am Institut an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken und wünschen ihnen für die Zukunft alles Gute.

Marjata Döll, Dr. Norah Barongo-Muweke; Zita Beutler; Dr. Anette Blaschke; Dr. Werner Friedrichs; Florian Fischer; Dr. Claudia Fröhlich; Dr. Daniel Giere; Dorothee Hermanni; Doreen Huget; Lisa Konrad; Oliver Kuttner; Dr. Waltraud Meints-Stender; Dr. Tonio Oeftering; Dr. Henk Oonk; Carina Pniok; Sara Poma Poma; Dr. Bianca Roitsch; alp. Prof. Dr. Axel Schulte; Lena Sebening; Susanne Verena Schwarz

Qualifikationsarbeiten

Laufende Qualifikationsarbeiten

Dem Institut ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein besonderes Anliegen. Die Direktoren betreuen daher zahlreiche Qualifikationsarbeiten zu unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten. Im Folgenden werden die Promotions- und Habilitationsvorhaben vorgestellt, die von den Direktoren des Instituts in den vergangenen Jahren betreut wurden.

Jessica Burmester (Dissertation)

KZ-Gedenkstätten und ihre pädagogischen Programme im Prozess der Europäisierung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Der Prozess der Europäisierung bleibt nicht ohne Wirkung auf die KZ-Gedenkstätten und ihre historisch-politischen Bildungsabsichten. Insbesondere die Europäische Union versucht die geschichtskulturellen Erzählungen und damit verbundene pädagogische Denkfiguren in Europa zu beeinflussen und damit eine kulturelle europäische Integration voranzutreiben. KZ-Gedenkstätten in Deutschland werden aber nicht nur durch diese geschichtspolitischen Steuerungsversuche beeinflusst, sondern gestalten den Prozess der Europäisierung in seiner horizontalen Dimension als Akteure selber mit. Dieses Spannungsverhältnis nimmt die Dissertation in den Blick und fragt nach den Veränderungen der pädagogischen Programme von KZ-Gedenkstätten im Prozess der Europäisierung. Als Materialbasis dienen vor allem die Internetauftritte der KZ-Gedenkstätten sowie Experteninterviews, die jeweils mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) ausgewertet werden.

Dominik Dockter (Dissertation)

Ökonomische Interessenvertretung und nationalsozialistischer Gestaltungswille. Die Industrie und Handelskammer Hannover 1932 bis 1953

Erstbetreuung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Als eigenverantwortliche öffentlich-rechtliche Körperschaften genießen die deutschen Industrie- und Handelskammern ein hohes Maß an Autonomie. Regional und demokratisch organisiert, vertreten sie die Interessen ihrer Mitgliedsunternehmen, übernehmen als unabhängige Institutionen staatliche Aufgaben und fungieren als wichtige Ansprechpartner in wirtschaftspolitischen Fragen.

Auf den ersten Blick kollidiert dieses historisch gewachsene Selbstverständnis mit den Grundzügen der NS-Wirtschaftspolitik. Dementsprechend werden die Industrie- und Handelskammern dem

Nationalsozialismus oftmals konträr gegenübergestellt und ihre „Gleichschaltung“ als rigoroser politischer Eingriff gedeutet. Doch ganz so unvereinbar waren der Nationalsozialismus und die Industrie- und Handelskammern in vielen Fällen nicht, wie das Beispiel der IHK Hannover zeigt. Seit 1932 amtierte mit Ewald Hecker ein Unternehmer an der Spitze des Verbands, der sich für die Machtübertragung an Adolf Hitler eingesetzt hatte, in den Jahren der NS-Herrschaft zu einem überregional bedeutenden Wirtschaftsführer aufgestiegen ist und in dessen Amtszeit der Verband zu einem funktionierenden Glied im nationalsozialistischen Wirtschaftsgefüge wurde. Daran anknüpfend lässt sich fragen: Wie interpretierte die IHK Hannover im Verlauf des „Dritten Reichs“ ihre neuen Aufgaben und Erscheinungsformen? Welche Handlungsspielräume hat der Verband gehabt? Welche Rolle spielte Ewald Hecker, der Beirat und die Geschäftsführung bei der politischen Umgestaltung der Kammer und der niedersächsischen Gewerbelandschaft? Und wie agierte die IHK Hannover bei der Exklusion und Beraubung politisch unerwünschter Minderheiten sowie beim Einsatz von Zwangsarbeitenden in hannoverschen Wirtschaftsbetrieben? Doch nicht nur die Geschichte der hiesigen Industrie- und Handelskammer im Nationalsozialismus wurde bisher sehr bruchstückhaft untersucht, sondern auch ihre Entwicklung nach 1945. Wie gestaltete sich die „Wiedergründung“ der IHK Hannover? Wie bewertete der Verband seine nationalsozialistische Vergangenheit? Welche personellen sowie inhaltlichen Kontinuitäten und Neuansätze lassen sich feststellen? Und wie veränderten sich die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume des Verbands unter demokratischen Bedingungen? In der vorliegenden Studie wird untersucht, wie die ursprünglich demokratisch organisierte und selbstverwaltete IHK Hannover, Teil des politischen und wirtschaftlichen Systems des Nationalsozialismus wurde und wie die Transformation des Verbands in demokratische Verhältnisse nach 1945 gelang. Dadurch werden Erkenntnisse über das Verhältnis von nationalsozialistischem Gestaltungsanspruch und regionalem wirtschaftlichen Handeln sowie über die Anpassungs-, Abgrenzungs-, und Aus-

handlungsprozesse von Wirtschaftsverbänden im Hinblick auf die Anforderungen ihrer politischen Umgebung gewonnen.

Martin Estler (Dissertation)

Das sozioökonomische Bürgerbewusstsein von Berufsschülerinnen und Berufsschülern

Erstbetreuung: Prof. Dirk Lange

Sozioökonomische Bildung steht für die Diskussion, wie politisch-ökonomische Bildung einer ganzheitlichen, disziplinübergreifenden, reflexiv-kritischen Ausrichtung folgen kann. Eine solche Bildung zielt vor allem auf eine Mitbestimmungs- und Gestaltungsfähigkeit der Lebenswelt Wirtschaft. Der Übergang in die duale Berufsausbildung stellt für viele Schüler*innen eine intensive Veränderung ihrer (wirtschaftlichen) Lebenswelt dar. Hier setzt das Promotionsvorhaben an. Subjektive Vorstellungen der Auszubildenden zu den Interdependenzen zwischen Politik und Wirtschaft sowie die sich daraus ergebenden Implikationen für die gesellschaftliche Ordnung sollen durch qualitative Interviews erfasst werden. Hieraus lassen sich didaktische Gestaltungsoptionen ableiten, die einen Beitrag dazu leisten, in der berufsbildenden Politikdidaktik eine machtkritische und auf Mündigkeit basierende Bürgerschaft zu evozieren.

Elizaveta Firsova (Dissertation)

Wirkung des deutsch-israelischen Schüler*innenaustausches auf den Erwerb von Wissen bezüglich des Nahostkonflikts und Abbau von Vorurteilen gegenüber der Fremdgruppe bei Schüler*innen (Arbeitstitel)

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Ziel der Qualifikationsarbeit ist es, die Wirkung des deutsch-israelischen Schüler*innenaustausches im Hinblick auf den Wissensstand, die historisch-politischen Konzepte des Nahostkonflikts und der deutsch-israelischen Geschichte sowie mögliche Vorurteile der teilnehmenden Schüler*innen zu untersuchen. Die Wirkung des Schüler*innenaustausches auf diese Aspekte soll dabei anhand der unterschiedlichen Elemente des Austausches, beispielsweise der Kontakt zu israelischen Schüler*innen, Aktivitäten wie der Besuch geschichtsrelevanter Bildungsstätten sowie Diskussionen zum Nahostkonflikt, evaluiert und das Potential zum Abbau möglicher Vorurteile gegenüber dem Judentum überprüft werden. Methodisch soll die Untersuchung mithilfe eines Pre-Post-Vergleichsgruppendesigns für Schüler*innenaustauschgruppen in Berlin, Brandenburg und Niedersachsen für eine Stichprobe von ca. N=150 Schüler*innen in Treatment- und Vergleichsgruppe durchgeführt werden.

Florian Fischer (Dissertation)

Vorstellungen von Lehramtsstudierenden über Globalisierung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Gegenstand der Dissertation sind Vorstellungen angehender Lehrkräfte über Globalisierung. Leitend ist dabei die Frage nach den subjektiven Zugängen, welche dem jeweiligen Verständnis von Globalisierung zu Grunde liegen. Der Begriff Globalisierung ist ein fester Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses und erfasst vielfältige soziale, politische und ökonomischer Phänomene und Prozesse und ist somit auch ein Begriff von zentraler Relevanz für die politisch-ökonomische Bildung. Er verfügt in seiner definitorischen Weitläufigkeit und Unschärfe allerdings auch über ein bestimmtes Vereinnahmungs- bzw. Ideologiepotential für gewisse gesellschaftliche Interessensgruppen. Deren oftmals einseitiges Anliegen fließt sowohl im Alltagsdiskurs als auch innerhalb des Unterrichts zum Teil recht unreflektiert mit ein. Bei der Nutzung und Vermittlung des Begriffes ist daher ein ausreichendes Maß an Reflexivität und Multiperspektivität erforderlich, um ein grundlegendes Paradigma der politisch-ökonomischen Bildung wie das der Kontroversität nicht zu gefährden und ein für das politisch-ökonomische Lernfeld gewinnbringendes Begriffsverständnis von Globalisierung zu entwickeln. Mit der Untersuchung der vermittelnden Akteursebene der zukünftigen Lehrkräfte will die Untersuchung einen Beitrag in diesem Spannungsfeld leisten und Hinweise für eine entsprechende universitäre Bildungsarbeit geben.

Dr. Sebastian Fischer (Habilitation)

Rechtsextremismus als Herausforderung für die Politische Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dirk Lange

Der Rechtsextremismus stellt eine große Herausforderung für die politische Bildung dar. Diese Arbeit fragt nach den Möglichkeiten, eine nachhaltige Bildungsarbeit im Themenfeld Rechtsextremismus zu entwickeln. Der Ausgangspunkt ist dabei zum einen die Untersuchung der Lernvoraussetzungen von Schüler*innen. Zum anderen wird der Frage nachgegangen, wie Studierende des Lehramtes Politik mit dem Gegenstand Rechtsextremismus umgehen. Das empirisch rekonstruierte Wissen um die Denkweisen von Schüler*innen und angehenden Politiklehrkräften wird ergänzt durch die Untersuchung von Schulbüchern und anderen Unterrichtsmaterialien zum Thema Rechtsextremismus. Konstitutiver Bestandteil der Arbeit ist die Beschäftigung mit denjenigen Diskursen in Politik und Massenmedien, die bestimmte Wahrnehmungen, Ursachenzuschreibungen und Bewertungen des Rechtsextremismus nahelegen. Insbesondere das „Extremismus“-Konzept bietet die Möglichkeit, problematische Haltungen zu skandalisieren.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch, dass die Problemrahmung „Extremismus“ unerwünschte Folgen haben kann. Die Konzentration auf das „Extreme“ lenkt den Blick gewissermaßen weg von denjenigen „normalen“ gesellschaftlichen Strukturen, die radikaleren Ausgrenzungspraxen zugrunde liegen. Die Entwicklung nachhaltiger Bildungsangebote im Bereich der primären Prävention des Rechtsextremismus macht es insgesamt notwendig, den Ermöglichungsbedingungen der extremen Rechten konzeptionell mehr Beachtung zu schenken.

Dr. Claudia Fröhlich (Habilitation)

Die Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter – Die Sanktionierung von Unrecht und Gewalt an innerdeutscher Grenze als eine deutsch-deutsche Rechtsgeschichte

Erstbetreuung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Sara Alfia Greco (Dissertation)

Jugendliche aus dem Straßenkulturmilieu und ihr Verständnis von Gesellschaft und Politik. Eine ethnographische Untersuchung mit Implikationen für die Politische Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Im Rahmen einer mehrjährigen ethnographischen Feldstudie wurden männliche Jugendliche und junge Erwachsene aus dem sogenannten Straßenkulturmilieu begleitet und deren Lebenswelt sowie Vorstellungen und Konzepte zu Gesellschaft und Politik erhoben. Neben Prozessen der Identitätsbildung, Raumaneignung und informellen Ökonomie wurde sich hierbei mit dem Habitus-Konzept der „Straßenkultur“ auseinandergesetzt. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird dies als „Street Culture“ (Ilan, Zdun), „Code of the Street“ (Anderson) oder „Street Capital“ (Sandberg) diskutiert. Weiterhin werden in der Forschungsstudie die Übernahme und Rezeption des Habitus-Konzeptes in jugendkulturellen Szenen und die Nutzung und Vermarktung durch Medien und kommerzielle Anbieter dargestellt, sowie die öffentliche Konstruktion von Straßenkultur als Bedrohungsszenario reflektiert. Dies beinhaltet zudem die Analyse bestehender Bildungskonzepte zur pädagogischen Intervention und Prävention straßenkulturellen Verhaltens von Jugendlichen. Ein Schwerpunkt der Erkenntnisse liegt u.a. auf der Stärkung informeller Bildungsprozesse und der Konzeptionalisierung einer sozialraumorientierten Politischen Bildung.

Richard Heise (Dissertation)

Fake News und Desinformation im digitalen Raum als Thema politischer Bildung“

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Vor dem Hintergrund dynamischer Entwicklungen des Informationsverhaltens in der aktuellen digitalisierten Gesellschaft und den damit verbundenen demokratietheoretischen Problemstellungen,

steht politische Bildung vor der Herausforderung, Strategien zu entwerfen, die einen mündigen und kritischen Umgang mit Informationen mit gesellschaftspolitischem Bezug fördern und somit problematischen Phänomenen, wie Fake News und Desinformation entgegenwirken. Die zunehmende Verlagerung von Öffentlichkeit in den digitalen Raum, führt zu veränderten Rahmenbedingungen für die Suche nach Informationen, für gesellschaftspolitischer Diskurse oder politischer Partizipation. Diese sich dynamisch weiterentwickelnden Rahmenbedingungen sind auf Wechselwirkungen gesellschaftlich-kultureller, wirtschaftlicher und technologischer Faktoren zurückzuführen, die einerseits effektive Möglichkeiten für Informations- und Kommunikationsprozesse entstehen lassen, andererseits aber auch eine stetig wachsende Herausforderung darstellen, sich im digitalen Raum zu orientieren. Insbesondere die wachsende Menge an verfügbaren Informationen, bedingt durch die Archivierung und Aufbereitung von Wissen auf der einen Seite und die sinkenden Hürden für Einzelne, selbst Informationen im Internet zu verbreiten auf der anderen Seite, lässt die Beschaffung und Verarbeitung von Informationen zu einem Wettstreit digitaler Chancen und Risiken werden. Die erhoffte Demokratisierung des Mediensystems durch die Errungenschaften des Web 2.0, das im Gegensatz zu linearen Kanälen von Funk und Fernsehen, flache Hierarchien und interaktive Diskurse verspricht, führt in seiner exponentiellen Pluralisierung und dem Verschwinden konventioneller Gatekeeper zur Verstärkung antidemokratischer Phänomene. Der Rückgriff auf Fake News und lässt eine ebenso beunruhigende, wie unübersichtliche Gemengelage in Bezug auf gesellschaftspolitische Diskurse im Internet entstehen. Ziel ist es daher, das Phänomen Fake News und Desinformation mithilfe der Methode der politikdidaktischen Rekonstruktion zu analysieren und auf Grundlage der daraus resultierenden Erkenntnisse Implikationen für Strategien politischer Bildung zu erarbeiten. Die dementsprechende Fragestellung lautet: Welche Implikationen für Strategien politischer Bildung lassen sich aus der politikdidaktischen Rekonstruktion des Phänomens Fake News und Desinformation ableiten? Entsprechend den Arbeitsschritten der politikdidaktischen Rekonstruktion soll auf Grundlage einer Übersicht über den gesellschaftspolitischen Kontext, der als normative Zielklärung fungiert und einer Beschreibung des lerntheoretischen Rahmens, die fachliche Klärung in Form einer Analyse fachwissenschaftlicher Konzepte und didaktischer Ansätze erfolgen. Dem gegenüber gestellt wird das Ergebnis der Erhebung von Vorstellungen von Schüler*innen zu dem Phänomen Fake News und Desinformation. Diese Gegenüberstellung in Form einer didaktischen Strukturierung soll schließlich die Grundlage

der Herausarbeitung von Implikationen für Strategien politischer Bildung bilden.

Arne Schrader (Dissertation)

Lehrer*innenvorstellungen von Antiziganismus (Arbeitstitel)

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Wolfram Stender

Qualitative Erhebung von

Lehrer*innenvorstellungen zum Phänomen des Antiziganismus. Ausgehend von kontinuierlicher beziehungsweise zunehmender Diskriminierung und Ablehnung von Sinti und Roma in Deutschland durch die Mehrheitsgesellschaft (vgl. Leipziger Autoritarismus-Studie 2018), und der diesbezüglichen, mangelnden Professionalisierung von Lehrkräften (vgl. Strauß 2011), werden Vorstellungen von Lehrer*innen erhoben, um vorliegende Denkmuster zu identifizieren, mittels qualitativer Analyse auszuwerten und daraus Implikationen für die politische Bildung und antiziganismuskritische Bildungsarbeit abzuleiten.

Christiane Schröder (Dissertation)

Die Calenberger und die Lüneburger evangelischen Frauenklöster und ihre Konvente im Nationalsozialismus

Erstbetreuung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Die fünf Calenberger und sechs Lüneburger Klöster werden seit ihrer Gründung im Mittelalter bis heute ununterbrochen von christlich geprägten Frauengemeinschaften bewohnt, auch wenn sie sich nach der Reformation zu weltlichen Damenstiften wandelten. Bis über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus bildeten die Konventualinnen ein relativ homogenes Milieu. Sie entstammten durchweg dem niederen landsässigen Adel und dem Bürgertum der Provinz Hannover, bekannten sich zur protestantischen Konfession und hatten bei ihrem Einzug ins Kloster mindestens ihr 55. Lebensjahr erreicht. Ungeachtet behördlicher Vorstöße, die Klosterordnungen nationalsozialistisch zu überformen, hielten die Konvente an überkommenen klösterlich geprägten Traditionen und christlichen Praxen fest.

Eine nicht quantifizierbare Zahl von Konventualinnen lehnte das Regime ab; zwei von ihnen wurden für ihre Äußerungen („Man soll Hitler nicht unterstützen, sondern sehen, dass dieser Mensch, der das ganze Elend über Deutschland gebracht hat, möglichst bald beiseite geschafft wird“) von der Gestapo verfolgt. Ein größerer Teil der Konventualinnen sympathisierte mit dem Regime; etwa ein Zehntel der zwischen 1933 und 1945 in den Klöstern lebenden Frauen gehörte nachweislich der NSDAP an. Sie begrüßten die Zerschlagung der Weimarer Demokratie ebenso wie Hitlers Vorgehen gegen den „Terror des Bolschewismus“ oder den „Schandvertrag von Versaille“ [sic]. Die zahlreichen Töchter und Tanten von Militäroffizieren in den Konventen verbuchten explizit auch die „Wie-

der Einberufung der noch brauchbaren Offiziere der alten Armee zum activen Heeresdienst“ als „grosse That unseres Führers u. Reichskanzlers“. Folgerichtig begrüßten sie zunächst den von Nazi-Deutschland angestregten Krieg und die ersten Kriegserfolge. Zugleich lassen sich bereits kurz nach der Machtübergabe erste leise, kritische Töne wahrnehmen („Wir müssen uns also immer mehr umstellen u. mit der neuen Zeit abfinden. Leicht wird uns das gewiss nicht“), die sich in den letzten Kriegsjahren steigerten. Nach Zerschlagung des Regimes notierte eine Äbtissin: „Unsere Führung hat uns belogen und betrogen und es ist haarsträubend was alles vorgekommen ist, wovon wir nichts geahnt haben!“

Wie ahnungslos die Konvente tatsächlich waren, ist eine der Leitfragen der Dissertation.

Olaf Stuve (Dissertation)

Männlichkeiten als Reflexionskategorie in der politischen Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Geschlechterpolitische Fragen nehmen in der politischen Bildung eine Randposition ein. Verstärkt gilt dies bezogen auf eine Bearbeitung der Kategorie Männlichkeiten, gelten doch geschlechterpolitische Fragestellungen oft noch als „Frauenthemen“. In Kontexten unterschiedlicher professioneller Felder sowie in queer-feministisch, aktivistisch motivierten Zusammenhängen sind vereinzelt Angebote zu finden, in denen Männlichkeiten reflexiv thematisiert werden. Der Fokus der hier vorgestellten Forschungsarbeit liegt auf diesen bisher wenig entwickelten Praxen einer reflexiven Bildungsarbeit zum Thema. Meine Forschungsfrage lautet: Welches praktische und habitualisierte Wissen zu Männlichkeitsfragen zeigt sich bei Pädagog*innen, die Männlichkeiten zum Thema machen und welche Vorstellungen über Männlichkeit/Männlichkeiten sind damit verbunden? Ich fasse die Personen als Angehörige eines (fachbezogenen) Milieus, die sich pädagogisch mit ähnlichen Herausforderungen befassen. Die von mir interviewten Gesprächspartner*innen stehen in ihrem beruflichen und aktivistischen Alltag vor der Aufgabe, eine bisher wenig entwickelte Auseinandersetzung mit Männlichkeiten auf konkrete Weise bearbeiten zu wollen. Sie müssen je spezifische Antworten auf vergleichbare Handlungsprobleme entwickeln. Im Rahmen problemzentrierter Interviews haben die Interviewpartner*innen die Möglichkeit gehabt, ein Verständnis darüber zu entwickeln, wie sich aus ihrer Sicht die Herausforderungen darstellen. Sie erhielten ebenso die Möglichkeit zu erzählen, wie sie in ihren jeweiligen Kontexten einen vielversprechenden Umgang im Sinne einer geschlechter- und sexualpolitisch emanzipativen Perspektive umsetzen. Die Erhebungsphase ist bereits abgeschlossen und aktuell befinde ich mich in der Phase Analyse mit der dokumentarischen Methode. Von einer sinnrekonstruktiven Analyse verspreche ich mir praktisch verankertes Wissen

über ein /Lernen über Männlichkeiten/ zugänglich zu machen. In einem weiteren Schritt hoffe ich, etwas über die Voraussetzungen zu erfahren, die die Interview-Partner*innen mitbringen bzw. (biographisch) entwickelt haben, um zum Thema Männlichkeiten reflexiv zu arbeiten. Die Ergebnisse der Arbeit sollen Schlussfolgerungen für eine geschlechterreflektierte politische Bildung möglich machen wie auch einen empirischen Beitrag zur Weiterentwicklung kritischer Männlichkeitenforschung leisten.

Jan Eike Thorweger (Dissertation)
Politikunterricht in der inklusiven Schule: Wissenschaftliche und alltagsdidaktische Vorstellungen über inklusiven Politikunterricht als Zugang zur Kompetenzentwicklung von Fachlehrkräften

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange
 Das Forschungsvorhaben ist im Schnittpunkt zwischen fachdidaktischer Theorie und Unterrichtspraxis angesiedelt. Den Ausgangspunkt bildet die sich im allgemeinbildenden Schulwesen abzeichnende Tendenz einer Zunahme des gemeinsamen Unterrichts von Schüler*innen unterschiedlicher Leistungsniveaus sowie mit und ohne zusätzlicher (sonderpädagogischer) Förderbedarfe. Im Zentrum steht dabei die Leitperspektive der Inklusion, die sich auf das Ziel einer umfassenden Teilhabe und Chancengerechtigkeit aller Menschen im Bildungswesen (und darüber hinaus gesamtgesellschaftlich) beruft und mittlerweile auf internationaler, nationaler und Länderebene in Abkommen und Gesetzgebung verankert wurde. Ein inklusiv ausgerichteteter, gemeinsamer Unterricht wird im hier gegebenen Zusammenhang als heterogenitätssensibler Unterricht verstanden, der unterschiedliche Ausgangsbedingungen der Lernenden anerkennt sowie diese offen und produktiv aufgreift. Die schulische politische Bildung ist hier in mehrfacher Hinsicht gefragt: Inklusion kann hier (zugleich) zum Unterrichtsprinzip, zum Unterrichtsthema sowie zur normativen Zielsetzung werden. Die Frage nach einer Fachdidaktik des inklusiven Politikunterrichts ist auf wissenschaftlicher Ebene bisher nur in Ansätzen bearbeitet worden. Deshalb mangelt es derzeit noch an Konzepten für die passgenaue Aus- und Fortbildung von Lehrkräften mit dem Fach Politik. Zugleich kam es im Kontext der Zunahme des gemeinsamen Unterrichts in den vergangenen Jahren an vielen Schulen zu einer Ausweitung der Praxis eines inklusiven Politikunterrichts, der von den Lehrkräften auf der Grundlage ihrer vorhandenen Professionskompetenzen gestaltet und weiterentwickelt wird – auf Grund der vorhandenen fachdidaktischen Fundierungslücke jedoch ohne, dass sie sich dabei auf ein kohärentes Fundament einer inklusiven Politikdidaktik berufen können. Das Forschungsvorhaben setzt an diesem Missverhältnis an und verfolgt einen übergreifenden Ansatz. Über die Erhebung, Analyse und wechselseitige Vernetzung

von wissenschaftlichen und alltagsdidaktischen Vorstellungen zum inklusiven Politikunterricht soll ein Zugang zu einer gleichermaßen theoretisch fundierten wie empirisch informierten inklusiven Politikdidaktik gefunden werden. Hierzu soll der qualitative Forschungsrahmen der politikdidaktischen Rekonstruktion in einer professionsbezogenen Adaption genutzt werden. Zielperspektive ist dabei die Entwicklung von Leitlinien für die wirksame Aus- und Fortbildung von Fachlehrkräften im Hinblick auf den inklusiven Politikunterricht.

Bastian Vajen (Dissertation)
Der Einfluss von schulischer Organisation auf die Heterogenität adoleszenter Freundschaftsnetzwerke (Arbeitstitel)

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange
 Die schulische Sozialisation nimmt im sozialen Entwicklungsprozess von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle ein. Im Rahmen der Schule werden sowohl gesellschaftliche Werte, Normen und Wissensbestände vermittelt, als auch der Zugang zu gesellschaftlichen Positionen im Rahmen einer Leistungsbeurteilung vorstrukturiert (Faustich-Wieland 2002, Fend 2008, S. 45-48, Hummrich und Kramer 2017, S. 14). Sowohl das familiäre Umfeld als auch die Peergroup nehmen darüber hinaus im Prozess der Vergesellschaftung eine wichtige Funktion ein und stehen sowohl mit der Schule als auch untereinander in einem wechselseitigen Verhältnis (Bourdieu 1987, Hummrich und Kramer 2017, Kramer et al 2013, Rürup et al 2015, Shin und Ryan 2014). Andersherum kann ebenso ein Einfluss des individuellen Habitus auf die Struktur der sozialen Beziehungen nachgewiesen werden (Kohl und Henning 2011). Vor dem Hintergrund einer auch in Deutschland vorherrschenden Bildungsexpansion verbunden mit einer sozialen Ungleichheit der Bildungschancen rücken sowohl das familiäre Umfeld als auch die Struktur und Ausgestaltung des schulischen Systems sowie die Freundschaftsbeziehungen in den Mittelpunkt soziologischer, aber auch politikdidaktischer Analysen (Ackermann 1996, S. 94; Bremer 2007, S. 283; Becker und Lauterberg 2016, S. 4, 10-14, 25; Lange, Onken und Slopinski S. 113; Thole und Schoneville 2010, S. 142). Während sich sozialwissenschaftliche Analysen vor allem mit der Untersuchung der vielseitigen Ursachen einer verfestigten Bildungsungleichheit beschäftigen, werden im fachdidaktischen Bereich die Potentiale der schulischen Organisation und unterrichtlichen Ausgestaltung zur Überwindung dieser analysiert. Gerade, wenn das normative Ziel einer inklusiven demokratischen Gesellschaft erreicht werden soll, ist eine Auflösung verfestigter Ungleichheit notwendig (Kleinschmidt und Lange 2017). An dieser Schnittstelle soll das Dissertationsprojekt ansetzen und die Möglichkeiten schulischer Organisation für die Überwindung sozialer Exklusionspraxen untersuchen.

Abgeschlossene Qualifikationsarbeiten

Dr. Johannes Backhaus (Dissertation)

Bürgerbewusstsein in Kambodscha – Zur politikdidaktischen Rekonstruktion von Bildungsmaßnahmen zur Förderung des Bürgerengagements

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Dr. Daniel Giere (Dissertation)

Rezeption historischer Repräsentation digitaler Spielwelten

Erstbetreuung: Prof. Dr. Michele Barricelli

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Christoph Klimmt

Dr. Moritz Peter Haarmann (Dissertation)

Wirtschaft – Macht – Bürgerbewusstsein. Walter Euckens Beitrag zur sozioökonomischen Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange,

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Gerhard Himmelmann

Dr. des. Jenny Hagemann (Dissertation)

Regionales Heritage. Hannoversches Wendland und Lausitz im Vergleich.

Erstbetreuung: alp. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Mathias Bös

Jun.-Prof. Dr. Inken Heldt (Dissertation)

Die subjektive Dimension von Menschenrechten. Zu den Implikationen von Alltagsvorstellungen für die Politische Bildung

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Gerhard Himmelmann

Dr. Christian Hellwig (Dissertation)

Die inszenierte Grenze. Flucht und Teilung in westdeutschen Filmnarrationen während der Ära Adenauer

Erstbetreuung: apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Dr. Andreas Kegel (Dissertation)

„Wie denkst du Politik?“

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Tilman Grammes

Dr. Steve Kenner (Dissertation)

Politische Bildung in Aktion Von der Antirassismus-Initiative bis „Fridays for Future“: Eine qualitative Studie zu Bildungserfahrungen von Schüler*innen in selbstbestimmter politischer Partizipation

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Bernd Overwien

Dr. Malte Kleinschmidt (Dissertation)

Dekoloniale politische Bildung. Eine empirische Untersuchung von Schüler_innenvorstellungen zum postkolonialen Erbe

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Paul Mecheril

Dr. Carolin Kiehl (Dissertation)

Unterricht findet Stadt. Demokratiebildende Koordinaten sozialräumlichen Lernens

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Dr. des. Philipp Legrand (Dissertation)

Partizipation im Bürgerbewusstsein von Bundesfreiwilligen

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Jun.-Prof. Dr. Inken Heldt

Dr. Mercedes Martínez Calero und Dr. Sigurður A. Rohloff (Dissertation)

Spanische Migrantinnen und Migranten der ersten Generation und ihre Nachkommen in Deutschland

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Heiko Geiling

Dr. Sven Rößler (Dissertation)

Rationalität, Krise, Gewalt – Prolegomena zu einer Didaktik der Moderne nach Motiven im politischen Denken Hannah Arendts

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Andreas Eis

Dr. des. Jana Stoklasa (Dissertation)

„Umstrittenes Vermögen: Arbeiterorganisationen und Vergangenheitsblindheit in Wiedergutmachungsverfahren für nationalsozialistisches Unrecht. „

Erstbetreuung: apl. Prof. Dr. Detlef-Schmiechen-Ackermann

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Michele Barricelli

Teresa Willenborg (Dissertation)

Nachkriegszeit in Niederschlesien in den Erinnerungen der deutschen Schlesier (1945–1950)

Erstbetreuung: Prof. Michele Barricelli

Zweitbetreuung: Prof. Dr. Malte Rolf

Dr. Christoph Wolf (Dissertation)

Wie Politiklehrkräfte Antisemitismus denken – Vorstellungen, Erfahrungen, Praxen

Erstbetreuung: Prof. Dr. Dirk Lange

Zweitbetreuung: Jun.-Prof. Dr. Inken Heldt



Veranstaltungen

Die Winterausflüge des IDD 21. Januar 2019 und 8. Januar 2020

Statt im Dezember mit Glühwein und Keksen das vergangene Jahr ausklingen zu lassen, stimmen sich die Angehörigen des IDD mit einem mittlerweile traditionellen Winterausflug im Januar auf das neue Jahr ein. So unterschiedlich die Ziele sind, haben sie eines gemeinsam: Führungen und Expert*innengespräche mit den Leiter*innen oder konzeptionell Verantwortlichen der unterschiedlichen besuchten Einrichtungen gewähren den Teilnehmer*innen des IDD einen Blick hinter die Kulissen von Institutionen der politisch-historischen Bildung und anderen Kultureinrichtungen und die gemeinsamen Diskussionen geben Impulse für die eigene Forschungstätigkeit.

Der Winterausflug 2019 bot Einblicke in die Gestaltung des im Frühjahr 2021 eröffneten Zeit-Zentrums Zivilcourage der Städtischen Erinnerungskultur Hannover. Der Leiter der Städtischen Erinnerungskultur stellte das Ausstellungskonzept anhand einer exklusiven Führung durch den entstehenden Lernort vor und beantwortete in einer sich anschließenden Diskussion über die erinnerungskulturelle Landschaft auch Fragen zur pädagogischen Arbeit.

Während des Winterausflugs 2020 konnten Mitglieder des IDD vertiefte Eindrücke von der

historisch-politischen Bildungsarbeit der Mahn- und Gedenkstätte Ahlem in Hannover gewinnen. Die als Israelitische Gartenbauschule 1893 gegründete jüdische Schule diente der Ausbildung in Handwerks- und gartenbaulichen Berufen und wurde in der Zeit des Nationalsozialismus unter anderem als sogenanntes „Judenhaus“ genutzt; ab 1943 waren ebenfalls ein Gefängnis und eine Dienststelle der Gestapo auf dem Gelände untergebracht. Nach einer Führung mit gedenkstättenpädagogischem Schwerpunkt konzentrierte sich das anschließende Gespräch vor allem auf digitale Medien und Vermittlungsangebote in der historisch-politischen Bildung.



Cultural Heritage as a resource? European perspectives: Manchester and Hanover 10. und 11. Februar 2019

Cultural Heritage als Phänomen, Prozess und Begriff – das steht nicht nur im Fokus der Arbeit von CHER, sondern stellt ein internationales

Forschungsfeld dar. Für einen anregenden Austausch über eigene Institutionen und Perspektiven hinaus organisierte der Verbund daher eine mehrtägige Forschungsreise nach Manchester. In enger Zusammenarbeit mit der Manchester Metropolitan University fand am 11. und 12. Februar 2019 eine gemeinsame Tagung statt, im Rahmen derer sowohl CHER-Mitglieder, als auch britische wie internationale ReferentInnen Einblicke in ihre Forschungsthemen gewährten. Die vielseitigen Perspektiven und Nutzungen rund um Heritage bildeten dabei fruchtbaren Boden für eine weiterführende Zusammenarbeit. Die anschließende Study Visit bot dann Gelegenheit, Eindrücke aus der Praxis des urbanen Heritage-Making zu sammeln und so Forschung und Feld zusammenzuführen.



Das IDD in Australien März/April 2019

Seit 2019 leitet das IDD gemeinsam mit dem Citizenship Education Research Network der Universität Sydney das Projekt „Inclusive Citizenship Education to address increasing societal disparity“.



Seit 2020 beteiligt sich auch die Universität an dem Vorhaben. Das vom DAAD und Universities Australia geförderte Projekt untersucht, welche Rolle ‚Inclusive Citizenship Education‘ an Schulen in Australien, Deutschland und Österreich spielt. Hierzu wurden je Land fünf Schulen besucht und leitfadengestützte Interviews mit Lehrkräften geführt sowie Schulcurricula analysiert. Die erste Erhebungsphase fand im März und April 2019 in Sydney statt und wurde von zwei Forscher*innen des IDD gemeinsam mit Kolleg*innen der Universität Sydney begleitet. Daran schloss sich – in gleicher Team-Zusammensetzung – eine zweite Untersuchungsphase in Hannover und Niedersachsen im Juni 2019 an. Im Oktober 2020

erhoben dann Wissenschaftler*innen der Universität Wien Daten in Österreich. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte das Projekt 2020 jedoch nicht beendet werden. Vorläufige Ergebnisse bestätigen jedoch die Arbeitshypothesen, dass inklusive Schulpraktiken in Australien im Vergleich stärker verankert und umgesetzt werden. Die Anzahl an Unterstützungsprogrammen ist ungleich höher als in Deutschland und Österreich. Dennoch setzen sich inklusive Praktiken auch in den beiden deutschsprachigen Ländern immer mehr durch. Gleichzeitig kann konstatiert werden, dass auch in Australien viele Programme auf einer symbolischen Ebene verbleiben und die Maßnahmen selten Machtstrukturen in Frage stellen.

Besuch aus Japan am Institut für Didaktik der Demokratie 2./3. September 2019

Die beiden Professoren für politische Bildung Mitsuharu Mizuyama (Aoyama Gakuin Universität/ Tokio) und Kotaro Yoshimura (Universität von Miyazaki) besuchten das Institut für Didaktik der Demokratie am 2./3. September 2019, um sich über die Zielsetzungen und Perspektiven der politischen Bildung in Japan und Deutschland auszutauschen. Die Professoren waren insbesondere daran interessiert, welches Selbstverständnis und welche Ziele politische Bildung in Deutschland im Allgemeinen hat, welche spezifischen Ansätze in Hannover verfolgt werden und wie der Schulunterricht im Fach Politik gestaltet ist. In Gesprächen mit Professor Dirk Lange und mit den Forscher*innen des Instituts wurde rege über die Arbeits- und Forschungsbereiche der AGORA, insbesondere Citizenship Education und Demokratiedidaktik sowie über aktuelle Projekte des Instituts für Didaktik der Demokratie diskutiert.

weise die japanische politische Bildung ebenfalls von einer ‚Re-Education‘ durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt. Im Anschluss erfolgte eine rege Diskussion über transnationale Bildungsprojekte unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, die von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen des IDD koordiniert werden. Am zweiten Tag besuchten Prof. Mizuyama und Prof. Yoshimura mit Theresa Bechtel die Tellkampfschule in Hannover, wo sie im Fach Politik hospitierten.



Ein interessantes Ergebnis war, dass die japanische und deutsche politische Bildung, gerade durch ihre historische Kontextualisierung, ähnliche Entwicklungsstufen durchlaufen haben. So war beispiels-



27. Niedersächsischer Tag der Politischen Bildung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Demokratie & Protest – Warum die aktuelle politische Situation Lehrer*innen aller Fächer etwas angeht 2./3. September 2019

Staffelübergabe von Prof. Dr. Tonio Oeftering (links) an den neuen Landesvorsitzenden Dr. Steve Kenner (rechts) (Foto: hepe)



Protest in Zeiten von Corona ist kein einfaches Thema. Durch die Maßnahmen zur Eingrenzung der Corona-Pandemie sehen sich immer mehr Menschen in ihren Grundrechten eingeschränkt und möchten dagegen protestieren. Doch während die einen sich hierbei für die Grundsätze unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft einsetzen, möchten andere Widerstand gegen diese leisten. Wie schwierig die Situation werden kann, hat sich am 29.08.2020 bei den Demonstrationen in Berlin gezeigt. Wer demonstriert hier

mit wem? Was bedeutet dieser Protest für unsere Demokratie? Und warum sollten sich (angehende) Lehrer*innen aller Fächer mit der aktuellen politischen Situation auseinandersetzen? Diesen Fragen haben sich Helene Pachale für die Leibniz School of Education und Steve Kenner für das Institut für Didaktik der Demokratie am 09.09.2020 in einem Online-Talk mit anschließender Diskussion gewidmet.

Ein Zusammenschnitt ist hier nachzuhören: <http://go.lu-h.de/webtalk>

Politische Bildung durch integrativen Unterricht. Theoretische Konzepte und Beispiele für die Unterrichtspraxis 26. September 2019

Am 26. September 2019 fand in der Leibniz Universität Hannover der 27. Niedersächsische Tag der Politischen Bildung statt. Etwa 90 Kolleginnen und Kollegen nahmen an dieser Fachtagung teil. Der Vormittag wurde durch drei Fachvorträge bereichert. Prof. Dr. Silja Graupe referierte zum Thema „Bildung für eine Gemeinsinn-Ökonomie – Befähigung zu lebenspraktischer Urteilskraft und Klugheit im Zeitalter der Globalisierung“, Prof. Dr. Reinhold Hedtke hielt einen Vortrag mit dem Thema „Leitperspektive Soziologie oder Sozialwissenschaft?“ Den Abschluss bildete ein Vortrag von Prof. Dr. Phlipp Staab zum Thema „Digitaler Kapitalismus“. Der Landesvorsitzende Prof. Dr. Tonio Oeftering moderierte anschließend eine Diskussion

mit den drei Vortragenden und den Teilnehmenden der Tagung.

Am Nachmittag fanden vier gut besuchte Workshops unter der Leitung von Julia Bekurs, Prof. Dr. Thilo Harth, Helene Bergmann, Pia Frede und Dr. Justus Goldmann statt.

In der anschließenden Mitgliederversammlung fand die Wahl des Vorstandes statt. Dr. Steve Kenner wurde zum Nachfolger von Prof. Dr. Tonio Oeftering zum Landesvorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) Niedersachsen gewählt.

Kooperationspartner: Institut für Didaktik der Demokratie

Plenum bei dem 27. Tag der Politischen Bildung der DVPB Niedersachsen (Foto: hepe)





Studienreise nach Amsterdam

1.-3. Oktober 2019

Im Austausch mit diversen niederländischen Kolleg*innen wurden dabei nicht nur fruchtbare Gespräche geführt, sondern auch Impulse für künftige Projektideen gesammelt. Im Anne-Frank-Haus und dem Amsterdam Museum diskutierte die Gruppe mit den Verantwortlichen sowohl über Ausstellungs- und Vermittlungskonzepte als auch über Museumspädagogik und Digitalisierung in Museen und an Orten der historischen (und politischen) Bildung. Im International Institute of Social History (IISH) und Institute for War, Holocaust and Genocide Studies (NIOD) stand der wissenschaftliche Austausch im Vordergrund. Außerdem wurde das Duitsland Instituut (DIA) besucht sowie ein typisches niederländisches „Braunes Café“: Hier fand ein Treffen mit zwei leitenden Professorinnen des Heritage Department der University of Amsterdam statt, bei dem sich diverse inhaltliche Anknüpfungspunkte und Anregungen im Hinblick auf sozialgeschichtliche Fragen und Cultural Heritage ergaben.

Vom 1. bis zum 3. Oktober unternahm eine Gruppe von Mitarbeiter*innen unserer historischen Abteilung eine Studienreise nach Amsterdam. Ziel des Aufenthalts war es, in der niederländischen Hauptstadt wissenschaftliche Kontakte aufzubauen, Erfahrungen auszutauschen und neue Forschungsperspektiven zu gewinnen.

Nach drei Tagen intensiver Diskussion und spannender neuer Ansätze ging es für die Gruppe – mit frischen Impulsen und potenziellen Projektideen im Gepäck – zurück nach Hannover.

Workshop „Contested Heritage: Connecting research topics on cultural heritage in Germany and Britain.“

30./31. Oktober 2019

Nach dem ebenso anregenden wie erkenntnisreichen ersten Workshop mit dem Manchester Centre for Public History and Heritage im Februar 2019 konnte nun die gemeinsame Arbeit zum Thema Cultural Heritage weiter ausgebaut werden. Sowohl Kolleg*innen der Manchester Metropolitan University als auch der University of Manchester folgten der Einladung nach Hannover, wo unter dem Motto „Contested Heritage“ weitere Forschungsperspektiven auf britisches wie deutsches Heritage-Making diskutiert werden konnten.

In Anbetracht der derzeitigen politischen Entwicklungen ist es ein Ziel des Verbunds, den grenzüberschreitenden wissenschaftlichen Austausch aufrecht zu erhalten und auszubauen. Denn Cultural Heritage ist ein grenzüberschreitender Forschungsgegenstand, der nicht nur interdisziplinären, sondern auch internationalen Austausches bedarf.

Das fruchtbare Aufeinandertreffen der verschiedenen Disziplinen und Konzepte ermöglichte es sowohl dem Verbund als auch seinen Gästen, die eigenen Beobachtungen in einen größeren Zusammenhang zu setzen und entsprechend zu positionieren.

Kulturerbe, Erinnerungskultur & Kulturelle Bildung. China und Deutschland im transnationalen Vergleich

18./19. November 2019



Unter diesem Titel fand am 18. und 19. November 2019 im Veranstaltungssaal der Ada-und-Theodor-Lessing Volkshochschule Hannover sowie im Leibnizhaus eine interdisziplinäre Fachtagung statt, die das an der LUH angesiedelte Leibniz-Konfuzius-Institut Hannover gemeinsam mit der Tongji-Universität Shanghai organisiert hatte.

Kooperationspartner dieser Veranstaltung waren das Leibniz-Forschungszentrum „Center for Inclusive Citizenship“, der Forschungsprojektverbund „Cultural Heritage as Ressource“, das Institut für Berufspädagogik und Erwachsenenbildung sowie Institut für Didaktik der Demokratie. Mit dieser Fachtagung konnten sehr interessante Kontakte zu chinesischen Kolleg*innen vertieft werden, die im Rahmen einer Delegationsreise der LUH nach Beijing und Shanghai 2018 initiiert worden waren. Dirk Lange moderierte das einführende Panel „Denkweisen und Debatten über Kulturverständnis, kulturelles Erbe und Erinnerungskulturen“, Detlef Schmiechen-Ackermann referierte über „Kulturelles Erbe, Erinnerungskulturen und public history in Deutschland“.

Zur Kooperation zwischen der LUH und chinesischen Kolleg*innen ist inzwischen auch folgender Band erschienen: Steffi Robak u.a. (Hg.), Forschungszusammenarbeit China-Deutschland. Interdisziplinäre Zugänge und transkulturelle Perspektiven, Bielefeld 2020. Er enthält u.a. einen Beitrag von Detlef Schmiechen-Ackermann und Jenny Hagemann zum Thema „Kulturerbe als Ressource der gesellschaftlichen Entwicklung?“. Interessante weiterführende Literatur bietet auch das Themenheft „China(kompetenz)“ der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“, 7-8/2021, 15. Februar 2021.

Professor Yanagisawa von der Universität Kagawa (Takamatsu/Japan) zu Besuch am IDD

4. Dezember 2019

Am 4. Dezember 2019 war der japanische Professor Yoshiaki Yanagisawa (Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Kagawa) am IDD zu Gast. In Japan forscht er vor allem im Feld des Schulmanagements und interessiert sich im Zuge dessen für den Bereich der „Demokratiebildung“. Um diese zu erforschen, reist er seit zehn Jahren immer wieder nach Deutschland und besucht Schulen und Universitäten, wo diese Form der Bildung bereits etabliert ist.

Am IDD begrüßte zunächst Professor Dirk Lange Professor Yanagisawa und beantwortete ihm in einem Interview einige grundlegende Fragen zu Zielen und Perspektiven Politischer Bildung in Deutschland.

Vertiefend fand anschließend daran ein Workshop mit den Wissenschaftler*innen des IDD statt, in dem es zu einer regen Diskussion über die institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Politischer Bildung in Deutschland und die Umsetzung der Demokratiebildung sowohl im Schulsystem als auch auf der Ebene der Didaktik kam.



**„Inklusive Citizenship, Geschlecht und Privileg.“ Fachgespräch mit Prof. Dr. Linda Supik,
Gastprofessorin des Forschungszentrums CINC
20. Januar 2020**

Als aktives Mitglied ist das IDD eng mit dem interdisziplinären Leibniz Forschungszentrum „Center for Inclusive Citizenship“ (CINC) verbunden, das sich in vielfältiger Weise mit Prozessen und Praxen von gesellschaftlicher Teilhabe bzw. Exklusion auseinandergesetzt. Als erstes der derzeit neun Forschungszentren unserer Universität hatte das CINC mit Unterstützung des Hochschulbüros für ChancenVielfalt beim Präsidium die „Gastprofessur für Gender und Diversity“ eingeworben. Diese hatte vom WS 2019/20 bis zum SoSe 2020 die Soziologin Linda Supik mit der Denomination „Gender & Citizenship“ inne.



Staffelübergabe: Helga Gotzmann, zentrale Gleichstellungsbeauftragte der LUH; Prof. Dr. Linda Supik; Prof. Dr. Nicola Oswald (v. l. n. r.)

Im Januar 2020 übergab die vorhergehende Gastprofessorin, die Mathematikerin Nicola Oswald, im Rahmen einer vom Hochschulbüro für ChancenVielfalt organisierten öffentlichen Veranstaltung im Leibnizhaus die Staffel an Linda Supik. Diese konturierte im Anschluss in ihrem Vortrag „Inklusive Citizenship, Geschlecht und Privileg.“

Demokratiethoretische Überlegungen zu einem intersektionalen Spannungsverhältnis“, wie die feministische Theoriebildung und die Genderforschung in den vergangenen Jahrzehnten zeigen konnten, dass sich Ungleichverhältnisse mit herkömmlichen dichotomen Erklärungsansätzen nicht hinreichend analysieren lassen.

**Öffentliche Präsentation der Bestandsanalyse „Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide“ im
Rahmen des Leitprojektes „Grenzgeschichte(n)“
27. Februar 2020**

Seit Oktober 2018 beteiligt sich das IDD als wissenschaftlicher Partner bei der Durchführung des von der Metropolregion Hamburg (MRH) geförderten Leitprojektes „Grenzgeschichte(n)“. Im Einzugsgebiet der MRH befinden sich eine Vielzahl von Museen, Ausstellungen, Erinnerungsorten und Gedenkzeichen, die sich mit der Geschichte der innerdeutschen Grenze auseinandersetzen. Das Projekt wurde von der MRH mit 504.000€ gefördert; zudem beteiligten sich Kreise und kreisfreien Städte Lübeck, Herzogtum Lauenburg, Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, Lüneburg, Lüchow-Dannenberg (Projektträger) und Uelzen mit weiteren 126.000 € an dem Projekt. Das IDD wurde unter anderem mit der Erstellung einer Bestandsanalyse zu den im Einzugsgebiet der Metropolregion agierenden Initiativen betraut, die sich in ihrer Vermittlungsarbeit den Themen Teilung und Grenze widmen.

Kern der Bestandsaufnahme war die Bereisung der einzelnen Einrichtungen, die Datenerhebung erfolgte vor Ort mittels eines speziell für das

Projekt entwickelten Fragebogens zur Selbsteinschätzung der Einrichtungen sowie anhand eines internen Leitfadens für das Projektteam. Der aus der Bestandsanalyse hervorgehende Bericht wurde am 27. Februar 2020 in Lüneburg öffentlich vorgestellt. Der Bericht „Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide. Die ‚Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze‘ in der Metropolregion Hamburg“ kann sowohl auf der Homepage des IDD als auch auf der Projektseite der MRH heruntergeladen werden.

Die IDD-Mitarbeiter*innen Dr. Christine Schoenmakers und Dr. Christian Hellwig übergeben den Bericht an Harald Ottmar (Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg) und Landrat Jürgen Schulz (Landkreis Lüchow-Dannenberg)
Bild: Metropolregion Hamburg



Reflexionen in klösterlicher Klausur 8./9. September 2020

In der kurzen spätsommerlichen Entspannungsphase zwischen den pandemiebedingten Einschränkungen des täglichen Lebens traf sich die historische Abteilung des IDD in der Tagungsstätte des Klostersgutes Wöltingerode bei Goslar am 8. und 9. September 2020 zu einer Teamklausur, um für die Zukunftsplanung wesentliche Fragen gemeinsam zu erörtern. Themen waren beispielsweise:

- Welche Forschungsfelder sind in den nächsten fünf Jahren besonders relevant?
- Mit welchen Themen wollen uns schwerpunktmäßig und vertiefend beschäftigen?
- Welche Ideen haben wir zur Weiterentwicklung des IDD?

Die penible Einhaltung der coronabedingten Schutzmaßnahmen seitens des Tagungshauses ermöglichte uns eine gewinnbringende Möglichkeit für einen – im Jahr 2020 so seltenen – persönlichen Diskurs. Für unsere „Nachwuchswissenschaftler*innen“ gab es einen informativen Block zum Thema „Networking“ und einen inhaltlichen Austausch für potenzielle Bewerbungen um Promotionsstipendien. Gleichermaßen haben wir vor Ort an den



Ideen zur Ausgestaltung des nun online gestellten IDD-Blogs „Abseits der Fußnote“ gearbeitet. Die Teamklausur wurde durch einen Ausblick und das Formulieren von Aufgaben und strategischen Zielen beendet.



Democracy from a Distance – Demokratie auf Distanz: Eine europäische WinterSchool online 25. Januar 2021

„Demokratie auf Distanz“ klingt nicht nur wie eine Konsequenz aus der Corona-Pandemie, sondern auch wie die Umkehrung der Perspektive der Inklusion – des umfassenden, auch Konflikte und deren Lösung einschließenden Miteinanders in der Demokratie. Bei der unter der Leitung von Jun.-Prof. Dr. Inken Heldt, Technische Universität Kaiserslautern, in Kooperation mit dem IDD der Leibniz-Universität Hannover, Prof. Dr. Dirk Lange und Dr. Wolfgang Beutel mit Unterstützung des DAAD durchgeführten viertägigen internationalen WinterSchool für Bildungsfachkräfte aus Wissenschaft und Praxis wurden zwei Diskursrichtungen angesprochen und mit einer internationalen, mitteleuropäischen Partner-Perspektive verknüpft:

Einerseits wurden Aspekte der Pandemie in ihren Folgen für die politische Bildung und der Pädagogik in Praxis und Wissenschaft aufgegriffen, andererseits die dabei beschleunigten, ohnehin vorhandenen Herausforderungen und Konsequenzen der Digitalisierung thematisiert.

Der erste Tag der ausgebuchten WinterSchool wurde als eine öffentliche online-Konferenz abgehalten. „Die große Resonanz auf den öffentlichen Teil der WinterSchool – rund 80 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft und Bildungspraxis – hat bestätigt: Dieses Thema brennt vielen Fachkräften unter den Nägeln, der Bedarf für Austausch und Diskussion ist groß“, so Dr. Wolfgang Beutel (IDD).

Fünf Impulse aus unterschiedlichen Perspektiven – dem europäischen Blickwinkel (Bernt Gebauer vom Hess. KM und Europarat), der Fragen von Unterrichtspraxis im Licht von Digitalisierung und politischer Bildung (Aylin Korte vom Anne-Frank-Bildungszentrum), der digitalen Aspekte formaler politischer Bildung (Tonio Oeftering, DVpB-Vorsitzender), den Folgen dieser Dynamik für die Jugendarbeit und die non-formale Politische Bildung (Karl Weber) sowie der Reduktion von Marginalisierungen feministisch begründeter Ansprüchen in der Digitalisierung (Hannah Lichtenthäler, Heinrich-Böll-Stiftung) – zeigten einen Auftakt, der insbesondere viele im Mainstream der digitalen Entwicklung und unter dem Druck der herausfordernden Handlungsverhältnisse der Pandemie besonders prägnanten Asymmetrien hat sichtbar werden lassen. In den drei auf die eröffnende Konferenz der beiden deutschen

Hannover gemeinsam ausgerichtete WinterSchool gab eine praktische Antwort auf die Frage, wie akademische Kooperationsformen im Austausch von Erfahrungen, Forschungsansätzen und -traditionen trotz der Pandemie über Ländergrenzen hinweg lebendig gehalten werden können", so Projektleiterin Jun. Prof. Dr. Inken Heldt.

Geplant als eine analoge SummerSchool der Begegnung mit Mitgliedern dieser Partner-Hochschulinstitutione, war der schließlich viertägige Bildschirm-Marathon resonanzstark und wurde von allen Teilnehmenden als höchst erfolgreich beurteilt. „Es hat sich dabei gezeigt, dass die aktuellen, global wirkenden Krisenerfahrungen und die dadurch verschärften Dynamisierungseffekte der Digitalisierung beides profilieren: offene Fragen und noch kaum zu beantwortende Aufgaben für eine demokratische Bürger*innenbildung einerseits sowie Ansätze gelingender Integration des Heterogenen in die Demokratie auf der anderen Seite", beurteilt Prof. Dr. Dirk Lange (IDD) diese Ergebnisse.

Die diskursive Kooperation soll in jedem Falle weitergeführt werden! Auf Basis dieser ersten europäischen „WinterSchool" unter Beteiligung des IDD wird nicht zuletzt deshalb im Laufe des Jahres ein Herausgeberband „Demokratie auf Distanz" entstehen.



Das Klostergut Wöttingerode im September 2020

Partner folgenden Tagen übernahmen zunächst die Yerevan State University (Armenien) mit Vorträgen und Diskussionen zu historischen Aspekten der Bürger*innenbildung, die National Dragomanov Pedagogical University (Ukraine) mit Aspekten von fachüberschreitenden Themen der Demokratie – von der Jugendarbeit bis zur Lehrer*innenbildung – sowie am Abschlusstag das Institute of Public Affairs (Georgien) mit variantenreichen Themen einer „Schönen Neuen Welt" – von Hate-Speech, Verschwörungstheorien bis zu fake-News –jeweils die inhaltliche Leitung. Über alle vier Tage waren mehr als 70 Teilnehmende aus den fünf beteiligten Hochschulen und deren Umfeld dabei. „Die von der TU Kaiserslautern und vom IDD der Universität



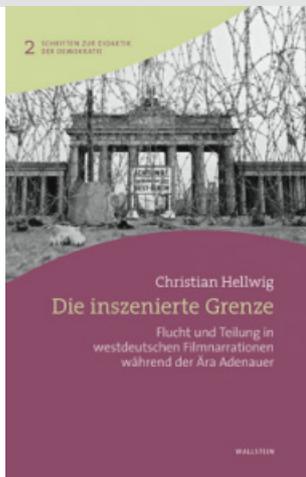
Publikationen

Schriftenreihe des Instituts für Didaktik der Demokratie



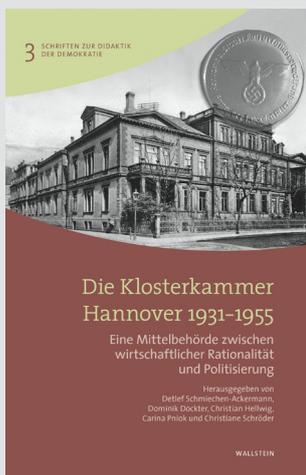
Barricelli, Michele/Junge, Michael/Schmiechen-Ackermann, Detlef (Hrsg.) (2017): Ideologie und Eigensinn. Die Technischen Hochschulen in der Zeit des Nationalsozialismus (Schriften zur Didaktik der Demokratie, Band 1), Hannover, 303 S.

Die Geschichte der Technischen Hochschulen im NS-Staat hat lange Zeit wenig Aufmerksamkeit erfahren. Die Aufarbeitung verlief, gerade im Vergleich zu den traditionellen Universitäten, schleppend. Vielen der betreffenden Institutionen gelang es sogar, ihre Selbstdarstellung als politikferne, ideologiefreie, ja sogar tendenziell widerständige Betriebe aufrechtzuerhalten. Erst die neuere Forschung zeichnet ein wesentlich kritischeres Bild. Dieser Band bündelt den aktuellen Forschungsstand, stellt Begriffe und Kategorien für die weiterhin notwendige wissenschaftliche Aufklärung bereit und eröffnet teils strukturgeschichtliche, teils narrative oder biographische Zugänge. Dabei wird die systemische Bedeutung der Technischen Hochschulen für den Unrechtsstaat, dessen Menschenverachtung und Kriegsführung deutlich.



Hellwig, Christian (2018): Die inszenierte Grenze. Flucht und Teilung in westdeutschen Filmnarrationen während der Ära Adenauer (Schriften zur Didaktik der Demokratie, Band 2), Hannover, 240 S.

Die deutsche Teilung prägte in den 1950er- und 1960er-Jahren den gesellschaftlichen Diskurs während der sogenannten Ära Adenauer. Auch westdeutsche Spielfilmproduktionen reagierten unmittelbar auf die politischen Ereignisse. Während Filme wie »Verspätung in Marienborn« oder »Himmel ohne Sterne« damals gesellschaftspolitisch relevant waren, sind sie mittlerweile weitestgehend unbekannt und bislang nicht als wichtige Quellen deutscher Zeitgeschichte systematisch untersucht worden. Der Autor Christian Hellwig fragt aus mentalitätsgeschichtlicher Perspektive, welche Akzente diese Spielfilme in der damaligen gesellschaftlichen Debatte im zeitlichen Umfeld des Kalten Krieges und des damit verbundenen Systemkonflikts zwischen Ost und West zu setzen versuchten: Wie wurden die Grenze und die Grenzanlagen in diesen Filmen inszeniert? Welche Geschichten wurden im Umfeld der Teilung erzählt, und wie nahmen westdeutsche Filmemacher in dieser Zeit den Kalten Krieg und die Blockkonfrontation wahr?

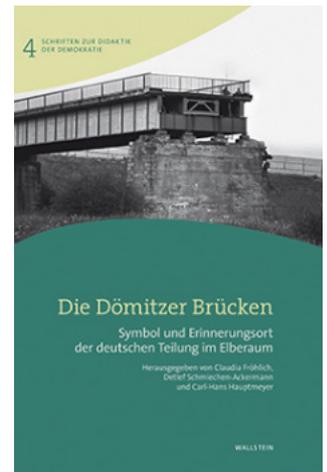


Schmiechen-Ackermann, Detlef/Dockter, Dominik/Hellwig, Christian/Pniok, Carina/Schröder, Christiane (2018): Die Klosterkammer Hannover 1931-1955. Eine Mittelbehörde zwischen wirtschaftlicher Rationalität und Politisierung (Schriften zur Didaktik der Demokratie, Band 3), Hannover, 700 S.

Die Klosterkammer Hannover erlebte in den Jahren 1931 bis 1955 eine erstaunliche Kontinuität: Präsident Albrecht Stalman leitete die Einrichtung über zwei politische Systemwechsel hinweg. Erstmals wird diese Periode in der Geschichte der niedersächsischen Sonderbehörde nun kritisch untersucht. Die Beiträgerinnen und Beiträger decken auf, welche Handlungsspielräume eine regionale Verwaltungsbehörde während des Nationalsozialismus hatte und mit welchen Verhaltensanforderungen sie konfrontiert wurde. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang, wie das Leitungspersonal agierte und sich positionierte. Aber auch die Nachkriegsjahre rücken in den Blick. So prägte eine von Präsident Stalman verfasste Denkschrift zur NS-Zeit die Wahrnehmung der Institutionsgeschichte über Jahrzehnte nachhaltig. Letztlich stellt sich die Frage, inwiefern die Klosterkammer unter diesen Umständen die eigene Haltung reflektierte und ob sie nach 1945 in der Lage war, sich neu zu orientieren.

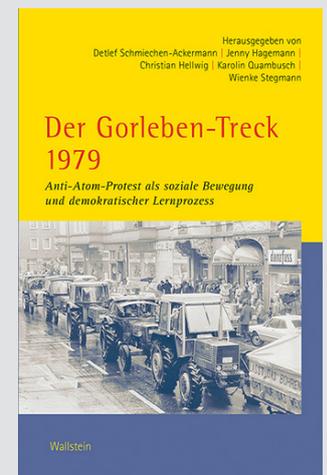
Fröhlich, Claudia/Schmiechen-Ackermann, Detlef/Hauptmeyer, Carl-Hans (Hrsg.) (2021): Die Dömitzer Brücken. Symbol und Erinnerungsort der deutschen Teilung im Elberaum (Schriften zur Didaktik der Demokratie, Band 4), Hannover, 256 S.

Seit 1871 verband die Eisenbahnbrücke bei Dömitz die Prignitz mit dem Hannoverschen Wendland. Von der politisch inszenierten Eröffnung der Straßenbrücke durch die Nationalsozialisten 1936 erzählen zahlreiche Fotos. Am 20. April 1945 zerstörten alliierte Flieger die beiden Dömitzer Elbbrücken. Ihre Ruinen am Ost- und Westufer der Elbe wurden Symbol der deutschen Teilung und Erinnerungsort im Kalten Krieg. Während den DDR-Bürgern der Blick über die Elbe nach Westen verbaut wurde, avancierten die Brückentorsen in der Bundesrepublik zur Ikone in Film und Literatur. Die Ruinen waren ebenso Kulisse politischer Kundgebungen und Gedenkveranstaltungen wie Touristenziel an der innerdeutschen Grenze. Als die Bundesrepublik in den 1970er-Jahren Brückenteile demontieren ließ, protestierten Menschen aus der Region für den Erhalt ihres Erinnerungsortes. Das Buch erzählt die Geschichte der Dömitzer Elbbrücken anhand zahlreicher Fotos, Bilder aus Filmen und zeitgeschichtlicher Dokumente.



Schmiechen-Ackermann, Detlef/Hellwig, Christian/Stegmann, Wienke/Quambusch, Karolin/Hagemann, Jenny (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess (Schriften zur Didaktik der Demokratie, Band 5/ Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Band 309), Hannover, 367 S.

Am 31. März 1979 versammelten sich rund 100.000 Menschen in Hannover, um gegen die Atomkraft und gegen die Errichtung des in Gorleben geplanten Nuklearen Entsorgungszentrums zu protestieren. Die Kundgebung markierte den Abschluss des sogenannten Gorleben-Trecks, der wenige Tage zuvor im Wendland gestartet war. Sie war damit auch Initialzündung für den Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung. Dieses markante Ereignis der niedersächsischen Landesgeschichte jährte sich 2019 zum 40. Mal und wurde zum Gegenstand historischer Auseinandersetzungen und interdisziplinärer Fragestellungen.



Ulrich Ballhausen

- Ballhausen, U. (2019): Digitalisierte Lernformate: Beitrag zu einer diversitätssensiblen Hochschulbildung. In: Schomaker, Cl./Oldenburg, M. (Hrsg.): Forschen, Reflektieren, Bilden. Forschendes Lernen in der diversitätssensiblen Hochschulbildung. Baltmannsweiler, S. 202-212
- Ballhausen, U. (2019): Ökonomisierung- und Entpolitisierungstendenzen in der nonformalen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. In: POLIS, Jg. 23, S. 14-15
- Ballhausen, U. (2019): Citizenship education. Grundlagen und Grundverständnisse der non-formalen politischen Bildung als Studienangebot. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Jg. 50, S. 61-62
- Ballhausen, U./Bielenberg, I./ Erben, F. (2019): 60 Jahre AdB – 60 Jahre Mitgestaltung der Demokratie. In: Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Jg. 50, S. 35-41
- Ballhausen, U./Lange, D. (2020): Schule als Lernort der Demokratie. In: Zeitschrift für pädagogische Führung, Jg. 31, S. 44-49

Prof. Dr. Michele Barricelli

- Barricelli, M. (2020): Historisch-kulturelles Lernen und kulturelle Bildung. Ein Beispiel für lebensweltlich bedeutsame Erinnerungskultur. In: Gloe, M./Oeftering, T.: Politische Bildung meets Kulturelle Bildung. Baden-Baden, S. 159-175.
- Barricelli, M. (2020): Comment on the conference „Holocaust Education Revisited - Near but far“. In: Ballis, A./Gloe, M. [Hg.]: Holocaust education revisited. Wiesbaden, S.413-421.
- Barricelli, M. (2020): Problemorientiertes Erzählen und historisches Lernen. In: Christian Heuer/Manfred Seidenfuß: Problemorientierung revisited. Zur Reflexion einer geschichts-didaktischen Wissensordnung. Berlin, S. 95-108.
- Barricelli, M./Gloe, M. (2020): Gorleben – Ein Fall für die historisch-politische Bildung. In: Detlef Schmiechen-Ackermann/Jenny Hagemann/Christian Hellwig/Karolin Quambusch/Wienke Stemann (Hrsg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen, S. 284-299.

- Barricelli, M./Liebrandt, H. (2020): Vom change of heart zu den Grundlagen verantwortlichen Handelns in der lernenden Demokratie. Die Aufarbeitung nationalsozialistischer Vergangenheit in Deutschland aus geschichtsdidaktischer Sicht. In: Liebrandt, Hannes/Barricelli, Michele (Hrsg.): Aufarbeitung und Demokratie. Perspektiven und Felder der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Deutschland. Frankfurt/Main, S. 9-33.
- Liebrandt, H./Barricelli, M. (Hrsg.) (2020): Aufarbeitung und Demokratie. Perspektiven und Felder der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Deutschland. Frankfurt/Main.
- Barricelli, M. (2019): Sprache und interkulturelles Geschichtslernen. Eine diversitätssensible Annäherung. In: Christiane Bertram/Andrea Kolpatzik (Hrsg.): Sprachsensibler Geschichtsunterricht. Von der Theorie über die Empirie zur Pragmatik. Frankfurt/Main, S. 25-42.
- Barricelli, M./Gloe, M. (2019): Neue Dimensionen der Zeugenschaft. Digitale 2D/3D-Zeugnisse von Holocaust-Überlebenden aus fachdidaktischer Sicht. In: Jahrbuch für Politik und Geschichte 7/2016-2019, S. 45-65.
- Barricelli, M./Ballis, A./Gloe, M. (2019): Interaktive digitale 3-D-Zeugnisse und Holocaust Education - Entwicklung, Präsentation und Erforschung. In: Anja Ballis/Markus Gloe (Hrsg.): Holocaust Education Revisited. Wahrnehmung und Vermittlung, Fiktion und Fakten, Medialität und Digitalität. Wiesbaden, S. 403-436.
- Barricelli, M. (2019): Translation: Von der Theorie zur Empirie und zurück. Drei Vorschläge für den Weg. In: M. Waldis/B. Ziegler (Hrsg.): Forschungswerkstatt Geschichtsdidaktik 17. Beiträge zur Tagung „geschichtsdidaktik empirisch 17“. Bern, S. 24-40.
- Barricelli, M. (2019): Zum Gedenken an das Unrecht der NS-Zwangsarbeit als Aufgabe der Erinnerung in Deutschland. In: *Erinnern! Aufgabe, Chance, Herausforderung.* (Hrsg.) Stiftung Gedenkstätte Sachsen-Anhalt 1, S. 70-82.
- Barricelli, M. (2019): Geschichtsdidaktischer Zwischenhalt. Beiträge aus der Tagung «Kompetent machen für ein Leben in, mit und durch Geschichte» in Eichstätt vom November 2017. Münster, S.43-58.
- Barricelli, M. (2019): Spurensuche und Erzählung - Historisches Lernen an Kriegsgräberstätten. In: *Spurensuche - 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges.* (Hrsg.): Landesverband Bayern im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. München, S. 2-5.
- Theresa Bechtel**
Bechtel, T. (2020): 30 Jahre deutsche Einheit - ost- und westdeutsche Ein(zel)heiten. In: Deutsche Vereinigung für Politische Bildung: POLIS. 2/2020Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 10-12.
- Lange, D./Bandmann, M./Bechtel, T. (2019): Ein europäischer Marktplatz der Ideen. Das Projekt „Teachers4Europe: Setting an Agora for Democratic Culture“. In: DAADeuroletter, H. 66, S. 22-23.
- Bechtel, T. (2019): Clarify. Europäischen Fragen auf der Spur - Eine achtstündige Unterrichtseinheit zum Lernfeld Europäische Union. In: Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. (Hrsg.): Politik unterrichten. Jahrgang 34. Heft 2019. S. 72-73.
- Dr. Wolfgang Beutel**
Beutel, W./Gloe, M./Himmelmann, G./Lange, D./Reinhardt, V./Seifert, A. (Hrsg.) (2021): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt/M.: Wochenschau-Verlag (im Druck).
- Beutel, W. (2021): Schule ohne Diskriminierung? Ein Beitrag zum Umgang mit Menschen- und Kinderrechten. In: Manfred L. Pirner/Michaela Gläser-Zikuda/Michael Krennerich (Hrsg.): Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen im Kontext Schule. Frankfurt, M.:
- Beutel, W. (2021): Demokratisches Handeln und Schule - Gründe und Beispiele für Demokratiebildung. In: Franzmann, Elisabeth/Berkemeyer, Nils/May, Michael (Hrsg.): Wie viel Verfassung braucht der Lehrberuf? Weinheim: Beltz-Juventa, S. 175-187.
- Banz, K./Beutel, W./Förster, M./Schindler, J. (Hrsg.) (2020): Geflüchtete in der Lehrerbildung. miteinander Demokratie lernen. Frankfurt/M.
- Berkessel, H./Beutel, W./Frank, S./Gloe, M./Grammes, T./Welniak, C. (Hrsg.) (2020): Demokratie als Gesellschaftsform. Jahrbuch Demokratiepädagogik Bd. 7. Frankfurt/M.
- Beutel, W. (2020): Demokratiebildung oder Demokratiepädagogik? Eine aktuelle Debatte zu einer notwendigen Aufgabe der Schule. In: *Pädagogische Führung*, H. 2, S. 50-53.
- Beutel, W. (2020): Immer wieder in der Diskussion - Der Beutelsbacher Konsens. In: *Berkessel/Beutel et al.*, S. 96-110.
- Beutel, W. (2020): „Demokratisch Handeln“ - 30 Jahre Projekte in Schule und Jugendarbeit und ein Wettbewerb. In: *Berkessel/Beutel et al.*, S. 335-344.
- Beutel, W. (2019): Thüringen 19_19 und Demokratie-Dialog: 70 Jahre Grundgesetz. In: BpB (Hrsg.): Demokratie ganz nah - 16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz. Bonn: BpB, S. 254-267.

- Beutel, W./Feurich, A. (2020): Wirkungsanalysen und Demokratieforschung – der Beitrag von Wettbewerb und Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. In: Burth, Hans-Peter/ Reinhardt, Volker (Hrsg.): Wirkungsanalyse von Demokratie-Lernen. Budrich Academic Press: Opladen/Berlin/Toronto, S. 189-205.
- Beutel, W./Gloe, M. (2020): Demokratiekompetenzen? ... aus der Perspektive von Unterricht und Schule – Ein Thesenpapier. In: Berkessel/ Beutel et al., S. 187-203.
- Beutel, W./Gloe, M. (2020): Die neuen KMK-Beschlüsse: (k)ein großer Wurf? In: Berkessel/ Beutel et al., S. 396-406.
- Beutel, W./Hagen, C. (2020): Demokratie in der Schule – auf uns kommt es an! In: Berkessel et. al., S. 345-347.
- Beutel, W./Welniak C. (2020): Die Werkstatt „Demokratie lernen – Partizipation gemeinsam gestalten“. Ein Kooperationsprojekt zur demokratischen Schulentwicklung. In: Berkessel et. al., S. 232-240.
- Beutel, W./Fruth, S./Schindler, J. (2020): Demokratie als Gesellschaftsform – Beispiele aus dem Wettbewerb „Demokratisch Handeln“ 2018_19. In: Berkessel et. al., S. 205-214.
- Beutel, W./Fruth, S./Schindler, J. (2020): Prävention durch Demokratiepädagogik? Beispiele demokratischen Handelns in Schulen aus Baden-Württemberg. In: Lehren und Lernen, 46. Jg., H. 11, S. 8-13
- Förster, M./Beutel, W./Fauser, P.r (Hrsg.) (2019): Angegriffene Demokratie? Zeitdiagnosen und Einblicke. Frankfurt/M.
- Beutel, W./Kretschmer, W. (2019): Gute Schulen sind demokratische Schulen! Schulleitung und Mitwirkung als Kriterien von Schulqualität. In: Schulverwaltung spezial, 21. Jg., H. 3, S. 116-119.
- Ruberg, C./Beutel W. (2019): Sozial, ökologisch, gerecht. Was Mädchen aktiv werden lässt. In: Biermann, Christine/Stecher, Ludwig/Steiner, Christine (Hrsg.): Schüler 2019 – Mädchen, S. 113-15.
- Berens, C./Beutel, W. (2019): Demokratie entert Schule – bis zu 600 Schüler_Innen arbeiten an der demokratischen Schule! In: Gloe, Markus/ Rademacher, Helmolt (Hrsg.) (2019): Jahrbuch Demokratiepädagogik 6. Demokratische Schule als Beruf. Frankfurt/Main.
- Beutel, W./Feurich, A. (2019) Lehrerfortbildung mal anders. Schüler*innen leiten Fortbildungen für Lehrkräfte. In: Gloe, Markus/Rademacher, Helmolt (Hrsg.) (2019): Jahrbuch Demokratiepädagogik 6. Demokratische Schule als Beruf. Frankfurt/Main.
- Patrick Bredl**
- Bredl, P./Lange, D. (2020): Emanzipation. In: Achour, S/Massing, P./Meyer-Heidemann, C./ Busch (Hrsg.): Wörterbuch Politikdidaktik. Frankfurt/Main. S. 61-63.

Dominik Dockter

- Dockter, D. (2021): Unpolitische Expertenarbeit oder nationalsozialistischer Planungseifer? Heinrich Wiepkings NS-Vergangenheit und die Gründung der Hochschule für Gartenbau und Landeskultur in Hannover, in: Detlef Schmiechen-Ackermann/Oliver Werner (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Raumwissenschaften, der Landes- und Stadtplanung nach 1945. Bedingungen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Transformation und erfolgreicher Demokratisierung in Niedersachsen. Hannover (in Vorbereitung)

Elizaveta Firsova

- Firsova, E./Wolf, C. (2020): Lehrkräfte und Schüler*innen im Fokus einer antisemitismussensiblen Bildungsarbeit. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): „Wis-sen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus. Band 8.“ Jena, S. 238-249.

Dr. des. Jenny Hagemann

- Schmiechen-Ackermann, D./Hagemann, J./Hellwig, C./Quambusch, K./Stegmann, W. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen.
- Hagemann, J. (im Druck): Zwischen Anerkennung und Andersartigkeit: „Das Sorbische“ als immaterielles Erbe und regionale Identität in der Lausitz. In: Groschwitz, H./Wolf, G. u.a. (Hrsg.): Kulturerbe als kulturelle Praxis – Kulturerbe in der Beratungspraxis. München.
- Hagemann, J. (2020): Kulturerbe als Ressource der gesellschaftlichen Entwicklung? (gem. mit Detlef Schmiechen-Ackermann). In: Robak, S./ Zizek, B./Hu, C./Stroth, M. (Hrsg.): Forschungszusammenarbeit in China-Deutschland. Interdisziplinäre Zugänge und transkulturelle Perspektiven. Bielefeld, S. 91-108.
- Hagemann, J. (2020): Protest als Cultural Heritage? Demokratieverständnis, Region und Erbe im Hannoverschen Wendland. In: Schmiechen-Ackermann, D./Hagemann, J./Hellwig, C./ Quambusch, K./Stegmann, W. (Hrsg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen, S. 207-218.
- Hagemann, J. (2020): Helden- und Feindbilder im Blockbusterkino: Vlad III. als „last defender of Europe“ und der Islam in Dracula Untold. In: Bareither, C. u.a. (Hrsg.): Mediated Pasts – Popular Pleasures. Medien und Praktiken popkulturellen Erinnerns. Würzburg, S. 157-172.
- Hagemann, J. (2019): Kunst und Kultur als Initialzündung für regionale Entwicklung: das Hannoversche Wendland. In: Danielzyk, R. u.a.: Erfolgreiche metropolferne Regionen. Das Emsland und der Raum Bodensee-Oberschwaben.

Herausgegeben von der Wüstenrot-Stiftung. Laatzten, S. 278-285.

Prof. Dr. Carl-Hans Hauptmeyer

- Hauptmeyer, C. H. (2020): Erfolgreiche metropolenferne Regionen, in: urbanLab Magazin. Fachzeitschrift für Stadt- und Quartiersplanung, S. 10-17.
- Hauptmeyer, C. H. (2020): Erfolgreiche metropolenferne Regionen in Deutschland. Das Beispiel Emsland, in: Christine van den Heuvel u.a. (Hg.), Perspektiven der Landesgeschichte. Festschrift für Thomas Vogtherr (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 312), Göttingen, S. 595-615.
- Hauptmeyer, C. H. et. al. (2020): Rotary unter dem Nationalsozialismus. Lehren aus der Geschichte – für die Zukunft, Freiburg 2019.
- Hauptmeyer, C. H. et. al. (2019): Rotary under Nazi Rule. Learning from the past for a better future, Freiburg (gemeinsam mit Hermann Schäfer u.a.).
- Hauptmeyer, C. H. et. al. (2019): Erfolgreiche metropolenferne Regionen. Das Emsland und der Raum Bodensee-Oberschwaben, Ludwigsburg.
- Hauptmeyer, C. H. (2019): Müssen sich Historische Kommissionen neuen Aufgaben widmen? In: #historisierend, Karls Geschichte(n), Festblog zum 65. Geburtstag von Karl Heinz Schneider, <https://geschichten.hypothesos.org/78>.

Dr. Christian Hellwig

- Hellwig, C.; Quambusch, K.; Schoenmakers, C. (2020): Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide. Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg. Eine Bestandsaufnahme. Hannover.
- Schmiechen, Ackermann, D.; Hagemann, J., Hellwig, C.; Quambusch, K, Stegmann, W. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen.
- Hellwig, C.: Populärkulturelle Mahnungen? Anti-Atom-Protest und atomarer Super-GAU als fiktionalisiertes Filmevent. In: Schmiechen, Ackermann, D.; Hagemann, J., Hellwig, C.; Quambusch, K, Stegmann, W. (Hrsg.): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen 2020, S. 300-319.

Marie Kelb

- Kelb, M. (2019): Populisten erzählen den Jeanne d'Arc-Mythos. In: Populismus und Schule. Historisch-politische Urteilsbildung und Wertorientierung in einem populistischen Umfeld. Hrsg.: Lange, Friedrich und Friedrich Huneke

u.a., Wochenschau-Verlag, Schwalbach/Ts, S.168-179.

- Kelb, M. (2019): Demokratisch oder nicht? Die Missachtung des Spitzenkandidatenprinzips bei der Wahl des EU-Kommissionsvorsitzenden. (gemeinsam mit Robert Kühne) In: Zeitenwende 45' – Aufbruch in ein neues Europa. Unterrichtsideen und Materialien. Hrsg.: Volksbund dt. Kriegsgräber Fürsorge e.V., Friedrich Verlag, Seelze, S. 62-67.
- Kelb, M. (2019): Inhaltliche Gestaltung der didaktischen Erkundungsbögen zur Ausstellung „Zeitenwende Europa 45“. Hrsg.: Volksbund dt. Kriegsgräberfürsorge e.V. Landesverband Niedersachsen, (als Material zur Ausstellung für Schulen und andere Bildungseinrichtungen).

Dr. Steve Kenner

- Haarmann, M.; Kenner, S.; Lange, D. (Hrsg.) (2020): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung. Wiesbaden: Springer VS.
- Kenner, S. (2020): Politische Bildung. Citizenship Education in Germany from marginalization to new challenges. In: Journal of Social Science Education (JSSE) Vol. 19, No. 1 (2020), 118-135. (Double-Blind-Peer-Review) Hier online lesen: www.jsse.org/index.php/jsse/article/view/1618/3546
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Bürgerbewusstsein und politische Partizipation im digitalen Zeitalter. Herausforderungen für die Politische Bildung. In: Die Deutsche Schule, Vol. 112, No. 2 (2020), 174-187. (Double-Blind-Peer-Review)
- Kenner, S. (2020): Politische Bildung – Bildungsaufgabe mit Verfassungsrang? In: Haarmann, M. P.; Kenner, S.; Lange, D. (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS Verlag, S.38-41.
- Kenner, S.; Wohnig, A. (2020): Zwischen Anerkennung und Frustration. Erfahrungen junger Menschen mit politischer Partizipation und politischem Protest. In: Oeftering, T.; Szukala, A. (Hrsg.): Protest und Partizipation. Baden-Baden: Nomos, S. 109-130.
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Demokratiebildung. In: Achour, S. / Busch, M. / Meyer-Heidemann, C. / Massing, P. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S.48-51.
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Digitalisierung als Herausforderung für politische Bildung. Im Spannungsfeld von inklusiven Praxen und neuen Formen der Exklusion. In: Albrecht, A.; Bade, G.; Eis, A.; Jakubczyk, U.; Overwien, B. (Hrsg.): Wann, wenn nicht jetzt? Politische Bildung in der Schule stärken. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag, S. 233-248.

- Kenner, S.; Lange, D. (2019): Schule als Lernort der Demokratie. In: Zeitschrift für Pädagogik und Theologie, Band 71, Heft 2 (2020), S. 120-130. (Double-Blind-Peer-Review)
- Kenner, S.; Lange, D. (2019) Digital Citizenship Education. Challenge and Opportunity. In: Scuola democratica. Learning for Democracy, No. 4 (2019) (Special issue: Education and Postdemocracy), p.47-55. Hier online lesen: <https://www.rivisteweb.it/issn/1129-731X/issue/7899#>
- Kleinschmidt, M.; Kenner, S.; Lange, D. (2019): Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. In: Natarajan, R. (Hrsg.): Sprache, Flucht, Migration: Kritische, historische und pädagogische Annäherungen. Wiesbaden: Springer VS, S. 407-416.
- Kenner, S.; Lange, D. (2019): „Wir bestimmen mit!“ – Demokratie erfahrbar machen. In: Die Grundschule. 9-2019 (Demokratische Schule). S. 6-10. Hier online lesen: <https://www.westermann.de/anlage/4618082/Wir-bestimmen-mit-Demokratie-erfahrbar-machen>
- Kenner, S. (2019): Politische Bildung mit dem Zukunftsforum: selbstbestimmt, nachhaltig, politisch! In: POLIS Jg. 23 / Heft 3 (2019), S. 21-24.
- Dr. Malte Kleinschmidt**
- Kleinschmidt, M. ; Lange, D. (2020): Demokratie in der Migrationsgesellschaft. Inclusive Citizenship Education als Forschungsperspektive für die politische Bildung. In: Hentges, G. (Hrsg.): Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise? Gesellschaftsdiagnosen und Herausforderungen für die politische Bildung. Frankfurt/Main, S. 194-210.
- Kleinschmidt, M. ; Lange, D. (2019): Inclusive Citizenship in der Migrationsgesellschaft. Ein empirisch-analytischer Forschungsansatz. In: Unimagazin der Leibniz Universität Hannover, S. 56-59.
- Kleinschmidt, M. ; Kenner, S.; Lange, D. (2019): Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. In: Natarajan, Radhika (Hrsg.): Sprache, Flucht, Migration: Kritische, historische und pädagogische Annäherungen. Wiesbaden, S. 407-416.
- Prof. Dr. Dirk Lange**
- Amesberger, H.; Goetz, J.; Halbmayr, B.; Lange, D. (2021): Kontinuitäten der Stigmatisierung von ‚Asozialität‘. Perspektiven gesellschaftskritischer Politischer Bildung. Wiesbaden.
- Lange, D.; Reinhardt, V. (2021): Basiswissen Politische Bildung. Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. (Bd.1). 2. unveränderte Auflage. Baltmannsweiler.
- Reinhardt, V.; Lange, D. (2021): Basiswissen Politische Bildung. Forschung, Planung und Methoden Politischer Bildung. (Bd. 2). 2. unveränderte Auflage. Baltmannsweiler.
- Oeftering, T.; Meints-Stender, W.; Lange, D. (2020): Hannah Arendt. Lektüren zur politischen Bildung. Wiesbaden.
- Lange, D. (2020): Partizipationsformen in Wien. Wien.
- Haarmann, M. P.; Kenner, S.; Lange, D. (2020): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Bürgerbewusstsein – Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung. Wiesbaden.
- Huneke, F.; Lange, D.; Schmiechen-Ackermann, D.; Ehlers, A.; Wernstedt, R. (2020): Populismus und Schule. Historisch-politische Urteilsbildung und Wertorientierung in einem populistischen Umfeld. Frankfurt/M.
- Amesberger, H.; Goetz, J.; Halbmayr, B.; Lange, D.: Kontinuitäten der Stigmatisierung von ‚Asozialität‘. Einführende Perspektiven im Kontext gesellschaftskritischer Politischer Bildung. In: Amesberger, H.; Goetz, J.; Halbmayr, B.; Lange, D. (2021) (Hrsg.): Kontinuitäten der Stigmatisierung von ‚Asozialität‘. Perspektiven gesellschaftskritischer Politischer Bildung. Wiesbaden, S. 1-11.
- Lange, D. (2021): Historisches Lernen. In: Lange, D.; Reinhardt, V. (Hrsg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. (Bd.1), 2. unveränderte Auflage. Baltmannsweiler, S. 609-615.
- Lange, D. (2021): Politik im Alltag. In: Lange, D./Reinhardt, V. (Hrsg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. (Bd.1), 2. unveränderte Auflage. Baltmannsweiler, S. 335-341.
- Lange, D. (2021): Politikbewusstsein und Politische Bildung. In: Lange, D.; Reinhardt, V. (Hrsg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. (Bd.1), 2. unveränderte Auflage. Baltmannsweiler, S. 213-221.
- Lange, D. (2021): Politikdidaktische Rekonstruktion. In: Reinhardt, V.; Lange, D. (Hrsg.): Forschung, Planung und Methoden Politischer Bildung. (Bd.2), 2. unveränderte Auflage. Baltmannsweiler, S. 47-54.
- Meints-Stender, W.; Lange, D. (2020): Politische Bildung als Bildung politischer Urteilskraft: Arendts Perspektive. In: Oeftering, T.; Meints-Stender, W.; Lange, D. (Hrsg.): Hannah Arendt. Lektüren zur politischen Bildung. Wiesbaden, S. 31-40.
- Oeftering, T.; Meints-Stender, W.; Lange, D. (2020): Hannah Arendt – Lektüren zur Politischen Bildung: Vorwort. In: Oeftering, T.; Meints-Stender, W.; Lange, D. (Hrsg.): Hannah Arendt. Lektüren zur politischen Bildung. Wiesbaden, S. V-XIV.

- Urban, J.; Möller, L.; Lange, D. (2020): Welche Kompetenzen für die Digital Citizens der Zukunft? Digital Citizenship Education und Subjektorientierung am Beispiel des Projektes Digital Resistance. In: Fritz, J.; Tomaschek, N. (Hrsg.): Digitaler Humanismus. Menschliche Werte in der virtuellen Welt. University - Society - Industry, Band 9. Münster, S. 145-158.
- Lange, D.; Straub, S. (2020): Demokratiebildung im österreichischen Parlament - heute und in Zukunft, Parlament online.
- Kleinschmidt, M.; Lange, D. (2020): Demokratie in der Migrationsgesellschaft. Inclusive Citizenship Education als Forschungsperspektive für die politische Bildung. In: Hentges, G. (Hrsg.): Krise der Demokratie - Demokratie in der Krise? Gesellschaftsdiagnosen und Herausforderungen für die politische Bildung. Reihe des Sir Peter Ustinov Instituts. Frankfurt/M., S. 194-210.
- Haarmann, M. P.; Kenner, S.; Lange, D. (2020): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung. Eine Hinführung. In: Haarmann, M. P.; Kenner, S.; Lange, D. (Hrsg.): Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Bürgerbewusstsein - Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung. Wiesbaden, S. 1-6.
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Digitalisierung als Herausforderung für politische Bildung: Im Spannungsfeld von inklusiven Praxen und neuen Formen der Exklusion. In: Albrecht, Achim; Bade, Gesine; Eis, A.; Jakubczyk, U.; Overwien, B. (Hrsg.): Jetzt erst recht: Politische Bildung! Bestandsaufnahme und bildungspolitische Forderungen. Frankfurt/M., S. 233-249.
- Lange, D. (2019): Jetzt ist die richtige Zeit für Demokratiebildung (Interview). In: Gloe, M.; Rademacher, H. (Hrsg.): Demokratische Schule als Beruf. 6. Jahrbuch Demokratiepädagogik. Schwalbach/Ts., S. 29-36.
- Lange, D. (2019): Politische Bildung in sozialen Bewegungen. Der Gorleben-Widerstand. In: Gorleben-Archiv e.V (Hrsg.): „Mein lieber Herr Albrecht...!“ Wie der Gorleben-Konflikt eine Region veränderte. Lüchow, S. 174-176.
- Kleinschmidt, M.; Kenner, S.; Lange, D. (2019): Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft. In: Natarajan, R. (Hrsg.): Sprache, Flucht, Migration - Kritische, historische und pädagogische Annäherungen. Wiesbaden, S. 407-415.
- Bredl, P.; Lange, D. (2020): Emanzipation. In: Achour, S.; Busch, M.; Massing, P.; Meyer-Heidemann, C. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M., S. 61-63.
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Demokratiebildung. In: Achour, S.; Busch, M.; Massing, P.; Meyer-Heidemann, C. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M., S. 48-51.
- Lange, D. (2020): Civil Society and Civic Education. In: Anheier, H. K.; Toepler, S. (Hrsg.): International Encyclopedia of Civil Society. Springer, Cham. Online verfügbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-319-99675-2_135-1.
- Kleinschmidt, M.; Lange, D. (2021): Inclusive Citizenship als Bildungspraxis - provisorische Leitlinien. In: POLIS, Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung, H 01/2021, S. 22-24.
- Vajen, B.; Kenner, S.; Wolf, C.; Lange, D. (2021): Politikdidaktische Rekonstruktion und Bürgerbewusstsein: Eine exemplarische Aufarbeitung demokratiebezogener Vorstellungen. In: Herausforderung Lehrer*innenbildung, Zeitschrift zur Konzeption, Gestaltung und Diskussion, 4 (2), S. 112-128.
- Reichert, F.; Lange, D.; Chow, L. (2021): Educational beliefs matter for classroom instruction: A comparative analysis of teachers' beliefs about the aims of civic education. In: Teaching and Teacher Education, 98. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1016/j.tate.2020.103248>.
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Bürgerbewusstsein, politisches Lernen und Partizipation im digitalen Zeitalter. In: Die deutsche Schule, 112 (2), S. 178-191.
- Lange, D.; Ballhausen, U. (2020): Schule als Lernort der Demokratie. In: Pädagogische Führung, 31 (2), S. 44-49.
- Kenner, S.; Lange, D. (2020): Digital Citizenship Education. Challenge and Opportunity. In: Scuola Democratica. Learning for Democracy, 10 (4), S. 47-55.
- Kenner, S.; Lange, D. (2019): „Wir bestimmen mit!“ Demokratie erfahrbar machen. In: Grundschule, H. 09/2019 (Themenheft „Mittendrin - statt nur dabei“), S. 6-10.
- Meints-Stender, W.; Lange, D. (2019): Interview mit Oskar Negt - „Humanität benötigt Bindungen, die der Kapitalismus zerstört“. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 176/Jg. 75, S. 28.
- Lange, D.; Kleinschmidt, M. (2019): Inclusive Citizenship in der Migrationsgesellschaft. Ein empirisch-analytischer Forschungsansatz. In: Unimagazin, H. 3/4, S. 56-59.
- Bandmann, M.; Bechtel, T.; Lange, D. (2019): Ein europäischer Marktplatz der Ideen. Das Projekt „Teachers4Europe: Setting an Agora for Democratic Culture“. In: DAADeuroletter, H. 66, S. 22-23.
- Lange, D. (2019): Ein wichtiger Teil der Schulkultur. Interview. In: Erziehung & Wissenschaft, H. 07-08/2019, S. 10-11.
- Kenner, S.; Lange, D. (2019): Schule als Lernort der Demokratie. In: Zeitschrift für Pädagogik und Theologie, 71 (2), S. 120-130.

Möller, L.; Lange, D. (2019): Solidarität und Gruppenidentität. In: Mittnik, P.; Lauss, G.; Schmid-Heher, S. (Hrsg.): Politische Handlungsfelder zwischen Interessen- und Identitätspolitik. Was wir wollen und wer wir sind. Wien, S. 10-15.

Karolin Quambusch

Hellwig, C.; Quambusch, K.; Schoenmakers, C. (2020): Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide. Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg – Eine Bestandsaufnahme [Innenansichten. Beiträge zur Didaktik der Demokratie, 3] Hannover.

Schmiechen-Ackermann, D.; Hagemann, J.; Hellwig, C.; Quambusch, K.; Stegmann, W. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979, Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen.

Fiedler, K.; Quambusch, K. (2020): „Vom Wendland nach Hannover. Eine illustrierte Chronologie des Protestzuges, in: Schmiechen-Ackermann, D.; Hagemann, J.; Hellwig, C.; Quambusch, K.; Stegmann, W. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979, Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen, S.25 –43.

Quambusch, K. (2020): „Geschichtslernen mit mobilen digitalen Medien. Ein interaktiver „App-Rundgang“ für das Smartphone“, in: Schmiechen-Ackermann, D.; Hagemann, J.; Hellwig, C.; Quambusch, K.; Stegmann, W. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979, Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen, S.233–252.

Quambusch, K. (2020): Das Leitprojekt „Grenzgeschichte(n)“ der Metropolregion Hamburg – Eine Bestandsaufnahme der „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“, in: Museum Festung Dömitz (Hrsg.): Der Festungskurier. Beiträge zur Mecklenburgischen Landes- und Regionalgeschichte vom Tag der Landesgeschichte am 09.11.2019 in Dömitz, 30 Jahre Grenzöffnung, [Schriftenreihe des Museum Festung Dömitz, Band 20], Norderstedt, S.9–23.

apl. Prof. Dr. Detlef Schmiechen-Ackermann

Schmiechen-Ackermann, D.; Hagemann, J.; Hellwig, C.; Quambusch, K.; Stegmann, W. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020.

Schmiechen-Ackermann, D., Der Gorleben-Treck als markantes Ereignis der niedersächsischen Landesgeschichte, in: Ders. u.a. (Hrsg.), Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, Göttingen 2020, S. 58–73.

Schmiechen-Ackermann, D., Krisen, Konflikte, Skandale und demokratische Problembewältigung in der niedersächsischen Landeszeitgeschichte von 1946 bis in die 1970er Jahre, in: van den Heuvel, C. u.a. (Hrsg.), Perspektiven der Landesgeschichte. Festschrift für Thomas Vogtherr, Göttingen 2020, S. 573–593.

Schmiechen-Ackermann, D.; Huneke, F.; Lange, D.; Ehlers, A.; Wernstedt, R. (Hrsg.), Populismus und Schule. Historisch-politische Urteilsbildung und Wertorientierung in einem populistischen Umfeld, Frankfurt am Main 2020.

Schmiechen-Ackermann, D., „Extremismus der Mitte“ – Wiederholt sich Geschichte? Populistische Bewegungen im historischen Vergleich in Deutschland, in: Huneke, F. u.a. (Hrsg.), Populismus und Schule. Historisch-politische Urteilsbildung und Wertorientierung in einem populistischen Umfeld, Frankfurt am Main 2020, S. 24–41.

Schmiechen-Ackermann, D.; Hagemann, J., Kulturerbe als Ressource der gesellschaftlichen Entwicklung?, in: Robak, S. u.a. (Hrsg.), Forschungszusammenarbeit China – Deutschland. Interdisziplinäre Zugänge und transkulturelle Perspektiven, Bielefeld 2020, S. 91–107.

Schmiechen-Ackermann, D., Landesgeschichte und Landeszeitgeschichte an Universitäten, in: Mecking, S. (Hrsg.), Landeszeitgeschichte (= Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 70, 2020), S. 319–340).

Schmiechen-Ackermann, D., Zugehörigkeitsgefühle, multiple „Gläubigkeit“ und das Momentum der Veränderung. Auf der Suche nach Erklärungen für stabile wie auch sich verändernde Verhaltensmuster und Orientierungen in sozial-moralischen Milieus und gesellschaftlichen Teilgruppen, in: Blaschke, O.; Großbölting, T. (Hrsg.), Was glaubten die Deutschen 1933–1945?, Frankfurt am Main u.a. 2020, S. 41–54.

Schmiechen-Ackermann, D., Revolutionen, Zäsuren und gesellschaftliche Umwälzungen im 19. und 20. Jahrhundert in Nordwestdeutschland – die Jahrestagung der Historischen Kommission am 1. und 2. Juni 2018 in Wolfenbüttel, in: Niedersächsisches Jahrbuch f. Landesgeschichte 91 (2019), S. 7–11.

Schmiechen-Ackermann, D., „Extremismus der Mitte“? Aufstieg und Machtdurchsetzung der NSDAP in Niedersachsen, in: Niedersächsisches Jahrbuch f. Landesgeschichte 91 (2019), S. 97–112.

Dr. Christiane Schoenmakers

Schoenmakers, C. (2020): The "Legal" Theft of Jewish Assets: The German Gold Discount Bank (Dego). In: Kreutzmüller, C.; Zatlín, J. R. (Hrsg.): Dispossession: Plundering German Jewry, 1933–1953. Ann Arbor, S. 71–103.

- Hellwig, C.; Quambusch, K.; Schoenmakers, C. (2020): Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide. Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg – Eine Bestandsaufnahme. Hannover.
- Schoenmakers, C. (2019): ‚Volksgemeinschaft‘ als gesellschaftliche Umwälzung? Zur Mobilisierungskraft einer sozialen Idee 1933–1945. In: Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen (Hrsg.): Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 91 (2019). Göttingen, S. 113–131.
- Schoenmakers, C. (2019): Schwierige Annäherung. Der Umgang mit dem Erbe der DDR in Berlins Stadtmitte (1989/90–2020). In: Zeitgeschichte-online, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/schwierige-annaeherung>.
- Schoenmakers, C.; Stoklasa, J. (2019): Wenn die Vergangenheit zur Ressource wird. Urban heritage in Berlin und Breslau. In: Zeitgeschichte-online, URL: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wenn-die-vergangenheit-zur-ressource-wird>.
- Arne Schrader**
 Firsova, E.; Schrader, A. (2019): Enhancing Digital and Media Literacy – an interim conclusion. In: CPD Policy Blog. Online abrufbar unter: <https://policyblog.uni-graz.at/2019/11/enhancing-digital-and-media-literacy-an-interim-conclusion/>.
- Christiane Schröder**
 Schröder, C. (2020): Die niedersächsischen Frauenklöster im Nationalsozialismus – eine weithin unbekannt Welt. In: Blaschke, O.; Großbölting, T. (Hrsg.): Was glaubten die Deutschen zwischen 1933 und 1945? Religion und Politik im Nationalsozialismus. Frankfurt/New York, S. 183–195.
- Dr. Sebastian Fischer**
 Fischer, S. (2020): Politische Bildung und Rechtspopulismus. Möglichkeiten zur Gestaltung einer an den Ursachen des Rechtspopulismus ansetzenden Bildungsarbeit. In: Ehlers, A.; Lange, D.; Schmiechen-Ackermann, D./Wernstedt, R. (Hrsg.): Populismus und Schule. Historisch-politisches Urteilsvermögen und Werteorientierung in einem populistischen Umfeld. Schwalbach/Ts., S.102–120.
- Fischer, S. (2020): Rechtsextremismus heute – Aufgaben der politischen Bildung. In: POLIS – Report der deutschen Vereinigung für politische Bildung. Heft 1, S.16–18.
- Fischer, S. (2020): Handlungskompetenz gegen antidemokratische Positionen. Eine Fortbildung von Lehrkräften im Themenfeld Rechtsextremismus. In: PÄDAGOGIK, Heft 4, S.36–38.
- Fischer, S. (2020): Rechtsextremismus. In: Achour, S.; Busch, M.; Masing, P.; Meyer-Heidemann, C. (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt/M., S.210–213.
- Fischer, S. (2019): Rechtsextremismus als Herausforderung für den Unterricht. Empirische Zugänge und didaktische Perspektiven. In: Achour, S.; Schedler, J.; Elverich, Gabi (Hrsg.): Rechtsextremismus in Schule, Unterricht und Lehrkräftebildung, Wiesbaden, S.111–120.
- Fischer, S. (2019): Was denken angehende Politiklehrerinnen und Politiklehrer über Rechtsextremismus? In: GWP. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung. Heft 3, S.341–354.
- Wienke Carolin Stegmann**
 Schmiechen-Ackermann, D.; Hagemann, J.; Hellwig, C.; Quambusch, K.; Stegmann, W. (Hrsg.) (2020): Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess. Göttingen.
- Dr. des. Jana Stoklasa**
 Stoklasa, J. (2020): The Transformation of German Consumer Cooperatives after the Second World War. In: Acta Universitatis Carolinae – Studia Territoria Vol. 20, No 1, Charles University Karolinum Press, S. 45–70. <https://stuter.fsv.cuni.cz/index.php/stuter/issue/view/56/showToc>
- Christine van den Heuvel/Henning Steinführer/Gerd Steinwascher (Hrsg.) unter Mitwirkung von Josef Dolle/Jana Stoklasa (2020): Perspektiven der Landesgeschichte. Festschrift für Thomas Vogtherr, Göttingen. <https://www.wallstein-verlag.de/9783835337473-perspektiven-der-landesgeschichte.html>
- Day, D./Stoklasa, J. (2020): The Legacy of a Cultural Elite: The British Olympic Association. In: História: Questões & Debates. História do Esporte, Vol. 68, No. 2. <https://revistas.ufpr.br/historia/issue/view/3019/showToc>
- Stoklasa, J. (2019): Rezension zu: Norbert Frei und Dominik Rigoll (Hg.): Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA. Göttingen, 2017. In: Special Issue of Acta Universitatis Carolinae – Studia Territoria, Vol. 19, No.2. <https://stuter.fsv.cuni.cz/index.php/stuter/issue/view/54/showToc>
- Stoklasa, J. (2019): Urban heritage in Breslau nach 1989. Zwischen Erinnerung und Zukunftsvision. In: Zeitgeschichte-online, Oktober 2019. <https://zeitgeschichte-online.de/themen/urban-heritage-breslau-nach-1989>
- Schoenmakers, C./Stoklasa, J. (2019): Wenn die Vergangenheit zur Ressource wird. Urban heritage in Berlin und Breslau.

In: Zeitgeschichte-online, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wenn-die-vergangenheit-zur-ressource-wird>

Stoklasa, J. (2019): Cultural Heritage as a Resource? European Perspectives: Manchester and Hannover, Februar 2019 am Manchester Centre for Public History and Heritage, Manchester Metropolitan University, UK. <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8245>

Bastian Vajen

Vajen, B., Kenner, S., Wolf, C. & Lange, D. (2021). Politikdidaktische Rekonstruktion und Bürgerbewusstsein. Eine exemplarische Aufarbeitung demokratiebezogener Vorstellungen. In: HLZ – Herausforderung Lehrer*innenbildung – Zeitschrift zur Konzeption, Gestaltung und Diskussion 4 (2). <https://doi.org/10.11576/hlz-2696>

Vajen, B./Wolf, C. (2021 [i.E.]): Verschwörungstheorien als Herausforderung für die politische Bildung. In: Politik unterrichten. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung Niedersachsen.

Dr. Christoph Wolf

Wolf, C. (2021): Wie Politiklehrkräfte Antisemitismus denken – Vorstellungen, Erfahrungen, Praxen. Bürgerbewusstsein (Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung). Springer VS, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-33387-4>

Firsova, E./Wolf, C. (2021): Lehrkräfte und Schüler*innen im Fokus einer antisemitismussensiblen Bildungsarbeit. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antisemitismus, Band 8. Jena, S. 238–249. https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WSD8/WsD8_Beitrag_Elizaveta_Firsova_Christoph_Wolf.pdf

Vajen, B., Kenner, S., Wolf, C. & Lange, D. (2021). Politikdidaktische Rekonstruktion und Bürgerbewusstsein. Eine exemplarische Aufarbeitung demokratiebezogener Vorstellungen. In: HLZ – Herausforderung Lehrer*innenbildung – Zeitschrift zur Konzeption, Gestaltung und Diskussion 4 (2). <https://doi.org/10.11576/hlz-2696>

Vajen, B./Wolf, C. (2021 [i.E.]): Verschwörungstheorien als Herausforderung für die politische Bildung. In: Politik unterrichten. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung Niedersachsen.

Wolf, C. (2021 [i.E.]): Zur Rekonstruktion subjektiver Vorstellungen – Wie denken Politiklehrkräfte Antisemitismus? In: Firsova, E. et al. [Hrsg.]: Methoden der politikdidaktischen Theoriebildung und empirischen Forschung. Wochenschau Verlag, Frankfurt a. M.

Innenansichten

Beiträge zur Didaktik der Demokratie

Mit der Reihe „Innenansichten. Beiträge zur Didaktik der Demokratie“ etablieren wir ein Publikationsorgan, das aktuellen Forschungsprojekten und Diskussionsbeiträgen Platz bietet. Insgesamt bietet die Reihe Raum für Beiträge von Studierenden, Forschenden und Lehrenden, die in oder in Verbindung mit unserem Arbeitsbereich an der Leibniz Universität Hannover forschen und schreiben. Dabei verfolgen wir zum einen das Interesse, unsere Diskussionen und Erkenntnisse einer interessierten Öffentlichkeit transparent zu machen. Zum anderen zielt die Reihe auch darauf, intern neue Formen des Austausches zu ermöglichen.



Hellwig, Christian/Schoenmakers, Christine/Quambusch, Karolin (2020): Von der Ostsee bis in die Lüneburger Heide. Die „Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze“ in der Metropolregion Hamburg. Eine Bestandsaufnahme (Innenansichten, Beiträge zur Didaktik der Demokratie, Band 3), Hannover, 183 S.



Kleinschmidt, Malte/Lange, Dirk (2016): Empirische Forschungsergebnisse von subjektiven Vorstellungen von Lernenden für die politische Bildung. Eine Kartographie (Innenansichten, Beiträge zur Didaktik der Demokratie, Band 1), Hannover, 49 S.

Garrelts, Sarah/Schmiechen-Ackermann, Detlef/Schröder, Christiane (Hrsg.) (2018): Alles im grünen Bereich. Zum 70. Geburtstag von Carl-Hans Hauptmeyer (Innenansichten Beiträge zur Didaktik der Demokratie, Band 2), Hannover, 50 S.



Bürgerbewusstsein

Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung

Bürgerbewusstsein bezeichnet die Gesamtheit der mentalen Vorstellungen über die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit. Es dient der individuellen Orientierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und produziert zugleich den Sinn, der es dem Menschen ermöglicht, vorgefundene Phänomene zu beurteilen und handelnd zu beeinflussen. Somit stellt das Bürgerbewusstsein die subjektive Dimension von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Es wandelt sich in Sozialisations- und Lernprozessen und ist deshalb zentral für alle Fragen der Politischen Bildung. Das Bürgerbewusstsein bildet mentale Modelle, welche die gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse subjektiv verständlich, erklärbar und anerkennungswürdig machen.

Zuletzt erschienen:



Wolf, C. (2021): **Wie Politiklehrkräfte Antisemitismus denken – Vorstellungen, Erfahrungen, Praxen. Bürgerbewusstsein (Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung).** Springer VS, Wiesbaden.

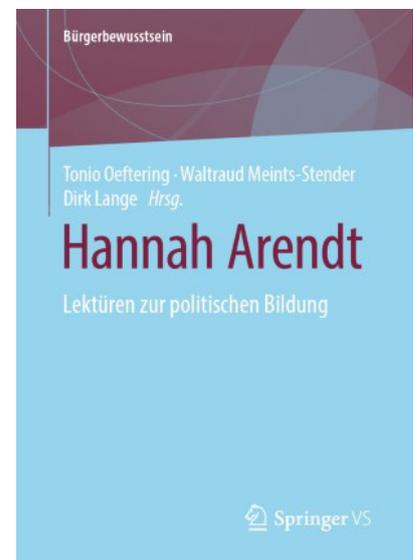
Die qualitative Studie geht der Frage nach, wie Politiklehrkräfte Antisemitismus denken. Im Mittelpunkt stehen somit die subjektiven Vorstellungen sowie schulischen Erfahrungen und Praxen der Lehrkräfte. In der Analyse werden diese systematisch zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über Antisemitismus in Bezug gesetzt. Ein Ergebnis ist, dass trotz anti-antisemitischer Grundhaltungen der Befragten auch immer wieder antisemitische Denkmuster reproduziert oder antisemitische Äußerungen und Handlungen im schulischen Alltag übersehen oder relativiert

werden. Die Untersuchung liefert abschließend Hinweise hinsichtlich einer nachhaltigen und subjektorientierten Gestaltung von Fortbildungsangeboten.

Oeffering, T.; Meints-Stender, W.; Lange, D. (Hrsg.) (2020): **Hannah Arendt. Lektüre zur politischen Bildung. Bürgerbewusstsein (Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung).** Springer VS, Wiesbaden.

Hannah Arendts Philosophie des Politischen ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zum Klassiker avanciert. Ihr emphatischer Begriff des Politischen wird in der Sozialphilosophie und in der politischen Theorie kontrovers debattiert. In jüngster Vergangenheit ist auch in der politischen Bildung eine deutliche Zunahme der Arendt Rezeption zu verzeichnen, in der auf ganz unterschiedliche Weise auf ihre Schriften Bezug genommen wird. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes nehmen dies zum Anlass, bildungspolitische Zugänge und Lektüren von Hannah Arendts Schriften zu präsentieren, um damit ihren grundlagentheoretischen Beitrag zur politischen Bildung zu erfassen.

Mit Beiträgen von Fred Dewey, Jerome Kohn, Wolfgang Heuer, Ingo Juchler, Dirk Lange, Bettina Lösch, Helgard Mahrtdt, Waltraud Meints-Stender, Ingeborg Nordmann, Tonio Oeffering und Elisabeth Young-Bruehl



Haarmann, M. P.; Kenner, S.; Lange, D. (Hrsg.) (2020): **Demokratie, Demokratisierung und das Demokratische. Aufgaben und Zugänge der Politischen Bildung, Bürgerbewusstsein (Schriften zur Politischen Kultur und Politischen Bildung).** Springer VS, Wiesbaden.

Die Beiträge des Sammelbandes widmen sich dem Verhältnis der Politischen Bildung gegenüber der Demokratie, der Demokratisierung und dem Demokratischen. Der Fokus liegt dabei auf der Frage, wie Politische Bildung auf die gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie reagieren kann und welcher institutionellen Verankerung Politischer Bildung es bedarf, um dem Demokratie-Auftrag von Gesellschaft hinreichend nachzukommen. Besondere Bedeutung gewinnt dabei die Auseinandersetzung mit den möglichen Räumen für politisches Lernen im schulischen und außerschulischen Kontext.



Vorträge

Ulrich Ballhausen

- „Re-Politisierung internationaler Jugendarbeit. Neue Perspektiven oder zurück zu alten Paradigmen.“ Fachtagung, Essen/digital, 02.11.2020
- „Demokratiebildung in der Schule am Beispiel des MOOCs citizenship education.“ Fachtagung, Paderborn/digital, 13.11.2020
- „Demokratie in der Krise. Einschätzungen und Herausforderungen.“ Fachtag, Gifhorn, 15.10.2020
- „Demokratie in der Krise. Einschätzungen und Herausforderungen.“ Fachtag, Uelzen, 24.09.2020
- „Politische Bildung in der Jugendarbeit.“ Fachtag, Hameln, 10.12.2019
- „Die Bibel als Gestaltungsimpuls für die Demokratie.“ Predigt, Hannover, 15.12.2019
- „Linke Militanz und politische Bildung. Ein Tagungskommentar.“ Fachkongress, Bamberg, 13./14.11.2019
- „Wie zeitgemäß sind Curriculum und Lehrer:innenausbildung des Unterrichtsfachs Politik.“ Fachkongress, Wittenberg, 18.09.2019
- „Politik, politisches Interesse und politische Bildung in herausfordernden Zeiten.“ Fachtag, Loccum, 27.08.2019
- „Engagement- und Demokratiebildung in der Schule.“ Fachtag, Wiesbaden, 21.08.2019
- „Internationale Jugendarbeit in der Schule.“ Fachtag, Hannover, 19.06.2019
- „Europa als Herausforderung für die Europaschulen.“ Fachtag, Berlin, 24.05.2019
- „Politische Bildung in der Jugendarbeit.“ Fachtag, Hannover, 19.03.2019
- „Europa. Fachdidaktische Orientierungen zur Europabildung.“ Fachtagung, Hannover, 13.03.2019
- „Europa als Thema und Herausforderung der politischen Bildung.“ Fachtag, Bremen, 13.02.2019
- „Politische Bildung in der internationalen Jugendarbeit.“ Fachtag, Wiesbaden, 07.02.2019

Theresa Bechtel

- „Clarify – On the Trail of European Issues.“ Vortrag im Rahmen der DAAD-Tagung „Erasmus+ Projects: Teaching and learning in a digital age“, 24.11.2020.
- „Clarify – Europäischen Fragen auf der Spur.“ Beitrag zum Projektmarkt des Deutschen akademischen Austauschdiensts (DAAD) Bonn, 05.11.2019
- „Teachers4Europe: Setting an Agora for Democratic Culture.“ Workshop im Rahmen der Erasmus+-Jahrestagung, Saarbrücken, 16.09.2019

Dr. Wolfgang Beutel

- „Wie können wir Demokratie in unserer Schule erfahren und leben?“, Kirchheim-Forum Kirchheim/Teck (BW) (online), 12.11.2020

- „Demokratiepädagogik und Projektlernen“, Konferenz „Lehre mal anders – Projektarbeit im Lektorat“ des DAAD, Cerisy-la-Salle/France (online), 22.09.2020
- „Demokratielernen an Schulen“, Regionaltagung der hessischen UNESCO-Projektschulen, Ev. Akademie Hofgeismar (HE), 20.02.2020
- „Demokratiepädagogik“, Fachtag „Schulen im Ruhrgebiet – Für die Zukunft lernen“, Hans-Sachs-Haus Gelsenkirchen (NW), 17.01.2020
- „Demokratiekompetenzen? ... aus der Perspektive der Schule“, Bundesweites Forum „Schule. Macht.Demokratie“ der Dt. Schulakademie, Berlin-Spandau (BE), 26.11.2019
- „Diskriminierungsfreie Schule“ – Bundesweite Tagung „Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen im Kontext Schule“ der Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg (BY), 04.10.2019
- „Demokratisch Handeln in Schule und Jugendarbeit“, Lernforum „Schule entwickeln heißt Schüler*innen beteiligen“ der Dt. Schulakademie, Eldenburg-Gymnasium Lütz (MV), 01.10.2019
- „Wie können Wettbewerbe zur Demokratiebildung beitragen?“, Konferenz „Demokratie im Wettbewerb“ der Körber-Stiftung, Körber-Forum Hamburg, 07.09.2019
- „Demokratisch Handeln in der Schule“ – Auftaktveranstaltung „Demokratisch gestalten – Eine Initiative für Schulen in Niedersachsen“, Messe Hannover (NI), 02.09.2019
- „Demokratische Schulentwicklung“ – Fachtagung „Demokratie(kultur) an eise Lycéeën – Matschwätzen, Matenscheeden a matgestalten“, Luxemburg, 20.04.2019
- „Demokratisch Handeln – Wettbewerb und Schulentwicklung“, Lernforum „Demokratiepädagogik“ des BLLV und der Dt. Schulakademie Anton-Fingerle-Bildungszentrum München (BY)
- „Die Schule demokratisch zivilisieren“, Reihe „Mittwochs-Bildung“ bei der Stiftung „Die Gemeinnützigen“, Lübeck (SH), 27.03.2019
- „Aktuelle Fragen der demokratischen Schulentwicklung“, LAG Demokratiepädagogik in Mecklenburg-Vorpommern, Universität Rostock (MV), 26.03.19
- „Demokratieerziehung in der Grundschule“ – Vortrag bei der Fachtagung „Demokratieerziehung und Politische Bildung in der Grundschule“ der LpB Sachsen und des LASUB, Meißen (SN), 20.03.2019
- „Ist der Beutelsbacher Konsens noch aktuell?“ – Impulsvortrag zu einem Podium bei der Winterakademie 2019 des LASUB Radebeul, Meißen (SN), 28.02.2019

Patrick Bredl

- „Rotes oder braunes Linden, Stadtteilrundgang“ (gem. mit Till Ewald), Veranstaltungskalender des Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e.V., 26.05.2019

Jessica Burmester

- „Traces of Europe in the educational work at the memorial sites in Germany“, 24th Workshop on the History and Memory of National Socialist Camps and Killing Sites, From Centre to Periphery and Beyond, Salzburg, 25.10.2020
- „Problem-based Learning and Inquiry-based Learning“, International Workshop, Teaching Critical Digital Literacy – Concept and Tools for Education Professionals, Jerewan (Armenien) 24.10.2019

Dominik Dockter

- „Gleichschaltung' und Selbstgleichschaltung in der Industrie- und Handelskammer Hannover 1933-1934“, Vortrag im Rahmen des Arbeitsgruppentreffens „Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit“ am Institut für Didaktik der Demokratie, digital, 02.12.2020
- „Gewaltsame Überformung oder wirtschaftspolitische Handlungsspielräume? Eine Einführung in die Geschichte der Industrie- und Handelskammer Hannover im Nationalsozialismus“, Interdisziplinäres Promovierendenforum der Stiftung der Deutschen Wirtschaft, digital, 07.08.2020

Elizaveta Firsova

- „Theoretische und methodische Differenzen bei der Erschließung (individueller) Zugänge zur politisch-gesellschaftlichen Realität von Schüler*innen“. Tagung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Gesellschaft für politische Jugend -und Erwachsenenbildung (GPJE), Justus- Liebig- Universität Gießen, 27.02.2020
- „Wirkung der Teilnahme am Deutsch-israelischen Jugendaustausch auf politische Bildungsprozesse zum Thema Nahostkonflikt.“ Posterpräsentation zur Nachwuchstagung der Gesellschaft für politische Jugend -und Erwachsenenbildung (GPJE), Georg-August-Universität Göttingen, 12.06.2019

Dr. des. Jenny Hagemann

- „Inwertsetzungsprozesse von Rural und Urban Heritage in der Lausitz und in Breslau“ (gem. mit Dr. des. Jana Stoklasa), Tagung „Ort und Prozess. Verhandlungen von Erbe vom urbanen bis zum ländlichen Raum“ in Bamberg (digital), 26.-27.11.2020
- „Shaping the present through past: Cultural Heritage as regional identities in Hanoverian Wendland and Lusatia“, Fachtagung „Kulturerbe, Erinnerungskultur & Kulturelle Bildung – China und Deutschland im transnationalen Vergleich“ in Hannover, 18.-19.11.2019
- „Wendisch sein. Sorbische und wendische Selbstverständnisse als Cultural Heritage in Wendland und Lausitz“, 2. Jungakademisches Netzwerktreffen sorabistischer Forschung in Bautzen, 14.-16.06.2019
- „Protest als Cultural Heritage? Beobachtungen zum Wendland“, Der Gorleben-Treck 1979 und

die niedersächsische Landesgeschichte. Tagung „Der Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung im regionalen und internationalen Vergleich“ in Hannover, 21.06.-22.06.2019

- „Constructing space through past. The connections of regional identity and cultural heritage in England and Germany. A comparison“ (gem. mit Dr. Michala Hulme), Tagung „Kulturelles Erbe und öffentliches Interesse. Deutsch-britische Perspektiven auf regionale Erinnerungskultur“ in Bayreuth, 06.-08.06.2019
- „Erinnerungsorte als kulturelles Erbe im urbanen und ländlichen Raum. Ein Forschungsbericht“ (gem. mit Dr. Christine Schoenmakers), Workshop des Leitprojektes Grenzregionen zum Thema „Was ist ein Erinnerungsort?“ in Hamburg, 26.06.2019
- „Being Wendish: Sorbian and Wendish identities as part of the Cultural Heritage in Hanoverian Wendland and Lusatia“ Workshop „Cultural Heritage as a Resource? European Perspectives: Manchester and Hannover“ in Manchester, 11.-12.02.2019

Richard Heise

- „Digital Competences in Adult Education“, the V International Scientific Conference of Educational Projects for Seniors, Santarem/Portugal (online), 9.12.2020
- „Digital Resistance – Democratic and Inclusive School Culture in Operation“, World Forum for Democracy, Straßburg/Frankreich, 07.11.2019
- „Fake News und Desinformation im digitalen Raum als Thema politischer Bildung“, Seminar: Pluralität und Ambiguität als Herausforderung für die Demokratie(bildung) – Technische Universität Kaiserslautern (online), 30.11.2020

Dr. Christian Hellwig

- „Inner-German border and division in post-war and post-reunification German feature films.“ Vortrag im Rahmen der internationalen Konferenz „Kulturerbe, Erinnerungskultur & Kulturelle Bildung – China und Deutschland im transnationalen Vergleich“, ausgerichtet in Kooperation des Leibniz-Konfuzius-Instituts Hannover, der Leibniz Universität Hannover und der Tongji Universität Shanghai, Hannover, 19.11.2019
- „Himmel ohne Sterne.“ Kurzvortrag im Rahmen der Filmreihe „Erinnerungsbilder“ – Filme zur Erinnerungskultur im Kommunalen Kino Hannover, Hannover, 12.11.2019
- „Der Mann auf der Mauer.“ Kurzvortrag im Rahmen der Filmreihe „Erinnerungsbilder“ – Filme zur Erinnerungskultur im Kommunalen Kino Hannover, Hannover, 06.11.2019
- „Vom Grünen Band zur virtuellen Grenze. Gedanken und Assoziationen zur heutigen Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze.“ Vortrag in der VHS Langenhagen, Langenhagen, 30.10.2019

- „Der Traum von einer Sache.“ Kurzvortrag im Rahmen der Filmreihe „Erinnerungsbilder“ – Filme zur Erinnerungskultur im Kommunalen Kino Hannover, Hannover, 30.04.2019
- „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann feyndt wird.“ Kurzvortrag im Rahmen der Filmreihe „Erinnerungsbilder“ – Filme zur Erinnerungskultur im Kommunalen Kino Hannover, Hannover, 02.04.2019
- „Die Klosterkammer Hannover im Nationalsozialismus: Eine Behörde zwischen wirtschaftlicher Rationalität und Politisierung.“ Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe des Historischen Vereins für Niedersachsen im Historischen Museum Hannover, Hannover, 28.03.2019

Dr. Steve Kenner

- „Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe und demokratischer Auftrag der Schule“, Schulleitungstagung „Schulen demokratisch gestalten – Chance und Herausforderung für Schulleitungen“, NLQ, Hannover, November 2020
- „Politische Bildung als Ankerpunkt – eine Schule als Lernort der Demokratie“, Digitale Fachtagung „Forschungs- und Praxisfelder politischer Bildung“, Transferstelle politische Bildung, online, November 2020
- „Herausforderungen inklusiver und exklusiver Praktiken in der digitalen Welt für die politische Bildung“, 12. Aarauer Demokratietagen (Schweiz), Aarau/online, August 2020
- „Was kann Demokratiebildung?“, Tagung „Demokratisch gestalten: Schule – Bildung – Teilhabe“ der Evangelischen Akademie Loccum und des Kultusministeriums Niedersachsen, Loccum, Februar 2020
- „Demokratiebildung als partizipatorischer und emanzipatorischer Auftrag der Schule“, Schulleitungsfortbildung „Demokratie in der Schule stärken!“, Osnabrück, November 2019
- „Politische Aktion als Lernerfahrung“, Vortrag bei der „Werkstatt Jugendbeteiligung“, organisiert von der Ev. Akademie Loccum, vom Niedersächsischen Landesjugendamt und der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Loccum, November 2019
- „Onlinekurs zur Demokratiebildung: MOOC Citizenship Education.“, Vortrag bei der Tagung „First vienna conference on citizenship education“ mit dem Titel „Augmented Democracy. Politische Bildung in Zeiten der Digitalisierung“, Wien (Österreich), November 2019
- „Digital Literacy. New challenges for Citizenship Education.“, internationalen Workshop mit dem Titel „Teaching Critical Digital Literacy“, gefördert vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Yerevan (Armenien), Oktober 2019
- „Politische (Selbst)Bildung in Jugendbewegungen“, Vortrag bei der Abschlussstagung

- „Neutralität ist auch keine Lösung!“ des BpB-Modellprojekts „Politische Partizipation als Ziel der politischen Bildung“. Heppenheim, September 2019
- „Politische Bildung in der Jugendarbeit“, Mitwirkung am Fachforum auf Einladung der Transferstelle Politische Bildung, Berlin, September 2019
- „Demokratiebildung an Schulen. Europas Werte“, Keynote-Vortrag bei der Fachtagung für Europaschulen in Niedersachsen „Europa – wenn nicht jetzt, wann dann?“, Hannover, September 2019
- „Demokratiebildung ist nicht neutral und Schule kein unpolitischer Raum!“, Workshop bei der Auftaktveranstaltung „Demokratisch gestalten. Eine Initiative für Schulen in Niedersachsen“ auf Einladung des Niedersächsischen Kultusministeriums, Hannover, September 2019
- „Jugendwerkstatt Wandelbar“ Politikdidaktische Begleitung der Jugendwerkstatt gefördert vom BMU und der DBU, Lauterbach, August 2019

Dr. Malte Kleinschmidt

- „Citizenship Awareness in Migration Society“ (gem. mit Dirk Lange). Vortrag bei „The Graz Conference 2020. Core Concepts of History Didactics and Historical Education in Intercultural Perspectives“, Graz (Österreich), 14.11.2020
- „Sorry, ist das rassistisch?“ Performativer Vortrag am Schauspielhaus Hannover in der Reihe „Senf dazu“, Hannover, 19.02.2020
- „Eurozentrismus verlernen! Philosophische und didaktische Überlegungen zur Dekolonisierung von hegemonialen Denkweisen“, Vortrag bei der Konferenz „Wissen. Herrschaft. Kritik. Versuche der Analyse und Überwindung des Eurozentrismus“. Mainz, 12.07.2019
- „Difficult heritage: the postcolonial in students' concepts of globalization in Germany“. Conference „Cultural Heritage as a Resource? European Perspectives: Manchester and Hanover“, Manchester (UK), 12.02.2019

Prof. Dr. Dirk Lange

- „Subjektorientierte Politische Bildung“ in der Vortragsreihe „Didaktik am Donnerstag“ der Universität Wien, Wien, 07.11.2019
- „Demokratisches Bürgerbewusstsein“ auf der Fortbildung „Referent*innen für Friedensbildung“, Hannover, 20.09.2019
- Discussant auf dem wissenschaftlichen Symposium „Eigensinn und exemplarisches Denken“ bei dem Gesprächsforum „Demokratie als Lebensform“, Hannover, 11.09.2019
- „Digitale Medienkompetenz als Aufgabe der Politischen Bildung. Entwicklung von kritischem Bürgerbewusstsein in einer digitalisierten Gesellschaft“, Fuldata, 05.09.2019

"Digitisation – A new issue of Citizenship Education" an der University of Sydney, Sydney, 11.07.2019

"Das Demokratikum. Handlungsempfehlungen für die Demokratiebildung im Parlament" vor der Parlamentsdirektion Österreich im Rahmen des Projektes „Demokratiebildung im Parlament“, Wien, 27.06.2019

Keynote "Digital Citizenship Education" im Rahmen der Tagung "Education and Post-Democracy", Cagliari, Italien, 07.06.2019

Discussant des Podiums „Von der Bildung zur Kompetenz – und zurück?“ im Rahmen des Symposiums „Bildung in der politischen Bildung“, Universität Gießen, 09.05.2019

„Politische Bildung in sozialen Bewegungen“ im Rahmen der Ausstellungseröffnung "Der Gorleben-Treck – 40 Jahre danach", Historisches Museum Hannover, 31.03.2019

Karolin Quambusch

„Das Leitprojekt ‚Grenzgeschichte(n)‘ der Metropolregion Hamburg – Eine Bestandsaufnahme der ‚Erinnerungslandschaft deutsch-deutsche Grenze‘“, Tag der Landesgeschichte in der Festung Dömitz, 30 Jahre Grenzöffnung, Museum Festung Dömitz, 09.11.2019

apl. Prof. Detlef Schmiechen-Ackermann

Buchvorstellung „Die Fastnacht der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘“, Vortrag am Erbacher Hof – Akademie des Bistums Mainz, war geplant für 17.11.2020, als Online-Präsentation abrufbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=so58BUMptOw> (letzter Zugriff 01.02.2021) „Landesgeschichte und Landeszeitgeschichte an Universitäten“, Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Landeszeitgeschichte. Perspektiven, Chancen, Herausforderungen“, Philipps-Universität Marburg, 22.01.2020

„Einführung in die Tagung ‚Contested Heritage: Connecting research topics on cultural heritage in Germany and Britain‘“, Leibniz Universität Hannover, 29.10.2019

„Cultural Heritage, Commemorative Culture and public history in Germany“, Chinese-German Conference on „Cultural Heritage, Commemorative Cultures & Cultural Education – China and Germany in transnational comparison“, Theodor- und-Ada-Lessing-Volkshochschule Hannover

„Einführung in die Tagung ‚Der Gorleben-Treck 1979 und die niedersächsische Landesgeschichte. Der Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung im regionalen und internationalen Vergleich‘“, Historisches Museum Hannover, 21.06.2019

„Introduction zum Workshop ‚Cultural Heritage as a Resource? European Perspectives: Manchester and Hanover‘“ am Manchester Centre for Public History and Heritage, Manchester Metropolitan University, Manchester, 11.02.2019

Dr. Christine Schoenmakers

„Einführungsvortrag, 9. wissenschaftliche Nachwuchstagung des Netzwerks Hiko_21 der Historischen Kommission zu Berlin“, „Ein großer Wurf? 100 Jahre Groß-Berlin. Metropolen, Akteure und Wirkungen in vergleichender Perspektive, Online, 29.10.2020

„Geteiltes Erbe? Zum (zukünftigen) Stellenwert der DDR im gesamtdeutschen kollektiven Gedächtnis“, Expert*innen-Kolloquium der Bundeszentrale für politische Bildung, „(Ost-) Deutschlands Weg 1989-2020“, Berlin, 03.03.2020

„Die Arbeit von amnesty international zur DDR“, Podiumsdiskussion „Wenn Strafe zur Qual wird – Physische und psychische Folter in DDR und Gegenwart“ (Gedenkstätte Hohenschönhausen in Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Berlin, 13.02.2020

„How to deal with the past? The confrontation with National Socialism and SED dictatorship as central components of German remembrance culture“, internationale Konferenz in Kooperation des Leibniz-Konfuzius-Instituts Hannover, der Leibniz Universität Hannover und der Tongji Universität Shanghai, „Kulturerbe, Erinnerungskultur & Kulturelle Bildung – China und Deutschland im transnationalen Vergleich“, Hannover, 19.11.2019

„Erinnerungsorte als kulturelles Erbe im städtischen und ländlichen Raum“, Multiplikator*innen-Workshop (Kooperation der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und der Metropolregion Hamburg), „Was ist ein Erinnerungsort?“, Hamburg, 26.06.2019

„Cultural Valorisation of Historic Traditions and Remains: Negotiating the (Socialist) Past in Berlin and Wrocław“, Symposium des Manchester Centre for Public History and Heritage (Manchester Metropolitan University) und des Instituts für Didaktik der Demokratie (Leibniz Universität Hannover), „Cultural Heritage as a Resource? European Perspectives“, Manchester, 11.02.2019

Arne Schrader

„Inclusive Citizenship Education aus rassistischer Perspektive“ (gem. mit Lara Möller, Universität Wien), Vortrag zur Herbsttagung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), 13.11.2020

„Verschwörungskonzepte in Zeiten der Corona-Krise: erkennen und begegnen. Vortrag zum Tag der politischen Bildung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), Landesverband Niedersachsen, 24.09.2020

„The reconstruction of teachers' conceptions on Antigypsyism“, Posterpräsentation zum internationalen Workshop „Citizenship Education“ in Kooperation mit der University of Sydney, Australien, Leibniz Universität Hannover, 12.11.2019

„Teaching Critical Digital Literacy“, Organisation und Durchführung eines transnationalen Workshops in Kooperation mit der Technischen Universität Kaiserslautern und der Yerevan State University, Yerevan, Armenien, 21.10.2019 – 25.10.2019

„Die Rekonstruktion von Lehrer*innenvorstellungen und Alltagsdidaktiken über Antiziganismus“, Posterpräsentation zur Nachwuchstagung der Gesellschaft für politische Jugend – und Erwachsenenbildung (GPJE), Georg-August-Universität Göttingen, 12.06.2019

Christiane Schröder

„The VBW's leftovers in social scientific perspective.“ Netzwerktreffen von „Vrouwen, Bouwen, Wonen“ (VBW), TU Delft, 14.06.2019

„Den Wandel gestalten. Damenklöster und –stifte und ihre Äbtissinnen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Klausurtagung der Äbtissinnen der Klöster und Stifte aus dem Verwaltungsbereich der Klosterkammer Hannover, Kloster Wennigsen, 02.04.2019

Dr. des. Jana Stoklasa

„Inwertsetzungsprozesse von Rural und Urban Heritage in der Lausitz und in Breslau“ (gem. mit Jenny Hagemann), Online-Tagung des Arbeitsbereichs Denkmalpflege am KDWT in Kooperation mit dem Referat Bürgerbeteiligung und städtebauliches Erbe des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege: Ort und Prozess. Verhandlungen von Erbe vom urbanen bis zum ländlichen Raum, 26.11.2020

„Der Radikalenerlass und seine sprachliche Vermittlung im Diskurs um die deutsch-deutsche Teilung“ auf der Tagung zum Thema „Innere Sicherheit, Kulturkampf, Demokratisierung? Der Radikalenerlass von 1972 und seine Folgen bis in die Gegenwart“, Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Heidelberg, 29.9.2020

„(Re)constructing Cultural Heritage in Post-1989 Wrocław. Collective Memories and Coping Strategies“ auf der deutsch-chinesischen Konferenz zum Thema „Kulturerbe, Erinnerungskultur & Kulturelle Bildung – China und Deutschland im transnationalen Vergleich“, Leibniz Universität Hannover, 19.11.2019

„Urban Image Management in Breslau and the British Olympic Association: A Transcultural Approach to Social Elites and Their Influence in Europe“ (gem. mit Prof. Dave Day, Manchester Metropolitan University), 2. deutsch-britischen Symposium zum Thema „Contested Heritage: Connecting Research Topics on Cultural Heritage in Germany and Britain“, Leibniz Universität Hannover, 30.10.2019

„Der Fall der Diligentia AG: ‚Kalter Bürgerkrieg‘ in Wiedergutmachungsverfahren für NS-Unrecht?“ auf der 21. Jahrestagung des Forums Justizgeschichte. Rechtsprechung im „Kalten

Bürgerkrieg“? Neue Perspektiven zur deutsch-deutschen Justizgeschichte der 1950er- und 60er-Jahre, Richterakademie in Wustrau, 22.9.2019

„Recycling Counter-Culture: The So-Called Radicals Decree and De-Nazifying West Germany.“ Tagung: War and Social Movements, Graduate Center of the City University of New York, USA, 10.5.2019

„Cultural Valorisation Strategies of Historic Traditions and Remains: Negotiating the (Socialist) Past in Berlin and Wrocław.“ (gem. mit Dr. Christine Schoenmakers), Symposium: Cultural Heritage as a Resource? European Perspectives: Manchester and Hannover, Manchester Centre for Public History and Heritage, Manchester Metropolitan University, UK, 11.2.2019

Bastian Vajen

„CiviMatics –Mathematisierung als Herausforderung für die Urteilsbildung am Beispiel Klimawandels“, DVPB Herbsttagung, Hannover, 12.11.2020

„Verschwörungstheorien in Zeiten der Corona-Krise – Erkennen und Verändern“, Tag der politischen Bildung (DVPB Niedersachsen), Hannover, 24.09.2020

„Theoretische Grundlagen der Politikdidaktische Rekonstruktion“, GradLab „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ der Leibniz School of Education, Hannover, 23.06.2020

„Theoretische und methodische Differenzen bei der Erschließung (individueller) Zugänge zur politisch-gesellschaftlichen Realität von Schüler*innen“, Methoden der politikdidaktischen Theoriebildung und empirischen Forschung. Tagung des wissenschaftlichen Nachwuchses der GPJE, Gießen, 27.02.2020

„Kompetenzorientiertes politisches Lernen – Ansätze, Diskurse, Kontroversen“, Tagung der Fachleitungen für das Unterrichtsfach Politik an berufsbildenden Schulen in Niedersachsen, Hannover, 11.02.2020

„Principles of citizenship education – Consequences for digital citizenship education and media literacy“, Transnationaler Workshop „Teaching Critical Digital Literacy“ in Kooperation mit der Technischen Universität Kaiserslautern und der Yerevan State University Yerevan, 22.10.2019

„Gender relations and the role of citizenship education“, Cobattling Violence Against Women, Final conference, Montecatini Terme, 06.06.2019

Dr. Christoph Wolf

„Klimawandel verstehen – Mathematisierung als Herausforderung für die Urteilsbildung“, Standortbestimmung Politische Bildung: Gesellschaftspolitische Herausforderungen, Zivilgesellschaft und das vermeintliche Neutralitätsgebot. Online-Herbsttagung der DVPB vom 13.11.2020

„Verschwörungskontzepte in Zeiten der Corona-Krise erkennen und begegnen“, Autoritarismus – Herausforderungen für die politische Bildung, Digitaler Tag der Politischen Bildung 2020 der DVPB Niedersachsen, 24. September 2020
 „Inclusive Citizenship Education in Germany“, Sydney School of Education and Social Work, University of Sydney, 4. April 2019



Kooperationen

Internationale Kooperationspartner

1 EPAL Korydallou/Athen – Public VET school, Griechenland
 1st Vocational School of Piraeus, Griechenland
 2 EK Peiraia, Griechenland
 9th Gymnasium of Piraeus, Griechenland
 365giornialfemmine, Italien
 Agrupamento de Escolas de Pombal, Portugal
 Aristotle University of Thessaloniki, Griechenland
 Artemisszió Foundation, Ungarn
 Asist Ogretim Kurumlari A.S., Türkei
 Association "Gipsy Eye", Rumänien
 Biedriba Eurofortis, Lettland
 Buzau County School Inspectorate, Rumänien
 CDIMM Maramures Foundation, Rumänien
 Cidis Onlus, Italien
 Civic Computing, Großbritannien
 Cyprus Computer Society, Zypern
 Dansk Kommunikation, Dänemark
 Demokratiezentrum Wien, Österreich
 Department of Urban Planning, College of Architecture & Urban Planning, Tongji University Shanghai, China
 Directorate of Primary Education of Western Thessaloniki, Griechenland
 Directorate of Secondary Education of Piraeus, Griechenland
 edUcation, Großbritannien
 Education and Teacher Training Agency, Kroatien
 Emphasys Centre – A & A Emphasys Interactive Solutions Ltd, Zypern

EuroEd Foundation, Rumänien
 European University Cyprus, Zypern
 Folksuniversitetet, Schweden
 Four Elements, Griechenland
 Freirad – Freies Radio Innsbruck, Österreich
 German Research Center, Renmin University of China, China
 Hälsinglands Utbildningsförbund, Schweden
 Haskolinn I Reykjavik EHF, Island
 Hellenic Red Cross, Griechenland
 Initiative Minderheiten Tirol, Österreich
 Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaft der Universität Graz, Österreich
 Institute of Sociology of the University of Wrocław, Polen
 Instituto De Educación Secundaria „María Moliner“, Spanien
 Instituto de Formación y Estudios Sociales IFES, Spanien
 Ionidios Model Lyceum, Griechenland
 Konya Metropolitan Municipality, Türkei
 Lancaster and Morecambe College, Großbritannien
 Learning for Integration ry, Finnland
 Liceul Tehnologic Economic „Elina Matei Basarab“, Rumänien
 Liverpool Football Club Museum, Großbritannien
 Ljudska Univerza Rogaska Slatina, Slowenien
 LLLPlatform, Belgien
 Losconi Primary School, Ungarn
 Manchester Metropolitan University, Großbritannien
 Mustafa Necati Primary School, Türkei
 National Center for Scientific Research „Demokritos“, Griechenland
 Parkinson Lane Community Primary School, Großbritannien

People's History Museum, Großbritannien
 Regional Directorate of Primary and Secondary Education of Crete, Griechenland
 Regional School Inspectorate of Sicily, Italien
 Research Center for Chinese Historical Cities, Tongji University Shanghai, China
 Scoala Gimnaziala Cozmesti, Rumänien
 Sociedade Portuguesa de Inovacao, Portugal
 Speha Fresia, Italien
 Stadt Piraeus, Griechenland
 Stiftung Nadwa, Belgien
 Synergy of Music Theatre, Griechenland
 Technological Educational Institute of Crete, Griechenland
 Tekirda Romans Aid and Solidarity Association, Türkei
 Theatre de l'Opprimè, Frankreich
 Universidad La Laguna in Tenerife, Spanien
 Università Degli Studi Di Trento, Italien
 Università Della Calabria, Italien
 Università Di Pavia, Italien
 Universität Wien, Österreich
 Universitatea Alexandru Iona Cuza, Rumänien
 University of Hongkong
 University of Piraeus Research Center, Griechenland
 Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Torunio, Polen
 Verein Multikulturell, Österreich
 Women in Digital Initiatives Luxembourg Asbl, Luxemburg
 World Heritage Institute of Training and Research for the Asia and Pacific Region (WHITRAP), Tongji University Shanghai, China
 Zentrum für Chinesisch-Deutschen gesellschaftlich-kulturellen Austausch, Tongji University Shanghai, China
 ZRC SAZU – Research Centre of the Slovenian Academy of Sciences and Arts, Slowenien

Nationale Kooperationspartner

Abteilung Städtische Erinnerungskultur, Landeshauptstadt Hannover
 Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) Niedersachsen
 Akademie für Politische Bildung Tutzing
 Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover
 Arbeitsstelle Regionale Geschichtskulturen an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 BLLV – Bayr. Lehrerinnen- und Lehrer-Verband
 Bundesinstitut für Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
 Bundesministerium für Bildung und Forschung
 Bertelsmann-Stiftung
 Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb)
 Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Abteilung Bildung und Forschung

Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe)
 Deutsches Erdölmuseum, Wietzen
 Deutsche Schulakademie/Der Deutsche Schulpreis
 Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)
 Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW)
 Dokumentationszentrum Berliner Mauer
 ecrivir – die Textmacher GmbH
 Fachdienst Jugend – Familie – Bildung des Landkreises Lüchow-Dannenberg
 Förderverein Demokratisch Handeln e.V.
 Freie Universität Berlin
 Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn
 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
 Gedenk- und Bildungszentrum Andreasstraße, Erfurt
 Georg-Eckert-Institut für Schulbuchforschung Braunschweig
 Goethe-Universität Frankfurt/M.
 Gorleben-Archiv, Lüchow
 Grenzlandmuseum Eichsfeld
 Hans-Böckler-Stiftung
 Heidehof-Stiftung, Stuttgart
 Historische Kommission für Niedersachsen und Bremen e.V.
 Historisches Museum Hannover
 Humanistischer Verband Deutschlands, Sektion Lebenskunde
 Ingenious Knowledge
 International Tracing Service, Bad Arolsen
 Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück
 Kino im Künstlerhaus, Hannover
 Klosterkammer Hannover
 Künstlerhof Schreyahn
 Leibniz-Konfuzius-Institut Hannover
 Ludwig-Maximilians-Universität München
 Metropolregion Hamburg
 Museum Das Alte Zollhaus, Hitzacker
 Museum Grenzdurchgangslager Friedland
 Niedersächsisches Kultusministerium
 Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung
 Niedersächsisches Institut für Historische Regionalforschung e.V., Hannover
 Pädagogische Hochschule Freiburg/Br.
 Richard Grundschule Neukölln
 Rotary-Club Calenberg-Pattensen
 Rundblick Niedersachsen. Politikjournal für Niedersachsen
 Stadt Barsinghausen
 Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
 Stiftung niedersächsische Gedenkstätten
 Technische Universität Dortmund
 Unabhängige Kommission Antiziganismus
 Universität Vechta
 Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Niedersachsen
 Volkshochschule Hannover
 Wallstein Verlag
 Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
 ZeitZentrum Zivilcourage, Hannover

Institut für Didaktik der Demokratie

Callinstr. 20
30167 Hannover

Tel. +49 511 762-17317

Königsworther Platz 1
30167 Hannover

Tel. +49 511 762-17449

www.idd.uni-hannover.de